

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer Freitag 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Ein Problem der Taktik.

\* Leipzig, 6. Juni.

Die von dem internationalen Textilarbeiterkongress in Zürich in den letzten Tagen erörterte Frage der Zulassung oder Nichtzulassung der Hirsch-Dunderschen sowie der christlichen Gewerksvereine zur Teilnahme an seinen Verhandlungen scheint uns von weittragender allgemeiner Bedeutung zu sein. Wenn es sich auch hierbei nur um je einen einzelnen Delegierten handelte, so ist doch klar, daß wir es nicht etwa mit einem vereinzelten Ausnahmefall zu thun haben. Einerseits wird die positive Entscheidung des Textilarbeiterkongresses sicher auf die Arbeiterorganisationen freisinniger und konfessioneller Färbung ermunternd wirken und sie zu ferneren Versuchen anspornen, an den Beratungen der freien Gewerkschaften teilzunehmen. Andererseits hat ein deutscher Delegierter auf dem internationalen Arbeiterkongress in Dortmund und gleichfalls an den Schluß der Kongressverhandlungen den Wunsch und die Hoffnung geknüpft, künftig die christlichen Bergarbeitervereine an den internationalen Kongressen teilnehmen zu sehen.

Es liegt also zweifellos eine bestimmte Tendenz auch innerhalb unserer Gewerkschaftswelt vor, die außerhalb ihrer stehenden Arbeiterorganisationen zu ihren Kongressen heranzuziehen, und diese Tendenz hat sich bereits deutlich genug geäußert, um einer gründlichen Prüfung unterzogen zu werden. Der Frage verleiht noch ein besonderes Interesse ihr augenscheinlicher Zusammenhang mit der Tendenz zur sogenannten „Neutralität der Gewerkschaften“. Wenn sich in den Reihen unserer Gewerkschaften Stimmen für die Zulassung der anderen wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen zu ihren Kongressen erheben, so ist dabei jedesmal ohne Zweifel die vielbesprochene gewerkschaftliche „Sammlungspolitik“ der wahre Beweggrund, und es scheint uns geboten, gerade an der Hand der vorliegenden konkreten Probe auch die Unhaltbarkeit der ganzen Politik klar zu demonstrieren.

Was vor allem gegen die Zulassung freisinniger und konfessioneller Organisationen zur Teilnahme an unseren Gewerkschaftskongressen spricht, ist die einfache, rein formale und allgemein anerkannte Tatsache, daß an den Beratungen und Beschlüssen irgend einer Körperschaft nur Mitglieder dieser Körperschaft aktiven Anteil nehmen können. Schon der gesunde Menschenverstand sagt uns, daß auf das Zustandekommen von Beschlüssen irgend eines Kollegiums nur diejenigen Einfluß nehmen können, für die diese Beschlüsse auch maßgebend sein sollen, die sich selbst diesen Beschlüssen fügen müssen. Nun ist es aber klar, daß weder die Hirsch-Dunderschen noch die christlichen Vereine an die Beschlüsse

der internationalen Gewerkschaftskongresse tatsächlich gebunden werden können. Da sie außerhalb der nationalen Centralverbände stehen, so besitzen die Gewerkschaften gar kein Mittel, sie zur Einhaltung der internationalen Beschlüsse zu zwingen. Das Resultat wäre also nur ein einseitiges Verhältnis zum Nachteil der freien Gewerkschaften; die fremden Arbeiterorganisationen würden auf ihr Thun und Lassen Einfluß nehmen, ohne sich in ihrer eigenen Handlungsweise beeinflussen zu lassen.

Zu dieser allgemeinen Betrachtung kommt aber noch hinzu, was Daudert in Zürich mit vollem Recht hervorgehoben hat: daß die Hirsch-Dunderschen wie die christlichen Gewerkschaften eigentlich gegenrassistische Organisationen sind. Wenn wir auch von den unermittelbaren, rein politischen Fragen, von der Stellung den politischen Parteien gegenüber absehen, so steht doch, wie alle Welt weiß, auch die gesamte wirtschaftliche Politik in jenen Vereinen auf einer ganz anderen Basis, wie in den gewerkschaftlichen Centralverbänden. Es ist förmlich unmöglich, irgend eine wichtigere Frage des Gewerkschaftslebens, ob Lohnfragen oder die der Arbeitszeit, Unfallversicherung oder die Frage der Frauen- und Kinderarbeit, herauszugreifen, ohne auf schroffe Gegensätze in der Auffassung zu stoßen.

Angesichts dieser unbestreitbaren Thatsachen können die idealistischen Hoffnungen auf eine Verständigung aller Arbeiterorganisationen auf gemeinsamem Boden lediglich auf dem Wege sachlicher Kompromisse, also sachlicher Konzessionen seitens unserer Gewerkschaften verwirklicht werden. Nur insofern die Centralverbände von ihrer ausgeprochenen Klassenkampfstellung in dieser oder jener Frage abgehen, vermag eine Verständigung mit den freisinnigen oder christlichen Vereinen erzielt werden.

Sieht man davon ab, weist man Konzessionen und Kompromisse von vorne herein zurück, dann müssen sich Beratungen mit den gegnerischen Arbeiterorganisationen in plan-, zweck- und endlose Auseinandersetzungen verwandeln, die ebenso unfruchtbar und demoralisierend wirken würden, wie die internationalen Beratungen der Sozialisten mit Anarchisten. Wie hier in der Politik, trotz des in allgemeiner Form ganz gleich lautenden Endziels jede Verständigung ausgeschlossen ist, so ist auch die gemeinsame gewerkschaftliche Aktion aller Arbeiterorganisationen ohne Unterschied des Charakters und der Basis eine Utopie.

Freilich handelt es sich für die Anhänger der „Sammlungspolitik“ darum, die unklaren, unbewußten Arbeitermassen, die in den gegnerischen Organisationen irreführt werden, über den wirtschaftlichen Klassenkampf aufzuklären und sie zu uns heranzuziehen. Allein gerade von diesem Standpunkte her ist es unseres Erachtens die Sache von einem ganz falschen Ende anzufassen, wollte man die ver-

dumnten Arbeiter durch aktive Teilnahme an den internationalen Kongressen erziehen.

Die internationalen Gewerkschaftskongresse zeigen, wie jeder einzelne davon ein Beweis ist, selbst noch in so hohem Maße die Konfusion in wichtigsten Fragen, die internationale gewerkschaftliche Aktion ist noch so wenig in sich gefestigt, daß sie sozusagen als erste Erziehungsschule für irreführte und konfuse Arbeiter nur noch mehr verwirrend wirken kann. Und umgekehrt. — Gerade hier, wo die deutschen Centralverbände mit aller Kraft die klare und scharfe Politik der modernen Arbeiterbewegung in die Gewerkschaften aller Länder erst einzuführen berufen sind, ist die Mitarbeiterschaft freisinniger oder pfäffischer abgerichteter Organisationen höchst verkehrt. Sowohl die Rückwirkung der internationalen Kongresse auf die gegnerischen Vereine wie diese auf jene, muß den eigenen Absichten der „Sammlungspolitik“ direkt zuwiderlaufen.

Und endlich eine unabwiesbare Konsequenz: läßt man die Hirsch-Dunderschen und die Christlichen an internationalen Gewerkschaftskongressen teilnehmen, dann haben sie vollen Anspruch darauf, auch auf den nationalen Verbandstagen unserer Gewerkschaften mit Sitz und Stimme vertreten zu sein. Wenn der deutsche Textilarbeiterverband in Zürich mit dem freisinnigen Gewerksverein gemeinsam beraten kann, so kann er es ebenso gut in Berlin und in Stuttgart. Es genügt aber diese Eventualität bloß zu formulieren, um ihre Undenkbarkeit einzusehen und alle Apostel der „Sammlungspolitik“ abzuschrecken.

Es scheint uns geboten, daß angesichts all dieser Gesichtspunkte die deutschen Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit die aktive Teilnahme bürgerlicher Arbeiterorganisationen an den internationalen Kongressen zurückweisen. Wollen sie von uns lernen — als Zuhörer und Gäste haben sie dazu Gelegenheit in Halle und Jülich. Wollen sie dagegen mitraten und mithaten, dann müssen sie sich erst auf unseren Boden, in Reich und Glied mit uns stellen.

## Politische Uebersicht.

### Ein Burenreiff nach Deutsch-Südwestafrika.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus dem Haag: Es ist richtig, daß von den Buren ein Trekk, und zwar hauptsächlich nach Deutsch-Südwestafrika geplant wird. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um Kapburen und andere, die von England Strafe befürchten. Diese, ihre Familien und ihre Freunde, werden auswandern wollen. Auch wird der Stimmrechtsverlust für viele Buren eine härtere und erniedrigendere Strafe sein, als man annimmt, da im englischen Südafrika unter gewissen Umständen Kaffern und immer stärker. Uns umringte die Steppe, öde und still, über uns glänzte die freundliche Sonne des Südens, wir atmeten mit voller Brust die reine, kräftigende Luft ein und gingen in die Weite, wo die zerrissenen Wolken zu einem reizenden Chaos von Farben und Formen geballt waren.

„Als wir in die Dorfstraße hineinkamen, rollte uns unter die Füße irgend woher ein kleiner Hund und umkreiste uns mit lauten Bellen. Bei jedem Blick, furchtsam aufsehend, sprang er zur Seite, wie ein Ball, und warf sich von neuem auf uns mit wütendem Gekläffe. Seine Gefährten kamen gelaufen, aber sie zeichneten sich nicht durch einen eben solchen Eifer aus — sie klafften ein paar mal und verschwanden irgend wohin. Ihre Gleichgültigkeit schien das braune Hündchen noch mehr zu erregen.“

„Sehen Sie, was für ein gemeines Geschöpf!“ sagte Promtow und deutete mit dem Kopf auf den eifrigen Hund. „Und er leidet doch dabei. Er begreift, daß es unnütz ist, zu bellen, und er ist dabei nicht böse — er ist feige und will sich beim Herrn verdient machen. Ein rein menschlicher Zug . . . und zweifellos ihm vom Menschen anerzogen. Die Menschen verderben die Tiere . . . Bald kommt die Zeit heran, wo auch die Tiere so gemein und falsch sein werden, wie wir mit ihnen.“

„Danke,“ sagte ich.  
„Bitte, aber ich muß mal auf Jagd gehen.“  
Auf seinem ausdrucksvollen Gesicht erschien ein trauriger Zug, seine Augen wurden ausdruckslos, er selbst krümmte sich ganz zusammen und die Lumpen sträubten sich wie die Flossen eines Kaulbars.

„Man muß sich an den lieben Nächsten mit der Bitte um Brot wenden,“ erklärte er mir seine Verwandlung.

## Seuilleton.

### Der Vagabund.

Von Maxim Gorli.

Promtow sah mich forschend an und sagte nach einigem Schweigen:

„Der Mensch weiß nie genau, was er ist . . . Man muß ihn fragen, für wen er sich hält.“

„Und wenn dem auch so wäre?“

„Nur . . . ich denke, ich bin ein Mensch, dem es im Leben zu eng ist. Das Leben ist schmal und ich bin breit. Vielleicht ist das nicht richtig. Aber auf der Welt lebt eine besondere Sorte von Menschen, die wahrscheinlich vom ewigen Jüden abstammen. Ihre Eigenart besteht darin, daß sie in keinem Fall für sich einen Platz auf der Erde finden, um sich an demselben festzusetzen. In ihnen lebt ein unruhiges Jüden von einem Verlangen nach irgend etwas Neuem . . . die geringeren von ihnen können sich nie Hosen nach ihrem Geschmack anschaffen und sind daher immer unzufrieden und unglücklich, den größeren befriedigt nichts — nicht Geld, nicht Frauen, nicht Ansehen . . . Diese Menschen liebt man im Leben nicht — sie sind verwegen und unverträglich. Die meisten Menschen sind doch — Scheidemünze . . . und der ganze Unterschied zwischen ihnen liegt nur in den Prägungsjahren.“

Dieser ist abgenutzt, jener ist neuer, aber der Wert bleibt derselbe, das Material ist gleich und in allem sind sie einander bis zur Uebelkeit ähnlich . . . Ich indes

bin keine Scheidemünze . . . obgleich ich vielleicht geringwertiger bin . . . Da haben Sie alles.“

Er sprach dies alles skeptisch lächelnd, und mir schien es, als ob er selbst nicht daran glaube. Aber er rief in mir eine heftige Reugier hervor und ich beschloß, mit ihm zu gehen, bis ich erführe, wer er sei. Es war klar, daß er ein sogenannter „intelligenter Mensch“ war. Es sind ihrer viele unter den Vagabunden, aber alle sind sie tote Menschen, die jegliche Achtung vor sich selbst verloren haben, der Fähigkeit zur Selbstschätzung beraubt sind, und alle leben nur davon, daß sie mit jedem Tage ihres Lebens immer tiefer in den Schmutz und Elend geraten; zuletzt gehen sie darin auf und verschwinden aus dem Leben.

Promtow aber hatte etwas Hartes, Festes in sich. Und er klagte nicht das Leben an, wie sie es alle thun.

„Nun, was ist? Gehen wir!“ schlug er vor.

„Gehen wir!“

Wir standen von der Erde auf, erwidert vom Thee und der Sonne und gingen am Flußufer entlang stromabwärts.

„Und wie erwerben Sie sich Ihren Unterhalt?“ fragte ich Promtow. „Arbeiten Sie?“

„Arbeiten? Nein, ich bin kein Liebhaber davon.“

„Aber wie dann?“

„Ah . . . Sie werden schon sehen!“

Er schwieg. Darauf, nach einigen Schritten, piff er zwischen den Zähnen ein lustiges Lied vor sich hin. Seine Augen schauten sicher und scharf in die Steppe und er ging fest wie ein Mensch, der auf ein Ziel losgeht. Ich schaute ihn an, und das Verlangen, zu erfahren, mit wem ich es zu thun habe, wuchs in mir

Wirklinge stimmberichtig sind. Das wird den Zustuf nach dem deutschen Gebiet vermehren und gerade diesem sprechen die Buren eine große Zukunft zu. Von einer politisch hervorragenden Seite, bei der man volle Kenntnis der Verhältnisse in Südafrika voraussetzen muß und deren Urteil von großer Wichtigkeit ist, verläutet, daß Deutschland den größten Fehler machen würde, falls es diesen Auswanderern Schwierigkeiten in den Weg legen wollte. Deutschland könne sich keine friedfertigeren Kolonisten denken, um das größtenteils wild liegende Gebiet nutzbar zu machen. Eine wirtschaftlich einschneidende Frage wird es sein, wie man Ersatz für die Verluste als Arbeiter in den Goldminen finden wird.

Diese Nachricht hebt sich durch ihre innere Wahrscheinlichkeit vorteilhaft heraus aus dem Mist von Vermutungen, der über die Zukunft von Südafrika in den heißen Tagen der Sauregurenzeit ausgebrütet wird. Sie trifft zusammen mit einer Meldung der Times, wonach die Buren in Vereeniging eine Anerkennung ihrer Niederlage in der Resolution ausgesprochen haben, die der Vollmacht der Delegierten, das Uebergabedokument zu unterzeichnen, vorausgeschickt ist. In dieser Resolution wird erklärt, daß sie nur eingewilligt hätten, ihre Unabhängigkeit aufzugeben, weil die englische Regierung darauf bestanden habe, nicht mehr weiter zu verhandeln, sondern die Bedingungen zu diktieren, ferner in Anbetracht der Verluste, die sowohl die Buren wie auch die Engländer erlitten hätten und der Unmöglichkeit, die in Kriegsgefangenschaft Geratenen je wieder zurückzuerlangen, so wie endlich zu dem Zweck, den Weiterbestand ihrer Rasse zu sichern.

In ihren bisherigen Wohnstätten haben die Buren keine Stätte mehr. In den nächsten zwanzig Jahren sollen sechs Milliarden Mark aus den Randminen gezogen werden, und die dort jetzt zuwandernde Bevölkerung wird die Buren bald genug verdrängen. Es ist nicht uninteressant, das Urteil des Engländers Stead über die Zukunft von Südafrika kennen zu lernen, das sich, wie Stead ausdrücklich feststellt, vollständig mit der Auffassung des Napoleons von Südafrika, Cecil Rhodes, deckt hat. Danach werden kaum zwei Jahre vergehen, und England hat Johannesburg in eine gärende, unzufriedene Masse verwandelt, in eine geladene Mine, die eines Tages der Zufall entzünden kann. Eine amerikanische Nachahmung des Thee-Aufstandes in Boston im Jahre 1776 wird die Folge sein. Und werden die Buren und Afrikaner dann England beistehen? Das britische Reich in Südafrika wird untergehen, zertrümmert von denselben Mitteln, zu deren Besten es diesen unseligen Krieg unternommen hat. Stead fügt hinzu, Rhodes habe im Jahre 1896 den Jameson'schen Einfall ins Werk geleitet nicht aus Haß gegen die Buren, sondern um dieser drohenden Empörung durch eine Besitzergreifung des Landes durch England vorzubeugen.

Das ist bis jetzt alles noch Zukunftsmusik; allein bald wird die Frage an die deutsche Kolonialpolitik herantreten, wie sie sich gegenüber dem Treck der Buren nach ihren Gebieten praktisch verhalten wird. Diese Frage trägt den Keim einer Reihe von Reibungen und Verwicklungen mit den Buren und mit England im Schoße, und es ist wohl anzunehmen, daß bei der Neutralität, die das offizielle Deutschland während des Burenkriegs so kramphast gewahrt hat, auch bereits diese Zukunftsüberlegungen mit maßgebend gewesen sind.

**Deutsches Reich.**

**Parlamentarische.**

**Aus dem Reichstage.**

**B. Berlin, 5. Juni.** Im Reichstag wurde heute zunächst das internationale Abkommen zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel in zwei Lesungen erledigt. Leider verlor diese Konvention dadurch erheblich an Wichtigkeit, daß England, Dänemark, Holland, Rumänien, Norwegen und besonders Italien, das „klassische“ Land des Vogelwunders, sich ihr nicht angeschlossen haben. Immerhin konnte Abg. Beckh-Coburg, der seit Jahren „mühevoll“ für die Rechte der gefiederten Sänger gekämpft hat und der selbst ein großer Sänger vor dem Herrn ist, den Tag als eine Art persönlichen Ehrentages ansehen und das Vogelwunderabkommen mit besonderer Freude begrüßen. Auch der Nationalliberale Deinhard aus der Rheinpfalz, ein Herr von heterer Gemütsart, freute sich, daß die unsern Seelenleben so vielfach nahe stehenden Vögel nun endlich mehr als bisher vor den Verfolgungen böser

und fing an, scharf in die Fenster der Hütten zu schauen. In einer Hütte stand unter dem Fenster eine Frau und stülpte ein Kind. Promptow grüßte sie und sagte lachend: „Mein Täubchen! Geben Sie doch den Pilgern Brot!“

„Thut mir leid!“ antwortete die Frau und schaute uns mit einem argwöhnischen Blicke an.

„Röge in deine Brüste der Krampf fahren, Hundelochter!“ wünschte ihr streng mein Begleiter.

Die Frau schrie wie besessen auf und stürzte auf uns zu.

„Ach, ihr...“

Promptow rührte sich nicht vom Fleck, schaute ihr voll ins Gesicht mit seinen schwarzen Augen, deren Ausdruck wild und unheilvoll war. Das Weib erblickte, zuckte zusammen, brummte irgend was und ging rasch zur Hütte.

„Gehen wir,“ schlug ich Promptow vor.

„Warten wir mal, bis sie uns das Brot bringt...“

„Sie wird uns den Mann mit einer Mistgabel schiden.“

„Sie wissen zu viel!“ lächelte skeptisch dieser Wolf.

Er hatte recht, die Frau erschien vor uns, in der Hand hielt sie ein halbes Laib Brot und ein solides Stück Speck. Schweigend und tief verbeugte sie sich vor Promptow und sagte zu ihm bittend:

„Bitte, nehmen Sie, Gottesmensch, zürnen Sie nicht.“

„Möge Dich Gott vor dem bösen Blick, vor Hexerei und Wechselstieber bewahren!“ sagte Promptow mit Nachdruck. Und wir gingen weiter.

„Hören Sie,“ sagte ich, „wir schon weit von der Hütte waren, was haben Sie für eine sonderbare, um nicht mehr zu sagen, Art zu bitten?“

Menschen gefichert werden sollen. Amüsant war sein Hinweis auf den Pivot, der in einigen Gegenden Norddeutschlands „Bogel Willow“ genannt wird und der „auch so schön singe“. Ob dem Grafen Willow nicht das linke Ohr geklungen hat? —

Darauf wurde der Toleranzantrag des Centrums, der den Reichstag so lange beschäftigt hat, endlich in dritter Lesung definitiv erledigt. Namens unserer Partei sprach Rueter unsere Sympathie mit dem Grundgedanken des Antrages aus und rechnete wirksam mit den Anschauungen der Abg. Dr. Hieber und Richter ab. Herr Hieber versuchte sich ohne sonderliches Glück in einer Erwiderung. In der Specialdiskussion machte Stelle auf die intolerante Handhabung des sächsischen Vereinsrechtes und auf die blamable Thatsache aufmerksam, daß in Sachsen kein Jude Richter werden kann. Dieser thatsächlichen Praxis gegenüber hat die Ausschicht des sächsischen Gesandten Grafen Hohenhal, daß kein Gesetz die Juden vom Richteramt ausschliesse, keinerlei Bedeutung.

In der Gesamtabstimmung wurde der Toleranzantrag mit 163 gegen 60 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten, wohl aus alter kulturkämpferischer Abneigung, die Nationalliberalen und ferner die Mehrheit der Konservativen und der Reichspartei, die die patristische Kirchenhoheit durch keinerlei reichsgesetzliche Bestimmungen beschränkt wissen wollen. —

**Aus dem preussischen Landtage.**

**H. Berlin, 5. Juni.** Das Abgeordnetenhaus beriet heute zunächst in zweiter Lesung die Polenvorlage. Während die polnischen Mitglieder des Hauses bei der ersten Beratung noch Abgabe einer geharnischten Erklärung demonstrierend den Saal verließen, nahmen sie diesmal lebhaften Anteil an der Beratung. In der Hauptsache kam es ihnen darauf an, mit dem Grafen Willow wegen seiner liebenswürdigen Kaninchenrede abzurechnen, und sie sagten dem Ministerpräsidenten in so unverblümter Weise die Wahrheit, daß der Präsident an die polnischen Fraktionsredner v. Charlinski und v. Oleboki nicht weniger als drei Ordnungsrufe erteilte. Schade nur, daß Graf Willow den Verhandlungen nicht beizuhilfen! Seine Anwesenheit bei den Marienburger Festlichkeiten erscheint für die Sicherheit des preussischen Staates notwendiger, als seine Vertretung des polnischen Ausnahmegeretzes. Statt seiner suchten die Herren Frhr. v. Hammerstein und Frhr. v. Rheinbaben den Polen zu erwidern. Gelungen ist es ihnen nur sehr mäßig.

Die aus den beiden konservativen Parteien und den Nationalliberalen bestehende geschlossene Mehrheit für die Vorlage zeichnete sich durch Schweigen aus. Gegen das Gesetz erklärten sich das Centrum und die freisinnige Volkspartei. Dagegen ist sich die freisinnige Vereinigung über ihre Stellung nicht ganz klar. Während sie in früheren Jahren den Hundertmillionenfonds abgelehnt hatten, waren sie diesmal bereit, statt der geforderten 250 Millionen, 150 zu bewilligen; ihre prinzipiellen Bedenken sind aber geschwunden, und wenn Graf Willow übers Jahr einen neuen Wechsel präsentiert, werden sie ihn freudig einlösen. Herr Ricker und Drömel stimmten schon heute für die 250 Millionen.

In übrigen beriet das Haus noch eine Reihe kleinerer Gesetze, darunter in zweiter Lesung die Vorlage betr. die Ausführung des § 7 des Reichsunsfallsfürsorgegesetzes für Gefangene. Das Gesetz bestimmt, daß für Gefangene in staatlichen Anstalten der Staat, für solche in kommunalen Anstalten der Ortsarmenverband die zu zahlende Unfallentschädigung zu leisten hat. Auf Antrag des Abg. Gamp (Freikons.), der in der Vorlage eine zu starke Belastung der Ortsarmenverbände erblickte, wurde das Gesetz an die Kommission zurückverwiesen.

Gleichfalls an eine Kommission ging der Gesetzentwurf betr. die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes sowie der Antrag v. Mendel-Steinfels auf Einführung einer Schlachtviehvericherung ähnlich der in Sachsen bestehenden.

**Die letzten Ritter von Marienburg.**

„Von Edenhall der junge Lord läßt schmeltern Feststrommetenschall“... Unter Hansarenklängen und Blodengeläute sind gestern die Herren vom Ordenskapitel des uralten Johanniterordens im großen Remer- des restaurierten Hochschloßes von Marienburg eingezogen, voran der Kaiser als Hochmeister des Ordens, dann der Marschall mit dem Marschallstab und ihm folgend paarweise die Ritter aus Deutschland, Engelland, Utrecht und Oesterreich in Ordensmanteln und mit Ordensschwert, mit realistisch genauer Beobachtung aller Ordensceremonien in Haltung und Kostümierung, vervollständigt durch buntfarbige mittelalterliche Trophäen, die sich majestätisch auf ihre Lanzen und Schwerter stützten. Die Ritter in historische treuen Ordens-

trachten mit ihren verschiedenfarbigen Uniformen und Mänteln, ein papageienhaft buntes Bild voll raffiniertesten Kostümen- und Schneiderkrams. Heute, da die märchenhafte Zaubervermacht der Ritterromantik allenthalben im Reich wieder zum Leben erweckt wird, da die Hohkönigsburg und bald auch das Heidelberger Schloß von der Restauration der längst hinabgegangener Ritterschaft zeugen, durfte auch das Hochschloß der Marienburg, der uralte Stammsitz des Johanniterordens, nicht unvergessen bleiben. Ueber die Zugbrücke durch den Zwinger bewegte sich der majestätische Zug nach der Schloßkirche, deren alle Architektur, wie Offiziosus Wolff kunstförmig berichtet, in der hellen Sommer Sonne stillvoll den Hintergrund bildete, aus dem die Mänge des St. Pfalms „Wie lieblich sind deine Wohnungen, Herr Zebaoth,“ sanft hervorquollen. Dann feierlicher Gottesdienst mit Liturgie und Weiberode, eingeleitet und geschlossen mit Hymnen des Märschbunds, — und zurück durch Kreuzgang, Zwinger und Zugbrücke nach dem Mittelschloß, wo Turmfanfaren den wallenden Zug begrüßten. „Wundervolle Märchenwelt, die den Sinn gefangen hält, steigt auf in der alten Pracht!“

Beim Festmahl hielt der Kaiser eine Rede. Er erinnerte an die Gründung des Deutschordens in Palästina zur Zeit des dritten Kreuzzugs:

Auf fremdem, heißen Boden zur Unterstützung notleidender deutscher Brüder gegründet, an der Seite des Ordens St. Johannes und der Tempelherren, war sein Zweck, Jerusalem die Freiheit wieder zu erstreiten und die Grabeskirche ein für allemal dem Kreuz zu erhalten. Doch diese Hoffnung trat nicht in die Erfüllung; denn schon bald nach der Gründung des deutschen Ordens mußte das heilige Land der abendländischen Christenheit als territorialer Besitz ein für allemal als verloren betrachtet werden. Gewiß wird damals mancher Ordensbruder schmerzlich aufgestöhnt haben: Was wird nun aus uns werden, welche Aufgaben müssen wir uns stellen? Ja meine aber, daß gerade hier der Finger der Fingerr der Vorsehung zu erblicken ist. Nicht auf fremdem Boden, wo der Europäer nicht heimisch, und wo das Kreuz noch nicht festen Fuß gefaßt hatte, sondern babei an des Reiches Grenze, da steckte die Vorsehung dem Orden die Aufgabe.

Mit einem Schloge war man plötzlich mitten in der Tagespolitik von heute drinn. Die Begehungen sind unverkennbar: Der große Kreuz- und Märschzug gegen das moderne Morgenland, gegen die ostasiatischen Barbaren, ist möglich; darin sieht der Kaiser einen Fingerzeig der Vorsehung, nunmehr statt Westpolitik im fernen Osten deutsche Heimatspolitik an der östlichen Grenze zu treiben. Die Schleier der mittelalterlichen Umwelt zerrissen, und die kaiserliche Rede klang aus in einen Kriegsruf gegen die uralten Feinde des ehemaligen Deutschordens, gegen die Polen:

Ich habe schon einmal Gelegenheit genommen, in dieser Burg und an dieser Stelle zu betonen, wie die alte Marienburg, dies einstige Bollwerk im Osten, der Ausgangspunkt der Kultur der Länder östlich der Weichsel, auch stets ein Wahrzeichen für deutsche Aufgaben bleiben soll. Jetzt ist es wieder so weit: polnischer Uebermut will dem Deutschtum zu nahe treten und ich bin gezwungen, Mein Volk aufzurufen zur Wahrung seiner nationalen Güter.

Einst bekam ein brandenburgischer Markgraf das Deutschordensland, das damals der polnischen Uebermacht bereits erlegen war, als Herzogtum Preußen vom Königreich Polen zu sehen. In dieser bescheidenen Rolle, als Lebensleute der polnischen Krone, treten die Hohenpollern in ihre deutsche Mission in den Ostmarken ein, damals außerdem begünstigt durch die Reformation in Deutschland und den Abfall des Deutschordens vom Papsttum. Es ist ein langer und vielgenaunder Weg, der von jenen Tagen polnischer Ueberhoheit bis zu der jetzigen Felsen- und Kaninchenpolitik des Grafen Willow führt.

Über auch die heutigen Ritter von Marienburg sind ja nicht mehr dieselben, wie die rechenhaften Gestalten, die einst mit Raub, Mord und Gewaltthat das Werk der deutschen Kolonisation in den Ostmarken vollführten, „die gewaltigste Leistung des Deutschtums im Mittelalter“, wie Herr Professor Lamprecht sich ausdrückt. Zwar die Kostüme und Cerimonien sind mit peinlicher Treue festgehalten, aber im ganzen macht der pompöse Ritterzug einen etwas geistreichen Eindruck.

Die Rede des Kaisers hat bereits einen Widerhall gefunden. Die Neue Freie Presse in Wien sieht darin eine Antikündigung, daß die antipolnische Politik in Preußen sich noch mehr verschärfen, aber auch eine politische Rückwirkung auf Oesterreich ausüben werde. Mit größter Wahrscheinlichkeit sei zu erwarten, daß die polnischen Mitglieder der Delegationen in der Debatte über das Kriegsbudget das Wort ergreifen und auf die Angriffe des Kaisers erwidern werden.

Bereits gestern war die Nachricht durchgesickert, daß der Polenklub in Wien einen Antrag angenommen habe, die polnischen Mitglieder der Delegation aufzufordern, das die bei der Prüfung des Heeresbudgets wohl für die Wehrmacht des Reiches eintreten, jedoch mit der Verwahrung, daß die österreichisch-ungarische Politik unabhängig sein solle von der Politik des deutschen Reiches, die durch Preußen geleitet werde. In der Begründung wurde die Entzweiung über die im preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachte Polenvorlage ausgedrückt, und gedroht, der Dreibund würde Oesterreich zu Grunde richten.

**\* Berlin, 5. Juni.** In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf einer Bestimmung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Geschäften und dergleichen, sowie die Vorlage betreffend die Verleihung von Korporationsrechten an die mit dem Sitze in Berlin gegründete Deutsche Samoa-Gesellschaft den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Zustimmung wurde erteilt den Beschüssen des Reichstages zu dem Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des § 7 der Strafprozessordnung, ferner den Ausschüssen über die Vorlage betreffend den Aufbruch und die Einziehung der Noten der Bank für Süddeutschland in Darmstadt sowie über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen (Diktaturparagraf).

Ein veraltetes Bollwerk der Straffügigkeit soll jetzt niedergelegt werden, der Grobe Unfugparagraf. Die Norddeutsche Allgemeine schreibt offiziös:

Der Vorschritt des Strafgesetzbuches über die Bestrafung des großen Unfugs ist bekanntlich in der Rechtsprechung der Untergesichte vielfach eine Auslegung zu teil geworden, nach der es zulässig wäre, jede Art von Ungehörigkeit, die nicht durch andere Vorschriften besonders unter Strafe gestellt ist, als großen Unfug zu bestrafen. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts hat neuerdings mehrfach Gelegenheit gehabt, die Tragweite der bezeichneten Vorschrift scharfer zu begrenzen. Wiederholt ist vom Reichsgericht der Standpunkt vertreten worden, daß nicht jede grob ungebührliche Handlung, durch die das Publikum in seinem Allgemeinwohl unmittelbar belästigt oder geschädigt

„Die aller sicherste... Wenn man ein Weib ordentlich mit den Augen anblitzt — hält sie einen für einen Zauberer, erschrickt und giebt nicht nur allein Brot, sondern den ganzen Beutel des Mannes hin. Weshalb soll ich bitten und mich vor ihr erniedrigen, wenn ich befehlen kann? Ich dachte immer, daß es besser ist, wegzunehmen, als betteln... nu, und wenn man nicht nehmen kann, muß man selbstverständlich bitten.“

„Und passiert es nicht, daß Ihnen anstatt Brot...“

„Eins aufs Genick gegeben wird? Nein. Möge man nur versuchen! Ich habe, Brüderchen, einen Talisman... brauch ihn nur dem Bauer zu zeigen, und er ist mein Sklave. Wenn Sie wollen, zeig ich ihn Ihnen.“

Ich hielt dann ein ziemlich schmutziges und zerknittertes Papier von ihm in den Händen und sah: es war ein Papierchen zur Ueberfiedelung aus Astrachan nach Nikolajew, auf den Namen Pawel Ignatjew Promptow, der aus Petersburg administrativ ausgewiesen war, ausgestellt. Auf dem Scheine war der Stempel der Astrachanschen Polizeiverwaltung und die entsprechenden Unterschriften — alles, wie es sich gehört... „Begreife nicht!“ sagte ich, indem ich dieses Dokument dem Eigentümer zurückgab. „Durch welchen Zufall kommen Sie aus Astrachan, der Sie aus Petersburg ausgewiesen sind?“

Er lachte und drückte in seiner ganzen Gestalt seine Ueberlegenheit aus.

(Fortsetzung folgt.)

**Humoristisches.**

Die Kleinen und die großen Diebe. Als einstmals der alte Baron Rothschild auf dem Rückweg von der Frankfurter Börse von einem Geschäftsfreund darauf aufmerksam gemacht wurde, ein Spitzhube stehe ihm eben das Taschentuch, antwortete der Finanzkönig gelassen: „Lassen Sie den Mann; wir haben keine Kleinen angefangen!“

werde, die Strafbarkeit begründe; vielmehr müsse als weiteres Erfordernis hinzutreten, daß die Handlungswaise des Täters sich zugleich als eine Störung und Gefährdung des äußeren Verkehrs der öffentlichen Ordnung darstelle, ähnlich wie es bei ungebührlicher Erregung ruhender Räume der Fall sei, die in derselben Verfassung mit Strafe bedroht werde. Im Interesse einer gleichmäßigen Durchführung dieser Grundzüge haben auf Ersuchen des Reichsjustizamts die Justizverwaltungen der einzelnen Bundesstaaten die Beamten der Staatsanwaltschaft angewiesen, bei der Erhebung von Anklagen wegen groben Unfugs die in der Rechtsprechung des Reichsgerichts zum Ausdruck gekommenen Grundsätze sich stets genau zu vergegenwärtigen.

Der Grobe Unfugparagraf war mit der Zeit eine der gefährlichsten Strafbestimmungen und seine Auslegung bereits höchlich geworden. Das Reichsgericht hat in neuerer Zeit dem allergrößten Unfug dieser Rechtsprechung einigermaßen gesteuert und diese soll nunmehr auch für die unteren Instanzen maßgebend sein. Danach kann man hoffen, daß in der Folge nur noch Studenten, Rowdies, Tagelöhne &c. mit diesem Paragraphen Belästigung machen, anständige Arbeiter aber mit ihm verschont bleiben.

Die Zuckersteuerkommission nahm Artikel 3 der Zuckerneuernovelle betr. die Rückvergütung des Ausfuhrzuschusses für Zucker in Niederlagen, der nach dem Inkrafttreten des Gesetzes in den freien Verkehr oder in eine Zuckerraffinerie übergeführt wird, an. Die Kontingentierung wurde abgelehnt. Artikel 4, der lediglich besagt, daß das Gesetz gleichzeitig mit der Brüsseler Konvention in Kraft tritt, wird mit dem von Graf Limburg-Stürum beantragten Zusatz angenommen: „Der Reichstag erteilt der Brüsseler Konvention seine Genehmigung.“ Damit ist die erste Lesung beendet. Nächsten Freitag wird das Süßstoffgesetz beraten werden.

Zum Süßstoffgesetz haben die Abgeordneten Baasche (nat.-lib.), v. Sandt (kons.), Graf Carmer (kons.) und Prinz Arenberg einen Kompromissantrag eingebracht, hinter welchem die Mehrheitspartei stehen. Die §§ 2 bis 26 des Süßstoffgesetzes sollen durch 10 Paragraphen ersetzt werden. Nach § 2 wird verboten, a) Süßstoffe herzustellen oder Nahrungs- oder Genußmitteln bei deren gewerblicher Herstellung zuzusetzen, b) Süßstoffe oder süßstoffhaltige Nahrungs- oder Genußmittel aus dem Auslande einzuführen; c) Süßstoffe oder süßstoffhaltige Nahrungs- oder Genußmittel selbst zu verkaufen oder zu verkaufen. Die §§ 3-5 lassen dann die Ausnahmen folgen.

Der Sandenprozeß. (Aelter Tag.) Als bei der Erörterung der Bilanz — wir sind jetzt im Jahre 1899 — der Angeklagte Heinrich Schmidt wieder betont, daß er eine dieser Bilanzen, obgleich sie seine Unterschrift mit getragen, nicht kenne, erklärte der Staatsanwalt Beck: Wenn der Angeklagte Heinrich Schmidt, der doch Direktor war, immer wieder sagt, er habe sich um die Bilanz nicht gekümmert, so möchte ich nun doch erfahren, was er eigentlich zu thun hatte, wofür er eigentlich seine Tantieme bezog?

Schmidt will dagegen Arbeit in Fülle und Fülle, auch jährlich verschiedene große Reisen — Badereisen eingeschlossen? — zu machen gehabt haben. In der Bilanz habe nur Sanden disponiert, er (Schmidt) sei lediglich „mechanischer Arbeiter“ (!) gewesen. Der Sachverständige hecht ist der Meinung, es sei schwer anzunehmen, daß ein Direktor eine Bilanz, die doch ein sehr wichtiges Dokument sei, mit seiner Unterschrift passieren und sich dafür Decharge erteilen lasse, ohne sie angesehen und geprüft zu haben.

Die Verhandlung streift die Verhältnisse der Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz, G. m. b. H., eine Gründung des Bankhauses Anhalt u. Wagner Nachf. An einer anderen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Behold u. Co., war die Preußenbank sehr interessiert; durch Schiebungen, die zu verfolgen hier zu weit führen dürfte, wurde die Behold-Gesellschaft als Schuldnerin von 4 Millionen in den Conten und Bilanzen aufgeführt, während sie in Wirklichkeit nur eine Million schuldet. Kommerzienrat Lucas setzt in eingehendem Vortrage auseinander, daß in der Bilanz für 1899 mit fiktiven Conten gearbeitet worden sei und der Angeklagte sich mit klugem Sprünge über alle Schwierigkeiten hinweggesetzt habe, nur durch Buchungen und künstliche Rechnungsstrukturen die fiktiven Konten verschwinden und als reelle Forderungen erscheinen zu lassen, in der Absicht, die schlechte Situation der Bank nach außen hin zu verdecken.

Die „preussische Kleptomanie“ vor dem Oberverwaltungsgericht. Auf der vorjährigen Landesversammlung der deutsch-hannoverschen Partei in Lüneburg hatte ein welfischer Agitator, Lehrer A., die sogenannten Alldutschen (infolge ihrer Abstammung von den Nationalliberalen) der erblichen Belastung mit „preussischer Kleptomanie“ beschuldigt, was die Auflösung der Versammlung und eine Verurteilung des Herrn A. wegen Verächtlichmachung preussischer Staatseinrichtungen mit 300 Mk. Geldstrafe zur Folge hatte. Gegen die Auflösung der Versammlung hatten sowohl der Einberufer als auch der Vorsitzende der Versammlung (Baron v. d. Decken) den Klagenweg beschritten, zunächst beim Regierungspräsidenten, dann beim Oberpräsidenten, aber beide Male erfolgte Abweisung der Beschwerde. Jetzt in letzter Instanz, beim Oberverwaltungsgericht, sind die Kläger mit ihrer Beschwerde durchgedrungen. Das Oberverwaltungsgericht hat die Auflösung der Versammlung für unbedeutend erklärt. Wohl sei die Meinungsäußerung als ein Vergehen gegen § 131 der Str.-P.-O. zu betrachten, aber diese strafbare Handlung rechtfertige noch nicht die Auflösung der Versammlung, wenn nicht eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen vorliege. Und das sei hier nicht der Fall.

Mit Diebstahl, d. h. heimlicher Wegnahme, hat sich der preussische Kar auch wirklich befah. Der Welfe sollte doch die Geschichte von 1866 besser kennen.

Die Kirche in Bedrängnis. Der seit mehreren Jahren schwebende Prozeß des Hagener Vereins für Feuerbestattung gegen die dortige evangelische und katholische Kirchengemeinde, die als Eigentümerinnen des Friedhofs die Beisetzung der Asche eines in Gotha kremlierten Kaufmannes G. in seinem Familienbegräbnis verweigerten, beschäftigte dieser Tage zum zweitenmal das Reichsgericht. Dieses hatte das zu Ungunsten der Kirchengemeinden lautende Urteil des Ob.-Landesgerichts und des Oberlandesgerichts infolge der von den Kirchengemeinden eingelegten Revision aufgehoben und die Sache an das Oberlandesgericht zurückverwiesen mit der Anordnung, daß die Frage geprüft werden müsse, ob auch an anderen Orten die Beisetzung der Asche auf den konfessionellen Friedhöfen zur Seite geworden sei. Dieser Nachweis wurde vom Verein erbracht und das Oberlandesgericht erkannte abermals auf Verweisung der von den Kirchengemeinden eingelegten Revision. Auch bei diesem Urteil beruhigten diese sich nicht, sondern legten nochmals Revision beim Reichsgericht ein. Dieses hat nun die Revision der Kirchengemeinden kostenpflichtig und endgültig

verworfen. Damit ist der Prozeß in letzter Instanz zu Gunsten des Vereins für Feuerbestattung entschieden.

Das Beste wird nun schon sein, die Hagener Kirchengemeinden graben ihre Toten wieder aus und suchen das Weite, um die Ruhe ihrer Lebenden und toten Gemeindeglieder nicht durch leberische Aschenurnen stören zu lassen.

Christentum, Silber und Blei und Opium. Nach einer Meldung der Times sucht die deutsche Firma Kunthold Karberg u. Co. von der chinesischen Regierung die Opiumpacht in gewissen Provinzen zu erlangen, d. h. das Monopol der systematischen Volksvergiftung.

Bekanntlich hat England erst durch die verächtlichen Opiumkriege China zur Freigabe der Opiumeinfuhr gezwungen. Die Weltpolitik Deutschlands gestattet nicht, daß England allein sich an diesem Volksvergiftungsprozeß bereichert, es will auch seinen Platz an der Sonne.

Neber 10 Jahre Gefängnis wurden vom Kriegsgericht der 4. Division in Würzburg über eine Bechtumpanel verhängt, die der schweren Gehorsamsverweigerung angeklagt war. Sechs Artilleristen zechten in der Nacht zum 1. Mai in einer Wirtschaft in Würzburg und fingen mit zwei Unteroffizieren und der Kellerin Kracht an. Als Unteroffizier F. mit drei Mann erschien, um sie zu verhaften, hielten sie nur Spott und Hohn für ihn und erklärten: „Uns verhaften, gleibts nicht, geh' nach Hause und lern' deine Instruktion!“ Nur mit äußerster Anstrengung konnten sie zur Wache gebracht werden. Dafür wurden Strafen von im Minimum 1 1/2 Jahren und im Höchstfall von 3 Jahren 8 Monaten Gefängnis für nötig befunden.

kw. Aus Hessen, 5. Juni. Auch heute kam die Beratung des Main-Neckarbahnvertrags in der Zweiten Kammer noch nicht zu Ende. Neben fast aller Parteien kamen noch zum Wort, auch der Minister Gnauth vertrat nochmals seinen Standpunkt, mußte aber den Vorwurf entgegennehmen, daß es nicht richtig sei, aus dieser Sache eine Kabinetsfrage zu machen, da ihm doch sonst allgemeines Vertrauen entgegengebracht werde. Die Stellungnahme der Freisinnigen war gestern insofern irrtümlich angegeben, als diese nicht gegen den neuen Vertrag sind, obwohl sie an dem früheren Vertrag betreffs der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft nicht genug aussetzen konnten, und sich daher vom Centrumsdimitglied v. Ventano lassen mußte, daß sie folgerichtig auch gegen den neuen Vertrag stimmen müßten. Nicht unmöglich ist auch, daß an den beiden freisinnigen Stimmen die Entscheidung hängt, die aller Voraussicht nach morgen zu Gunsten der Vorlage ausfallen dürfte.

München, 5. Juni. Das Schuldotationsgesetz hat in seiner neuen Gestalt, wie sie ihm die Reichsratskammer gegeben hat, nunmehr auch den Ausschuss der unteren Kammer passiert, wo es unverändert angenommen wurde. Die Liberalen machten noch einen letzten Versuch zur Rettung der Simultanschule, indem sie beantragten, diese sei den Konfessionsschulen gesetzlich gleichgestellt. Dieser Antrag wurde natürlich von der Centrumsmehrheit abgelehnt, die im übrigen noch rund heraus erklärte, sie wolle von der Simultanschule nichts wissen und ihr den Weg verschließen; insbesondere müsse der „künstlichen Bildung“ dieser Schulen in München entgegengetreten werden. Damit ist wieder einmal der Kultusminister desavouiert, der im Reichsrat zur Verhütung der Simultanschulfeinde ausführte, das Gesamtministerium habe sich auf eine authentische Interpretation des sogenannten Simultanschulariketts dahin geeinigt, daß die Erhaltung und Errichtung von solchen Schulen nicht gefährdet werden solle. Diese Erklärung konnte natürlich an sich schon nicht ernstlich in Betracht kommen, weil sich der Verwaltungsgeschichtshof bei seinen Entscheidungen natürlich nur an den klaren Wortlaut des Gesetzes hält. Durch die unzweideutigen Erklärungen der Mehrheit der unteren Kammer ist nun vollends jeder Zweifel ausgeschlossen. Bei der Abstimmung über den ganzen Gesetzentwurf stimmten die Liberalen mit den Sozialdemokraten geschloffen dagegen. Die endgültige Vorbescheidung im Plenum wird Mitte nächster Woche erfolgen.

Kleine politische Nachrichten. Fuad Pascha, welcher im Februar Leute gegen staatliche Sicherheitsorgane bewaffnet und andere revolutionäre Handlungen begangen hatte, wurde vom türkischen Kriegsgericht zu lebenslänglicher Festungshaft, zur Degradation und zum Verlust aller Orden verurteilt. 11 Offiziere und 3 Mann waren der Mitschuld angeklagt. Die Mitschuldigen wurden begnadigt. — Eine Depesche aus Port of Spain meldet, daß Salas, der Befehlshaber der venezolanischen Armee, dort angekommen ist, nachdem er eine Niederlage durch die Aufständischen erlitten hat. Letztere hätten Ciudad Bolivar eingenommen und 2000 Gewehre, sowie eine Menge Munition erbeutet.

**Oesterreich-Ungarn.**

Das Blutbad in Lemberg wird von der Wiener Arbeiterzeitung nach dem amtlichen Bericht des Herrn v. Koerber dahin glossiert, daß nunmehr kein Zweifel besteht, daß in Lemberg g e m o r d e t wurde, daß die Menschen, die von den Salven der Husaren niedergestreckt worden sind, ihr Leben nur deshalb verloren haben, weil den staatlichen Behörden in Lemberg das Gefühl der Verantwortlichkeit, jede Regierung von Menschlichkeit völlig entschwinden sind. Eine solche erbärmliche Schandthat wie die Herbeiholung der Husaren, die Magyaren sind und kein Wort polnisch verstehen, eine solche schandwürdige Gewissenlosigkeit wie die Attaken in die erregte Menge, eine solche elende Mißachtung des Lebens von Menschen steht ohne Beispiel da und ist selbst in Oesterreich nie vorgekommen. Wenn die Tenden, die dieses entsetzliche Verbrechen verübt haben, der Strafe entgehen, wenn sie nicht nach gemeinem Recht im Gerichtssaal abgeurteilt werden, so verliert Oesterreich den Anspruch, ein Rechtsstaat zu sein, so wird ein Freidrief ausgestellt für jede Unthat, so kann nun jeder Dummkopf, der Treffen trägt, thun, was er mag. Herr v. Koerber verspricht eine „strenge Untersuchung“. Die verspricht ein österreicherischer Minister immer, und insbesondere Herr v. Koerber verspricht sie stets, wenn er etwas zu vertuschen unternimmt. Aber diesmal wird gehalten werden, was versprochen wurde, diese zum Himmel schreienden Niederträchtigkeiten müssen gesühnt werden.

Was war in Lemberg geschehen? Die Arbeiter hatten eine Versammlung ab. Einer von den Arbeiterführern „forderte die Arbeiter auf, in Ruhe auseinanderzugehen“. „In dem Augenblick, als die Versammelten den Schützenplatz verlassen wollten“, kamen Soldaten angerückt. Herr v. Koerber behauptet, die Soldaten seien rein zufällig gekommen; nur ein unselbiger Mißverständnis habe die Arbeiter „zu dem ersten unglückseligen Angriff auf das Militär geführt“. Aber worin bestand denn dieser „Angriff“? Herr v. Koerber sagt es: einer aus der Menge „insultierte“ die Militärabteilung. Sicherlich, eine marschierende Compagnie ist eine selbständige Abteilung der Armee, und sie zu „insultieren“ begründet das Vergehen der Ehrenbeleidigung. Zwar verschweigt der Bericht, wie gerade der

„Eine“ aus der Menge dazu kam, die Militärabteilung zu „insultieren“; daß zuerst ein Unteroffizier eine Frau ansah, und daß der „Eine“ der Mann dieser Frau war, der den Rippenstoß mit Schimpfworten vergalt, aber was that eigentlich die Menge? Der Mann wurde verhaftet, und die Menge, so berichtet Herr v. Koerber wörtlich, „geriet in große Aufregung und nahm eine drohende Haltung gegen das Militär an“. Nach dem amtlichen Bericht steht also fest: Die Arbeiter waren in der Versammlung vollkommen ruhig, wenn auch natürlich ein Streik kein Gefühl besonderer Gemüthlichkeit erzeugt. Der Arbeiterführer forderte sie zum friedlichen Auseinandergehen auf, und, was wohl zu beachten ist, die Menge schickte sich bereits an, den Platz zu verlassen. Die „zufällig“ angerückten Soldaten mehrten wohl die Erregung, aber zu Ausschreitungen kam es nicht. Namentlich ist es eine gemeine Lüge, daß die Soldaten mit Steinen beworfen worden wären; wäre nur ein Kieselstein geworfen worden, der Bericht hätte sicher von einem Steinregen erzählt. Es wurden ein paar Schimpfworte ausgestoßen und die Menge nahm „eine drohende Haltung ein“. Nun zog aber das zufällig angekommene Militär von dannen — es hatte ja auch dort nichts zu thun —, und so waren die Ursache und das Objekt der „drohenden Haltung“ aus der Welt geschafft.

Und was thut nun die Behörde? Wie die Sachlage war, so hätten ein paar vernünftige Worte, ein bißchen Geduld und Wohlwollen ausgereicht, die Räumung des Platzes — wenn er schon wirklich sofort geräumt werden mußte — zu erzielen. Aber was thut der Lemberger Polizeidirektor? Er schickt auf die Menge einen Zug Husaren — wohl das beste Mittel, erbitterte Menschen zu beruhigen! Und der Polizeibeamte läßt nun die Räumung des Platzes bedächtig vornehmen, daß er die Husaren in die Menge hineinreißt! Nicht die Husaren, die geschossen haben, ja nicht einmal der Kommandant, der das Feuer befahl: der Polizeidirektor, der die Husaren auf die Menge hegte, und der Polizeibeamte, der die Mäntel anbezahlte, die sind die eigentlichen Schuldigen, die sind die Verbrecher, deren Verbrechen der Mord ist, und an ihnen darf die Strafe nicht achlos vorübergeleitet. Was sich dann ereignet hat, war ja nicht die Ursache des Eingriffes der Soldaten, sondern ihre Wirkung; wenn dann die Soldaten mit Steinen beworfen und gar — schrecklich! — ein paar Fenster Scheiben eingeschlagen wurden, so vermag das das Massacre nur in den Augen hilfloser Autoritätsmenschen zu rechtfertigen. Selbst aus der Darstellung des Herrn v. Koerber geht es unzweifelhaft hervor, daß diesmal zu dem niederträchtigen Gemeth selbst der Vorwand gefehlt hat. Daß die Männer in Lemberg niedergeschossen worden sind, Frauen von den Husaren der Pferde zertritten — der Ministerpräsident schente sich, das zu berichten, und sprach immer von einer „Person“ —, daß die Strohen mit Blut gedüngt sind, in den Häusern die Kranken sich in Schmerzen winden: all das Grausige ist nur geschehen aus der verbrecherischen Mißachtung des Lebens der arbeitenden Menschen!

Lemberg, 5. Juni. Die Bauarbeiter und Maurer haben gestern früh überall die Arbeit wieder aufgenommen.

**Schweiz.**

**Eine neue Streikursache.**

—na. Biel, 6. Juni. Hier ist unter ganz eigentümlichen Umständen ein Maurerstreik zu Stande gekommen, dessen Ursprung selbst den bürgerlichen Elementen unklar erscheint. Sonst haben sie einfach die Erklärung zur Hand, daß die Arbeiter von ihren Führern aufgewiegelt oder gar zum Streik gedrängt worden seien. Diesmal kommen sie aber mit dieser Erklärung gar nicht aus. Die Führer, z. B. der in Biel wohnende Adjunkt des schweizerischen Arbeitersekretärs, Genosse Reimann, waren gegen den Streik; die Arbeiterunion, welche man in den Kampf hineinzuziehen suchte, verhält sich völlig passiv, sie, wie die gewerkschaftlichen Instanzen sind gewissermaßen vom Streik aberkannt worden. Nun besteht der größte Teil der Maurer Wiels aus Italienern. Unter ihnen wollen die Bieler Philister einen offensichtlich nicht dem Arbeiterstand angehörigen Spizel entdeckt haben, der plötzlich auftauchte und nach dem Empfang von Rapporten und der Erteilung von Weisungen wieder verschwand. Aber auch in der Art, wie der Streik geführt wird, erblickt man etwas auffälliges. Was Wunder, daß sich der Argwohn der öffentlichen Meinung nach einer ganz anderen Sekte wendet? In dieser Erklärung, welche sozusagen die allgemeine ist, erblicken wir in erster Linie auch ein brillantes Zeugnis für die Arbeiterbewegung. Behörden und Publikum befinden sich da wiederum vor der ihnen sehr unangenehmen Thatsache, der Wirksamkeit der Arbeiterführer direkt und indirekt Anerkennung zollen zu müssen.

In diesem Frühjahr hatte Genosse Moor die Schweiz vor schwerer Verlegenheit bewahrt, indem er eine geplante Massen-demonstration der in der Schweiz befindlichen Italiener gegen ihre heimliche Regierung verhinderte. Jetzt wäre man in Biel froh um die Arbeiterführer, die sonst „Feyer und Mäher“ Genannten. Wüßte man sie an der Angelegenheit beteiligt, hätte gestern die Regierung des Kantons Bern keine Extrastrafung halten, keine Proklamation erlassen und nicht 50 Polizisten nach Biel senden müssen.

**Rußland.**

**Stache an den Genserknechten.**

N. Dem jüngst mißglückten Nachversuch an dem Anstifter jener grauenvollen Auspeitschung der Waifeiernden in Wilna, dem Gouverneur von Wahl, sind zwei weitere Bestrafungen auf dem Wege der Volksynchjustiz gefolgt.

Ein Polizeikommissar, Konischewski, der an der Exekution teilgenommen hat, hat von einem jüdischen Arbeiter auf offener Straße einen mächtigen Hieb mit einem eisernen Stock auf den Schädel bekommen, so daß er sofort zu Boden stürzte. Der unbekante Arbeiter ist glücklich entkommen.

Doktor Michailow, der die Zahl der Hiebe bei der Exekution zu bestimmen und die Bewußtlosen wieder prägel-sähig zu machen hatte, ist in der technischen Schule, wo er als Arzt angestellt ist, von Schülern mit den Worten: Genet, Schurke! empfangen worden. Er mußte den Saal verlassen, um ernstere Folgen vorzubeugen. Sogar vom Adelsklub wurde er ausgeschlossen. Aber seine ihm von Arbeiterhänden zuge-dachte Strafe hat er erst in diesen Tagen auf folgende Weise erhalten. Ein unbekanntes junges Ehepaar bezog eine Wohnung in einer abgelegenen Gegend. Die Frau stellte sich dann krank, und man schickte nach dem Arzt Michailow. Als er kam, erwarteten ihn noch drei junge Leute, die ihn regelrecht verprügelt haben. Das Ehepaar und die drei Arbeiter verließen dann unbemerkt die Wohnung, in der der Doktor befinnungslos auf dem Boden lag.

Hierzu zwei Beisagen und die Romanbeisage

Bitte genau auf Firma, Nur ein Preis zu achten!



# Nur ein Preis!

## Jedes Paar Herren- und Damenstiefel auch Goodyear-Weltschuhe

# 7<sup>25</sup> Mk.

### Alfred Fränkel

Inhaber der Mödlinger Schuhfabrik, Mödling bei Wien.

Verkaufs-Niederlagen in Leipzig:  
**Johannisplatz Nr. 3**

und  
**Hainstrasse, Ecke Brühl.**

Bitte genau auf Firma, Nur ein Preis zu achten!

## Globus-Putz-Extract



Ist die **Krone aller Putzmittel.**

Laut den Gutachten von 3 gerichtlich vereideten Chemikern ist

**Globus-Putz-Extract**

in seinen vorzüglichen Eigenschaften unübertroffen!

**Fritz Schulz jun.** Aktiengesellschaft  
Leipzig. [2422]

Rohmaterial aus eigenen Bergwerken.

**Konfektions- u. Schuhwaren-Räumungs-Verkauf**  
wegen Geschäftsaufgabe  
Nr. 7 Nürnberger Strasse Nr. 7 am 1. Juli.  
Preise ganz enorm billig. [5841]  
**J. Joske, Nr. 7 Nürnberger Str. Nr. 7.**

## Berufsbekleidung

vorschriftsmässige Schutz- und Berufs-Bekleidung.  
**Blaue Sicherheits-Anzüge**

für Elektrotechniker, Maschinisten, Schlosser etc.  
vorrätig in allen Größen. Bildhauer-Mäntel, Buchdrucker, Maler, Chemiker,  
Mechaniker, Photographen u. Schriftsetzer-Kittel. Koch-, Konditor-Jacken  
und -Mützen. Alle Sorten Schürzen in weiss, blau, grün.

**E. Müller, Schürzen-Fabrik**  
Tauchaer Strasse 2, schrägüber dem Kristallpalast. [2852]

In unseren Verkaufsstellen wird

geführt.

## BONA-Margarine

als bester Butterersatz

**Konsum-Verein Stötteritz und Umgegend.**

Illustrierte Preisliste gratis und franko.

**Raucher**, die für einen wirklich billigen Preis eine reelle Cigarre haben wollen, sollten unbedingt meine Nr. 125 probieren.

Aeusserst vorteilhaft für Händler!!

10 Stück 0.35 Mk.  
100 Stück 3.50 Mk.

Cigarren en gros und Versandhaus

**Arthur Schmidt**

Universitätsstrasse 2.

Versand nach ausserhalb nicht unter 100 Stück Nachnahme.

## Spargel

Frischer Braunschweiger  
täglich Zufuhren [5844]  
à Pfund von 15 Pfg. an,  
Grimmischer Steinweg 14.

## Schnellfoblerei mit Dampfbetrieb

Münzgasse 7. Schuh-Flickereien  
Turn-Schuh-Reparatur  
mit Leder- und Gummifohlen billig.  
Gerrensohl. u. Abfahrsch. v. Mt. 1.90 an.  
10 St. geb. Singer-Nähmaschinen  
sowie mehr, Schneider- u. Schuhm.-Mach.  
billig zu verk. Münzgasse 20, S. 1. I.

**Achtung!**  
Neue und getragene Herren-,  
Burschen- und Kinder-Anzüge sowie alle  
Art Wäsche, Schuhe, Stiefel u. Uhren  
kauft man gut und billig bei **Max  
Jungmans, Ed. Thal- u. Seeburgstr.**  
Fahrrad-Vorleih- u. Repar.-Anstalt, Lager  
sämtl. Zubehörtel sowie Glocken, Lampen  
u. e. w. billigst. Reudnitz, Bergstrasse 18.

Leipzigs grösstes und billigstes

## Herren-Modenhaus

Centrale: **L.-Reudnitz**  
Dresdener Str. 75, parterre,  
I. u. II. Etage.  
Straßenb.-Haltestelle: Reudnitzer Depot.  
Fernsprecher: Nr. 4202.

## Gebrüder Rockmann

Inh.: **Gottfr. Kühne**

**Leipzig**

Tauchaer Str. 1, Ecke Gartenstr.  
direkt neben dem Kristallpalast.

**L.-Schönefeld**

Leipziger Str. 127, vis-à-vis der  
Farbenfabrik von Berger u. Wirth.

**Leipzig**

Zeltzer Strasse 24a, Ecke  
Sidonienstrasse.  
(Inhaber: Bruno Hildebrandt.)  
Fernsprecher: Nr. 3428.

**Herren-Rock- u. Gehrock-Anzüge**  
von Mt. 19.— bis 48.—

6 leg. Neuheiten in farbigen Rock-  
Anzügen von Mt. 25.— bis 40.—

**Radfahrer-Anzüge** von Mt. 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 26.—

**Bayer. u. Tiroler Loden-Artikel**  
garantiert imprägniert wasserdicht.

Havelocks v. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Joppen v. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mt. an.  
Neuheit! „Spessart-Pelerinen-Rad“ 12.— Mt.

**Neuheiten**  
in  
**Herren-  
Jackett-Anzügen**  
in den feinsten schwarzen,  
grauen, schwarzen u.  
blauen Farben  
von Mt. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 22.—  
hochlegante  
v. Mt. 24.— bis 42.—

**Neuheiten**  
in  
**Sommer-Paletots**  
von Mt. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, bis 24.—  
hochlegante  
von Mt. 25.— bis 30.—  
**Engl. Sport-Paletots  
und Raglans**  
von Mt. 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 36.—  
**Gummi-Paletots  
u. Raglans.**

**Neuheiten**  
in  
**Herren-  
Jackett-Anzügen**  
von Mt. 12.— bis 26.—  
hochlegante  
von Mt. 26.— bis 30.—  
Strang moderne  
Fasons.

**Reizende Neuheiten in  
Knaben-Anzügen**  
von hervorragend geschmackvollen Fasons.

Eleg. Knaben-Paletots außerord. preisw.  
**Radfahrerhosen v. Mt. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> an. Sweaters.**

**Elegante Knaben-Anzüge**  
für den praktischen Gebrauch in hoch-  
geschlossenen Blusen- und Joppen-Fasons von  
A 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> an. Knaben-Loden-Joppen  
von A 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> an. Knaben-Hosen von 90 S an.

**Special-Abteilung:**  
Anzüge, Paletots und Beinkleider etc. für extra corpulente und  
für schlanke Herren in bedeutender Auswahl.

**Bon:** Bitte ausschneiden!  
Vorzeigen dieses gewähren wir  
trotz unserer enorm billigen Preise **10<sup>0</sup>** Rabatt.

**Arbeiter-Garderoben für jeden Beruf!**  
zu den billigsten Fabrikpreisen.  
Arbeitskleidung für eintretende Lehrlinge.

## Anfertigung nach Mass:

**Abteilung A:**  
Anzüge nach Maß von 45 bis 65 Mt.  
Sommerüberzieher nach Maß " 35 bis 48 Mt.  
Beinkleider nach Maß " 12 bis 18 Mt.

**Abteilung B:**  
Anzüge nach Maß von 24 bis 42 Mt.  
Sommerüberzieher nach Maß " 17 bis 36 Mt.  
Beinkleider nach Maß " 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 18 Mt.

**Unbedingte Garantie  
des Schnittens!**

Wir machen höflichst darauf aufmerksam, daß unsere Filiale „Schönefeld“ auch Sonntags von 11—2 Uhr geöffnet ist.

Frankreich.

Zur Ministerliste. — Ein Zwischenfall.

Paris, 5. Juni. Präsident Loubet hat den Senator Combes mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt; Combes hat den Auftrag angenommen. Es heißt, Combes suche Rouvier als Finanzminister zu gewinnen. Die Liste der neuen Minister umfasst möglicherweise außerdem Delcassé, als Minister des Auswärtigen, André als Kriegsminister, Lanessan oder Belletan als Marineminister und Trouillot als Unterrichtsminister.

Heute ereignete sich in dem neunten Bureau der Kammer, welches mit der Prüfung der Wahlen für das Seine-Departement beschäftigt war, bei der Erörterung von Wahlanfragen, welche für republikanische Kandidaten beidseitig waren, ein überaus heftiger Aufruhr. Dieser wurde durch die Vorlage zweier Wahlanfragen veranlaßt, welche die nationalstatische Vaterlandslige im Laufe der Wahlkampagne hatte anschlagen lassen. In einem dieser Anträge wurde unter Hinweis auf einen Brief des früheren Kriegsministers Wolfstet das Ministerium Waldeck-Rousseau als ein Ministerium des Auslandes bezeichnet, in dem anderen das Ministerium beschuldigt, einen Teil der von Frau Humbert erschwindelten Millionen zu Wahlwahlen verwendet zu haben. Der konservative Abgeordnete de Lagartasse erklärte, er billige diese Wahlanfrage vollständig, und rief: „Die Republikaner sind Verräter und Betrüger; sie stehen im Solde des Auslandes!“ Sodann ließ er Schimpfwörter gegen Loubet aus. Der Zwischenfall erregte unter den radikalen Deputierten lebhaftes Erbitterung. Später kam es in den Wandergängen der Kammer zwischen den Radikalen und Nationalisten zu scharfen Auseinandersetzungen und Thätlichkeiten.

Die republikanischen Mitglieder des Bureaus sind entschlossen, diese Angelegenheit vor die Kammer zu bringen.

Großbritannien.

Die Dotation für Ritchner. — Ein neuer Schiffsbau.

London, 5. Juni. Im Unterhause wurde die Dotation von 50000 Pfund Sterling = 1 Million Mark für Ritchner bewilligt. Das von Balfour beantragte Dankesvotum für die Offiziere und Mannschaften wurde ebenfalls bewilligt.

Der Antrag wurde von Campbell Banermann in warmen Worten unterstützt, von Dillon dagegen bekämpft. William Redmond bekämpfte den Antrag ebenfalls und sagte, Ritchner werde in der Geschichte als ein Mann dastehen, der gegen Frauen und Kinder Krieg führte. Diese Bemerkung gab zu lauten Widerspruch von Seiten der Liberalen wie der Konservativen Anlaß; als Redmond weiter sprechen wollte, wurde der Lärm so groß, daß der Redner sich nicht mehr verständlich machen konnte. Nachdem der Lärm ungefähr 20 Minuten andauernd hatte, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte mit 273 gegen 138 Stimmen angenommen. Die Dotation wurde dann mit 380 gegen 24 Stimmen bewilligt; dagegen stimmen die Nationalisten und einige Radikale. Als Balfour hierauf beantragte, den Offizieren und Mannschaften den Dank des Hauses auszusprechen, erhoben die irischen Nationalisten lauten Lärm, was dem Sprecher Anlaß zu der Aufforderung gab, im Interesse der Redefreiheit Unterbrechungen zu unterlassen. Balfour fährt hierauf in seiner Rede fort und sprach sich in anerkannter Weise über die von den Truppen bewiesene Haltung aus. Redner erwähnte die von den Kolonialtruppen geleisteten Dienste und sagte, der Krieg könne als Beispiel dafür dienen, was von rein militärischen Standpunkte aus das britische Reich zu leisten im Stande sei, wenn alle einzelnen Teile des Reiches überzeugt seien, daß das ganze Reich sich in großer Not befinde. Das Dankesvotum wurde hierauf mit 382 gegen 42 Stimmen bewilligt.

Das Oberhaus bewilligte die Dotation von 50000 Pfund für Ritchner und nahm einstimmig das Dankesvotum für das Heer an.

Die Westminster Gazette teilt mit, daß die seit kurzem unlaute, einander widersprechenden Gerüchte, wonach eine große englische Dampfschiffbauvereinigung von der Regierung subventioniert werden soll, nun mit dem amerikanischen Trust und seinen Verbündeten konkurrieren zu können, eine sehr reelle Grundlage haben. Zwischen den Regierungen Englands und Canadas sowie anderer Kolonien und einem mächtigen Syndikat von Kapitalisten seien Verhandlungen im Gange zu dem Zwecke, eine Dampferlinie zu errichten, deren Schiffe größer, schneller und besser ausgerüstet sein sollen, als diejenigen, über welche der amerikanische Trust verfügt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

König Albert war seit einigen Tagen wieder von einem alten Leiden heimgejocht, das ihn an das Bett fesselte. Die letzten Nachrichten über das Befinden des Königs lauteten jedoch durchaus günstig. Heute morgen dagegen wird gemeldet, daß seit gestern eine Verschlimmerung eingetreten sei und daß man dem Zustande des Königs mit Besorgnis entgegensteht, da der allgemeine Kräftezustand zu wünschen übrig

läßt. König Albert hatte am 23. April sein 74. Lebensjahr vollendet.

Die Regierungsdienstreife über die Bekämpfung der Großbetriebe im Kleinhandel stand gestern in der zweiten Kammer zur Beratung und nahm den größten Teil der Verhandlungen in Anspruch. Die Mehrheit der Deputation beantragte am Schlusse ihres längeren Berichtes, die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem die Gemeinden zur Einführung einer Umsatzsteuer bei Großbetrieben im Kleinhandel verpflichtet werden. Eine Minderheit der Deputation war gegen jede Umsatzsteuer als einer zwecklosen Maßnahme. Den Standpunkt der Minderheit vertrat gestern in der zweiten Kammer der Abg. Kollfuß. Die konservativen Redner dagegen beklagten die Haltung der Regierung in der Umsatzsteuerfrage und wünschten im Interesse der Erhaltung des Mittelstandes, daß sich die Regierung doch noch dazu bequeme werde, zu einer Regelung der Angelegenheit die Hand zu bieten. Minister von Meißel dagegen erklärte, nachdem vorher eine Regierungskommission den Standpunkt der Regierung präzisiert hatte, daß man von der Regierung nicht verlangen könne, daß sie einen Weg zur Hebung des Mittelstandes beschreiten könne, den sie für ungangbar halte. Die Regierung müsse einem solchen Verlangen ein Non possumus (Wir können nicht!) entgegensetzen. Trotz dieser entschiedenen Erklärung des Ministers wurde der Deputationsantrag gegen neun Stimmen angenommen; selbst der größte Teil der National-liberalen stimmte dafür. Wird nun die Regierung den Mut haben, trotz des fast einstimmigen Verlangens der zweiten Kammer, bei ihrem ablehnenden Standpunkte zu beharren?!

Das Gesetz über die Wohnungsgeldzuschüsse wurde gestern in der Ersten Kammer nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer genehmigt.

Eine runde Summe. Das Gesetz über die Aufnahme einer neuen Anleihe bezifferte den notwendigen Betrag auf 90300000 Mark. Wir machten eine runde Summe von 100000000 Mark daraus. Die Finanzdeputationen der beiden Kammern haben beschlossen, in dem Entwurf die Ziffer 99300000 durch die Ziffer 100000000 zu ersetzen und mit dieser Abänderung die Kammer zur Annahme zu empfehlen. Die Zweite Kammer hat gestern bereits zugestimmt.

m. Schwere Soldatenmißhandlungen durch einen Fährlich bildeten den Gegenstand einer umfangreichen Verhandlung, die dieser Tage vor dem Kriegsgericht der 8. Division Nr. 32 in Dresden stattfand. Der 1888 zu Grimma geborene Unteroffizier und Fähnrich Georg Friedrich Alexander v. Sandersleben von der 12. Compagnie des Schützen-Regiments Nr. 108 hatte sich wegen unbefugter Annäherung der Befehlsgewalt, Mißhandlung und vorsätzlich-widriger Behandlung eines Untergebenen, unter Mißbrauch der Dienstgewalt, zu verantworten. Es wird ihm zur Last gelegt, am 18. April auf dem Schießplatz ohne besonderen Befehl den Schützen Wolf etwa 1/2 Stunden lang Antrieben und mit Gewehrübungen und andere Exerzitionen lassen vornehmen und ihm mit der Seitengewehrseide zwei bis drei Schläge auf den Handrücken versetzt, ihn in den rechten Oberarm gezwängt und mit dem Fuße bei der Antriebe in die Wäsche gestochen zu haben, so daß der Gemißhandelte am ganzen Körper zitterte und nachher in Krämpfe verfiel. Der Angeklagte, der erst kurz vor Weihnachten 1901 in den Heeresdienst eintrat und schon nach wenigen Wochen Unteroffizier wurde und zugleich eine Meutentorporalchaft zur Ausbildung erhielt, behauptet, daß er von dem Schießunteroffizier Sergeant Viehweg auf dem Schießstande den Befehl erhielt, sechs zurückgebliebenen Meutern die Schießübungen vornehmen zu lassen. Unter diesen sechs befand sich Wolf jedoch nicht. Er hat nun Wolf durch einen Soldaten auffordern lassen, zu ihm zu kommen und ebenfalls mit zu üben. Dieser habe ihm aber sagen lassen, daß er seine Lebung erfüllt habe, und sei dem Befehl nicht nachgegeben, weshalb er ihn endlich selbst geholt habe. Er hat ihn nun angeblich erst zielen lassen, dann hat er Antrieben und Hinlegen und auch Chargierübungen machen müssen. Als Grund gibt er hierfür an, daß Wolf, der seiner Korporalchaft angehörte, immer schlecht geschossen habe. Thatsächlich hatte dieser die letzten Hauptübungen erfüllt, was der Angeklagte aber nicht gewußt haben will. Zu der Prozedur des Mannes will er sich berechtigt gehalten haben. Auf den Vorhalt, daß Chargierübungen z. B. doch nichts mit schlechtem Schießen zu thun hätten, entgegnet er, dies aus Verger angeordnet zu haben, weil W. nicht sofort gekommen war. Den Zeitraum der „Sonberübung“ schätzt er auf 30—35 Minuten, die durch eine kurze Pause unterbrochen worden sei. Des Weiteren giebt der biedere Meutenerzieher nur zu, den Wolf mit der Säbelseide geschlagen zu haben, alles andere dagegen bestreitet er.

In schroffem Gegensatz stand hierzu die Aussage des Zeugen Wolf. Danach sei an genanntem Tage ein Kamerad zu ihm gekommen mit den Worten, er solle „mithelfen“. Bald darauf sei der Unteroffizier v. Sandersleben an ihn herangeritten, der ihn gefragt habe, weshalb er nicht käme. Darauf habe er geantwortet: „Der Unteroffizier, ich habe meine Lebung erfüllt.“ Damit kam er aber schon an. Mit den Worten: „Nun, halten Sie die Schnauze, holen Sie das Gewehr!“ fuhr ihn der An-

geklagte an und W. mußte antreten. Gezielt wurde überhaupt nicht, sondern er mußte sofort Antrieben und Gewehrübungen machen. Dabei mußte er solange auf den Fesseln stehen, bis er zu zittern anfing. Dann mußte er fortgesetzt aufstehen und sich niederlegen, Chargierübungen machen, Griffe klopfen und dergl. Als er nicht mehr das Gewehr vor sich halten konnte, habe ihn der Angeklagte mit der Seitengewehrseide auf die Hand geschlagen, so daß er Schmerzen empfand und der Handrücken anschwellte. Ferner sei er von ihm in den Arm gezwängt worden, so daß er blaue Flecke davongetragen habe. Dabei habe der Unteroffizier gesagt: „Ich werde Sie schon kriegen!“ Als er nicht mehr die Fesseln ordentlich zusammennehmen konnte, habe ihn der Unteroffizier mit dem Fuß gestochen, daß er nach vorn über fiel. Nach seiner Schätzung hat die Tortur etwa fünf bis vier Stunden gedauert; nach ihrer Beendigung konnte er kaum noch stehen. Als während der Lebung einmal der Sergeant Viehweg hinzugekommen sei, habe dieser zum Angeklagten gesagt, er solle ihn (Wolf) nur wegzutreten lassen. Er sei dann auch fortgegangen, doch gleich darauf vom Unteroffizier wieder zurückgerufen worden, worauf die Exerzitionen von neuem losgingen. Als er endlich wegzutreten konnte, sei ihm schwindlig geworden und zum Bewußtsein sei er erst wieder im Lazarett gelangt, in dem er zehn Tage blieb. Jetzt verspüre er keine nachteiligen Folgen mehr. Befragt, ob er sich erklären könne, weshalb der Angeklagte so mit ihm umgegangen sei, antwortet Zeuge, daß er einmal für ihn ein Gewehr nachtragen sollte. Er habe dies auch thun wollen, doch sei es ihm von einem anderen Unteroffizier verboten worden, seitdem habe ihn der Angeklagte nicht mehr leiden können. Krämpfe hat er zuvor nie gehabt. Hauptmann und Compagniechef v. B. Forke schildert Wolf als einen minderwertigen Soldaten, der namentlich bei der Ausbildung oft zu Ausstellungen Anlaß gegeben habe. Seine Unachtsamkeit dürfe aber nicht auf bösen Willen zurückzuführen sein. Zeuge hat die Korporalchaftsführer ermahnt, die Nachzügler beim Compagnieziel besonders vorzunehmen. Der Einjährig-Freiwillige Arzt Dr. Siebert hat Wolf in das Lazarett aufgenommen, der bewußtlos war und einen hochgradigen Kopf hatte. Die Haut reagierte nicht auf Nadelstiche und der rechte Arm zeigte ein ununterbrochenes Zucken. Schöne Ehrhardt bestätigt im wesentlichen die Aussagen Wolfs. Von dem Augenblicke an, wo er den Vorfall beobachtet hat, schätzt er die Dauer der „Lebung“ auf 1/2 bis 1 Stunde.

Recht eigentümlich nahm sich hierzu das Gutachten des Sachverständigen, Stabsarzt Dr. Bennede, aus. Dieser hat Wolf erst zwei oder drei Tage nach dem Krampfanfall gesehen. Es war da schon besser und W. sei nach zehn Tagen ohne jede Beschwerden entlassen worden. Es sei, so führte er aus, eine alte Erfahrung, daß Zwillingsschinder (Wolf ist ein solches) weniger widerstandsfähig seien. Zudem sei W. im Alter von zwölf Jahren von einem Pferde ein Hufschlag an den Kopf versetzt worden, so daß eine längere Bewußtlosigkeit (Wolf stellt dies in Abrede) eintrat. Auf die Kopfverletzung sei auch die oft an ihm beobachtete Unachtsamkeit zurückzuführen. Es bestände ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dieser Kopfverletzung und dem am 18. April stattgefundenen Krampfanfall. Ein körperlich gesunder, kräftiger Mensch wäre einer dienstlichen Anstrengung, wie der hier in Frage stehenden, gewachsen. Wolf sei zu Krämpfen veranlaßt. Die Gefahr sei jetzt überwunden, sollte ein neuer Anfall wiederkommen, so sei er nicht auf die Ueberanstrengung zurückzuführen. (??) Dagegen glaubt er nicht, daß Wolf die ihm widerfahrne Behandlung übertrieben habe, wenigstens nicht bewußt, was bei Hysterikern sonst vorkomme. Bei Wolf seien für einen Hysteriker überhaupt nur schwache Anzeichen vorhanden. Die blauen Flecke am Arme könnten auch durch das Hinerschlagen beim Krampfanfall ober auf das Festhalten seiner Kameraden zurückzuführen sein.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Meißel, hielt die Anklage für gedeckt und beantragte die Bestrafung des Angeklagten, dessen Behauptung, er wolle Wolf im Schützen nachhelfen, in direktem Widerspruch mit seiner Handlungsweise stehe, denn Griffschloßen, Chargierübungen gehören nicht zum Schießen. Der Krampfanfall könne ihm jedoch nicht zur Last gelegt werden. Rechtsanwält Dr. Baum als Verteidiger des Angeklagten bestreitet zunächst, daß sein Klient gewußt habe, keine Befehlsgewalt zu besitzen. Er wirft die Frage auf, ob der Angeklagte überhaupt und event. inwiefern zu bestrafen sei. Nach den eingetretenen Erfolgen sei es zweifelhaft, ob die Prozedur so schwerwiegender Natur war und ob vielleicht W. nicht schon bei leichteren Lebnungen Krämpfe bekommen hätte. Wolf habe sich ansehend nur in eine Märtyrerrolle hineinbringen (??) wollen. Der Vorfall sei von den Zeugen in ungewöhnlicher Weise aufgefaßt (??) worden. Unter Berufung auf einige Ungenauigkeiten untergeordneter Natur in den Zeugenaussagen kommt der Verteidiger zum Schluß, daß Wolf von der Wahrheit abgewichen sei. Jeglicher der unbefugten Annäherung der Befehlsgewalt verdient Angeklagter keine Strafe. Was nun Art und Umfang der Lebnungen anbelange, so sei mit Bezug auf ihre Länge keine Ueberschreitung der Dienstbefugnis zu erblicken. Auf die Thätlichkeiten selbst eingehend, so sei das Schlagen mit der Seitengewehrseide nicht als Mißhandlung zu betrachten. Wenn jeder Schlag oder jede Ohrfeige als Mißhandlung angesehen würde, dann würden die Wegriffe von vorschriftswidriger Behandlung und thätlicher Beleidigung vermischt. Aber auch das subjektive Moment zur Bestrafung fehle. Der Angeklagte habe nicht das Bewußtsein gehabt, Wolf zu mißhandeln, auch habe er im Interesse des Dienstes gehandelt. Die allerhöchste Kabinetsorder vom Jahre 1878 wolle aber derartige Bestrafungen nicht. Er beantragt Freisprechung event. nur Bestrafung wegen vorschriftswidriger Behandlung und hebt hierbei noch zu Gunsten des Angeklagten hervor, daß dieser aus eben (??) Motiven gehandelt habe, der Umfang der Lebnungen von Wolf, der den Angeklagten nicht als vollwertigen Unteroffizier ansah, um weitaus größten Maße selbst beschuldigt worden sei und daß W. seinen Klienten nicht auf die Ermüdung aufmerksam gemacht habe und die Folgen nicht voraussehen wären. Außerdem müsse man bedenken, daß Angeklagter schon hart genug dadurch bestraft sei, daß ihm gleich zu Beginn seiner militärischen Laufbahn so etwas passieren mußte. Der Vertreter der Anklage bemerkt noch, daß jedes Schlagen und Verühren als Mißhandlung aufzufassen sei. Schon das lange, ununterbrochene Exerzieren sei eine solche.

Das Urteil des Gerichts lautete wegen vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen auf 14 Tage mittleren Arrest. Das Gericht war im wesentlichen den Ausführungen des Verteidigers beigetreten, betrachtete aber, wie aus der Urteilsbegründung hervorging, die ausgesetzene Strafe noch als eine empfindliche (??), auf die es erkannt hatte mit Rücksicht auf die Länge der Lebung und daß die Handlungsweise des Angeklagten, zu der keine Veranlassung vorlag, hart an Mißhandlung grenzte.

Zu dem bekannten Erlaß des Prinzen Georg über Mißhandlungen von Soldaten durch Vorgesetzte findet sich folgender Passus:

Ich möchte schließlich noch eines Umstandes Erwähnung thun, der sich mir vielfach bei den Untersuchungen über körperliche Mißhandlungen aufgedrängt hat. Es will zuweilen scheinen, als ob seitens der Vorgesetzten von Haus für den Angeklagten und gegen den, welcher mißhandelt worden zu sein angeht, Partei genommen werde. Wie bei allen Vergehen und Verbrechen muß aber auch bei Mißhandlungsfällen, solange durch die Untersuchung nicht Klarheit geschaffen ist, volle Objektivität walten.

Kleine Chronik.

Leipzig, 6. Juni.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater gelangt am Sonnabend Grillparzer's Sappho zur Aufführung. Sonntag folgt Herr Anton Grand sein Gastspiel in der Operette Der arme Jonathan fort. Das Alte Theater ist Sonnabend geschlossen; Sonntag geht dort Der Hiltensbesitzer in Szene.

Den geehrten Abonnenten blene zur gefälligen Nachricht, daß die Ausgabe der Abonnementsbücher für das 3. Quartal in der Zeit von Dienstag den 10. bis Freitag den 18. d. M. von 10 bis 2 Uhr an der Abendkasse des Neuen Theaters (Vorderhaus) erfolgt.

Gerhart Hauptmann hat seinen Florian Geyer einer umfassenden Neubearbeitung unterzogen, die in der kommenden Saison am Deutschen Theater zu Berlin zum erstenmal in Szene geben soll. Außerdem arbeitet der Dichter an einer neuen vieraktigen Komödie.

Eine kunsthistorische Entdeckung. Im Mainzer Dom wurde jüngst durch Dr. Fr. Schneider ein Kunstwerk entdeckt und teilweise zu Tage gefördert, von dessen Existenz die Bevölkerung keine Ahnung hatte, an dem im Laufe von 180 Jahren Lausende und Ueberausende vorübergegangen sind, von dem keine Uebersetzung spricht: die alte Paradiespforte am Westthor, an Westthor des Doms. Das Stufenprofil des Portals ist in den entscheidenden Ueberungen zu erkennen und läßt schon jetzt ein Urteil über die großartige Konstruktion zu. Es ist spätromanischen Charakters, von vollendeter Durcharbeitung und zeigt ein steigendes Spiralarornament, wie es sonst dort nirgends vorhanden ist.

Voraus die Vulkanische besteht. Der berühmte

Pariser Mineraloge Michel Lévy hatte von einem Ingenieur eine Probe der Asche erhalten, die der Mont Pelée am ersten Tage seines Ausbruchs am 3. Mai ausgeblasen hatte. Er untersuchte sie sofort unter dem Mikroskop und richtete über die Ergebnisse eine kurze Mitteilung an die Pariser Akademie der Wissenschaften. Der Gelehrte erkannte an der Asche kleine Kristallsplinter von trichinem Feldspat, außerdem einige Kriställchen einer eisenhaltigen doppel-säureigen Verbindung. Letztere wechselten während der Beobachtung bei einer Drehung sehr lebhaft die Farbe und zwar von Grün nach Braun. Der Beobachter schwankte in seinem Urteil über die Zugehörigkeit dieser Kristalle zwischen zwei Mineralien, nämlich der Hornblende und dem Hypersten, einem zur Familie des Oligit zu zählenden Mineral. Die Feldspate gehörten dem Anschein nach zu der als Andesin bezeichneten Art und zeigten die bekannten Wachstumsformen der sogenannten Karlsbader Zwillinge. Die einzelnen Körner der Asche besaßen nur eine Größe von 5—10 Hundertstel Millimetern. Ob noch andere Mineralien wie die genannten darin vorhanden wären, konnte nur eine noch gründlichere Prüfung an einem reicheren Material ergeben. Die Untersuchung einer vulkanischen Asche ist deshalb von großer Bedeutung, weil darin zunächst festgestellt werden kann, aus welchen Stoffen das durch den Vulkan ausgeschleuderte glühflüssige Gestein besteht. Diese vorläufige Prüfung läßt darauf schließen, daß die im Krater des Mont Pelée bräunliche Gesteinsmischung eine basaltische ist. Die vulkanische Thätigkeit im Antillen-See schreibt sich schon aus der älteren Tertiarzeit her, hat sich also bereits durch eine sehr lange Zeit ausgedehnt und dabei nicht immer die gleichen vulkanischen Gesteine zu Tage gefördert. Die älteren Lavastrome Westindiens bestehen aus Gesteinen, die der Petrograph als Andesite und Hypothesen kennt.

Mit diesen Anschuldigungen vergleiche man die vorstehenden Verhandlungen und namentlich die Ausführungen des Verteidigers, denen sich ja auch in der Hauptsache das Gericht angeschlossen hat. „Wenn“, sagte der Verteidiger, „jeder Schlag oder jede Ohrfeige als Mißhandlung angesehen würde, dann würden die Begriffe von vorchriftsmäßiger Behandlung und schädlicher Verleumdung verwischt.“ Mit Recht hob demgegenüber der Vertreter der Anklage hervor, daß jedes Berühren als Mißhandlung aufzufassen sei. Die Öffentlichkeit wird aus dem Verhandlungsbericht die Ueberzeugung gewinnen, daß die Handlungsweise des Angeklagten nicht nur hart an Mißhandlung grenzt, sondern eine Mißhandlung ist, die einer raffinierten Quälerei gleichkommt. Bei solch milden Urteilen werden die Soldatenschänderer nie ein Ende nehmen.

**s. Dresden, 5. Juni.** Als vor einigen Monaten die Stadt Königsberg die Dresdener Stadtverordneten aufforderte, sich einer Wilschvisit gegen den Zolltarif an den Reichstag anzuschließen, wurde dieses Ansuchen schroff mit der Begründung zurückgewiesen: in den Stadtvertretungen dürfe nicht Politik getrieben werden. Sehr im Gegensatz zu diesem Standpunkte beschäftigte sich seit einiger Zeit sowohl Rat wie Stadtverordnete äußerst lebhaft mit der Zollvorlage. Diese Sinnesänderung hat die Annahme des Centrumsantrages in der Volkskommission bewirkt, daß hinfür die Erhebung von Gemeindeabgaben auf Nahrungsmittel untersagt sein soll. Die Stadt Dresden bezieht über zwei Millionen Mark Einnahmen aus den indirekten Kommunalsteuern. Wird diese Einnahmequelle verstopft, so fällt der fünfte Teil der ganzen Steuereinnahme aus und die Grundbesitzer und reichen Leute hätten mehr Steuern zu zahlen. Da aber Dresden eine sorgsam gepflegte Millionärslage ist, petitionierte der Rat sofort an den Reichstag, den Kommissionsantrag ja nicht anzunehmen. Der beschrieb den Schreck des Rates, als der Dresdener Mißbewohnerverein die Rechtfertigung, an den Reichstag zu petitionieren, dieser möge der Petition des Rates der Stadt Dresden keine Beachtung schenken. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung erklärte der Oberbürgermeister Beutler, es sei hoch bedauerlich, daß der Mißbewohnerverein, um seine Sonderinteressen (d. h. die Interessen der Mehrheit der Dresdener Einwohnerschaft) zu vertreten, in dieser Weise den Rat desavouiere. Der Rat werde nunmehr in einer Gegenpetition die Petition des Mißbewohnervereins widerlegen. Rechtsanwält Müller v. Berner erwiderte darauf, die Gegenpetition des Rates werde der Mißbewohnerverein sofort ebenfalls mit einer Gegenpetition beantworten, der Rat solle nicht das letzte Wort behalten. Landrichter Heinze bedauerte, daß die Fällung in städtischen Angelegenheiten statt in den Händen des Oberbürgermeisters in den Händen des Baumeisters Hartwig liege (Höllensärm bei den Antisemiten). Oberbürgermeister Beutler protestiert mit vor Erregung zitternder Stimme dagegen, daß er ein Werkzeug Hartwigs sei. Dr. Scheven erinnerte die antisemitische Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums, daß sie nicht die Mehrheit der Einwohnerschaft repräsentiere, sondern ein Kunstprodukt des Bürgerrechts sei. Nach Abschaffung der Gegenpetition des Rates wird die ganze Angelegenheit im Stadtverordnetenkollegium zur Diskussion gestellt werden, bei welcher Gelegenheit die feindlichen Gemüter nochmals aufeinander spielen können.

**oo. Reichenbach i. L., 5. Juni.** Interessant verlief eine Verhandlung, die heute vor dem hiesigen Schöffengericht gegen Genossen Rob. Müller aus Zwickau, dem verantwortlichen Redakteur des Sächsischen Volksblatt, stattfand. Das Blatt hatte eine Notiz gebracht, in der ein Lehrer aus Reichenbach als „bestrafter Prügelpädagoge“ bezeichnet worden war. Im weiteren war in der Notiz mitgeteilt worden, daß der Lehrer auch Stadtverordneter und Mitglied der Steuereinschätzungskommission sei. Der Vater des Kindes, wegen welchem der Lehrer bestraft worden sei, sei von der 8. in die 23. Steuerklasse gekommen, was jedenfalls sehr merkwürdig sei, da sich das Einkommen des betreffenden Bürgers durchaus nicht gehoben hätte. Durch die Notiz fühlte sich der Lehrer beleidigt, weshalb er Strafantrag stellte, die die Staatsanwaltschaft übernahm. Die Klageschrift hebt hervor, daß der Ausbruch „Prügelpädagoge“ beleidigend sei, zweitens sei der Lehrer nicht Mitglied der Steuereinschätzungskommission. Die Beweisführung ergibt, daß der Lehrer wegen fahrlässiger Körperverletzung eines Schülers zu einer Geldstrafe verurteilt worden ist. In dieser Klagesache hatte der Lehrer dem klagenden Vater die baren Auslagen zu erstatten. Der Lehrer nahm nun diese Liquidation über den entgangenen Arbeitsverdienst und übergab sie unaufgefordert der Steuereinschätzungskommission. Mitglied dieser Kommission war der Lehrer allerdings nicht. Genosse Müller erklärt, die Notiz vor der Drucklegung nicht gelesen zu haben. Mit Rücksicht auf die Bestrafung könne der Lehrer das Wort „Prügelpädagoge“ nicht übel nehmen. Er beantrage weitere Beweisführung darüber, ob der Lehrer sich noch weiterer Ueberhebungen des Züchtigungsrechtes habe zu schuldig kommen lassen. Die Anträge werden abgelehnt. Der Amtsanwalt erklärt den Beklagten nicht verurteilt, die Interessen der Eltern gegenüber den Lehrern zu verfechten. Dazu sei die Rechtspflege da, die noch nie versagt hätte. Müller erhält schließlich insgesamt 180 Mk. Geldstrafe. Das Recht der Presse, so heißt es im Urteil, öffentliche Dinge zu kritisieren, werde anerkannt. Von einer Freiheitsstrafe sei abgesehen worden, weil an jener Beleidigung, die nach § 186 des Strafgesetzbuches zu bestrafen sei, doch „ein Fünkchen Wahrheit“ sei.

**kleine Nachrichten aus dem Lande.** Aus Reichenbach wird unter 4. d. Mts. gemeldet: Eine gewaltige Feuersbrunst überscherte in der vorigen Nacht die dem Landtagsabgeordneten Robert Schneider gehörige, in Oberreichenbach gelegene Fabrik bis auf den Grund ein. Der abends gegen 1/11 Uhr im Dachstuhl ausgekommene Brand spottete allen Anstrengungen der Feuerwehr, die ihre Mühe nur darauf richten mußte, die Nachbargrundstücke zu schützen, was bei der günstigen freien Lage des Brandobjektes und der stillen Luft glücklicherweise auch gelang. Wie der Brand zum Ausbruch gekommen ist, ist noch nicht ermittelt. Der Schaden ist groß, aber zumeist durch Versicherung gedeckt. — In Oberherwigsdorf verunglückten beim Ausräumen der Jauchegrube die beiden Knechte des Gutsbesizers Förster. Durch Gase bewußtlos geworden, fiel der erste Knecht in die Jauche, den zweiten, der zu Hilfe kommen wollte, erreichte daselbe Schicksal, ebenso den Sohn des Gutsbesizers, der nun zu Hilfe kam. Mit eigener Lebensgefahr wurden alle drei dann durch die Gartenbesitzer Tempel, Gutsbesitzer Grütlich und Gärtner Müller heraufgebracht. Der eine Knecht befindet sich in Lebensgefahr. — Die Frau des Maurers Hartig in Lobsdorf bei Glauchau war Sonnabend mit dem Rollen von Wäsche beschäftigt, wobei ein fremder Knabe die Wäsche drehte. Beide Personen waren so bei der Arbeit, daß sie nicht bemerkten, wie der 10-jährige Knabe Hartig leise in den Raum eingetreten war und an der hinteren Seite der Drehscheibe hantierte. Plötzlich ertönte von dort ein marktschreiernder Schrei. Die beiden Personen hielten bestürzt in ihrer Arbeit inne und wurden

nunmehr gewahr, daß der Knabe Hartig mit dem Kopfe zwischen der Wäsche und einem Balken der Drehscheibe steckte. Der Knabe war glücklich zugerichtet, er hatte an beiden Seiten des Kopfes schwere Verletzungen und die Kopfhaut hing wie skalpiert herab. Man hofft jedoch, daß der Knabe mit dem Leben davonkommen wird.

**L. Schandig.** Unser Städtchen war am Sonntag wieder einmal der Schauplatz sehr mißlicher Szenen, aber die selben waren nicht etwa Arbeiter, denen doch stets nachgesagt wird, daß sie immer mehr verrohen, sondern es waren Studenten. Etwa 200 dieser gebildeten Herrchen hatten von Leipzig aus einen Ausflug gemacht, um ebenfalls hier einmal auszuholen. Nachdem diese Herren tagsüber tüchtig gezecht, betrugten sich abends eine Anzahl davon so rüpelhaft wie nur irgend möglich. In der neunten Stunde wurde nach dem Kriegerebenmal gezogen; durch ein indianermäßiges Gebraüll sollte jedenfalls der Schandiger Einwohnerschaft bewiesen werden, daß die studierende Jugend militärfremd und frei vom Umsturzbazillus sei. Hierauf bestieg einer den Marktbrunnen und hielt eine Rede. Nachdem sich die Herren die richtige Begeisterung am Denkmahl geholt hatten, begannen die eigentlichen Gemeinheiten. Passanten wurden vom Trottoir gestoßen; eine Arbeiterfrau, die auch heruntergestoßen worden war, wurde unarnt und durch unästhetische Handgriffe beleidigt. Ein anderer Trupp schlug die Blumenstöcke von den Fenstern, hängte Fensterläden aus; einer schlug den Bädermeister Hartig über den Kopf. Dies war das Signal zu einer allgemeinen Schlägerei, wobei diese gebildeten Rowdies ebenfalls ein gehöriges Quantum abgekrigt haben. Von den Rohheiten dieser Herren kann die hiesige Einwohnerschaft sowie die Polizeibehörde manches Vieleschen singen. Wie wir hören, soll eine Untersuchung im Gange sein, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

**Leipziger Angelegenheiten.**

Leipzig, 6. Juni.

**Die Holzbildhauer in der Wäbelfabrik von Fr. Schneider.** Weststraße, waren dieser Tage an die Firma mit der Forderung um Einführung der 8 1/2 stündigen täglichen Arbeitszeit an Stelle der bisher 9 stündigen, unter Verbehalten des bisherigen Lohnes, herangetreten. Die Forderung ist nach mehrmaliger Verhandlung von der Firma bewilligt worden, womit auch in diesem Geschäft die seit Jahren vergeblich geforderten, hier für Holzbildhauer üblichen Verhältnisse zur Einführung gelangt sind. Dieses günstige Resultat ist in erster Linie auf das Energie- und eintmütige Vorgehen der dort beschäftigten 16 Gehilfen zurückzuführen, die hoffentlich auch dafür sorgen werden, daß das Erzeugnis erhalten bleibt.

**Zur Lokalfrage.** Nächsten Sonntag wird bekanntlich vom Bayerischen Bahnhof in Leipzig ein Sonderzug nach der Vogtländischen Schweiz abgefahren. Den Genossen, die diesen Zug benutzen und in Elsterberg einkehren, werden als Verkehrslokale Restaurant Reichsadler und Hotel Burgkeller empfohlen. Der Vertrauensmann.

**Ueber die Betriebsergebnisse der Leipziger Kammgarnspinnereien** macht das Handelsblatt der Leipziger Monatschrift für Textilindustrie nähere Angaben. Die Zusammenstellung beläuft sich auf die letzten 16 Jahre. Es betrug die Dividende bei:

im Geschäftsjahr	Kammgarnspinnerei Söhr u. Co.	Kammgarnspinnerei Leipzig	Sächs. Wollgarnspinnerei vorm. Tittel u. Krüger	Kammgarnspinnerei Gausch
1886	15	18	—	—
1887	12	11	0,5	—
1888	12	12	11	—
1889	20	15	9	—
1890	7	4	0	0
1891	5	4	0	0
1892	8	5	0	0
1893	0	8	0	0
1894	7	7	0	0
1895	19	15	10	6
1896	13	13 1/2	12	0
1897	15	10	10	0
1898	10	8	9	0
1899	12	12	12	0
1900	3	3 1/2	8	0
1901	8	8 1/2	3	0
im Ganzen für 16 Jahre	166 Proj.	154 Proj.	93,5 Proj.	6 Proj.

im Durchschnitt pro Jahr 10,37 Proj., 9,62 Proj., 6,22 Proj., 0,5 Proj. Die am 31. Dezember 1901 vorhandenen Reservefonds stellten sich folgendermaßen: Kammgarnspinnerei Söhr u. Comp. 2 775 000 Mk., Kammgarnspinnerei Leipzig 580 000 Mk., Sächsische Wollgarnspinnerei vorm. Tittel u. Krüger 870 000 Mk. Die Wollbestände betragen nach den Bilanzen vom 31. Dezember 1901 bei Kammgarnspinnerei Söhr u. Comp. 4 358 878,10 Mk., Kammgarnspinnerei Leipzig 1 503 691,07 Mk., Sächsische Wollgarnspinnerei vorm. Tittel u. Krüger 5 639 837,78 Mk., Kammgarnspinnerei Gausch 416 816,95 Mk. Was die Kammgarnspinnerei Gausch betrifft, so hat diese am 31. Dezember 1901 mit einer Unterbilanz von 573 159,37 Mark abgeschlossen, vor deren Beseitigung naturgemäß eine Dividende nicht in Frage kommen kann. Diese Spinnerei wurde im Jahre 1890 von der Leipziger Bank gegründet.

**Goethe-Recitation für den Arbeiterverein.** Die für Sonntag den 1. Juni angelegte Recitation aus Goethes Faust konnte wegen Erkrankung des Herrn Adler nicht abgehalten werden. Sie wird nun am 8. Juni vormittags 11 Uhr im Allen Stadttheater stattfinden. Eintrittskarten à 30 Pfg. sind beim Vorstand des Arbeitervereins Leipzig zu entnehmen. Stelplätze werden nicht ausgegeben. Die Recitation kann nicht länger hinausgeschoben werden, da Herr Adler zu den Mitgliedern unserer Bühne gehört, die demnächst Leipzig verlassen.

**Das in sächsischen Betrieb übernommene Centralbad** hatte im ersten Vierteljahre d. J. eine Steigerung der Besuchsziffer um rund 7000 Personen zu verzeichnen. Infolge dieses überaus regen Besuches, der sich voraussichtlich in den wärmeren Monaten noch erhöht, macht sich an manchen Tagen, namentlich aber Sonnabends und Sonntags, ein Wassermangel bemerkbar, der durch die ungenügende Größe der Kalt- und Warmwasserbehälter hervorgerufen wird. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, macht es sich nötig, das Hochreservoir für Kaltwasser um 1 1/2 Meter zu erhöhen, den Warmwasserbehälter im Fesselhause durch eine 70 Millimeter starke Rohrleitung mit dem Kaltwasserreservoir zu verbinden und ein kupfernes Hochreservoir für Warmwasser als Reserve aufzustellen. Die Gesamtkosten sind auf 3880 Mk. veranschlagt. Der Rat ersucht die Stadtverordneten um Bewilligung dieses Betrages.

**Für den Erweiterungsbau der städtischen Gewerbeschule** und die Einrichtung einer Maschinen- und Kesselanlage dafelbst war im vorigen Jahre von den Stadtverordneten die Summe von 380 000 Mk. bewilligt worden. Damals war angeregt worden, das Maschinen- und Kesselhaus geräumiger zu gestalten, um den darin zu unterrichtenden und arbeitenden

Schülern mehr Bewegungsfreiheit zu gewähren. Auf Grund dieser Anregungen hat der Rat durch das Hochbauamt eine neue vergrößerte Anlage nebst Kostenaufschlag ausarbeiten lassen. Vorgezogen ist hierbei eine begehbbare Unterkellerung zur leichteren Kontrolle der unter dem Fußboden liegenden Rohrleitungen. Ferner soll an Stelle der ursprünglich projektierten zwei Kessel (ein Dampf- und ein Heizkessel) ein einziger großer Hochdruckdampfessel treten, der den Dampf für Heizung und Erzeugung des elektrischen Stromes liefern soll. Die gesamten Mehrkosten für die vergrößerte Anlage werden 78 370 Mk. betragen. Der Rat ersucht die Stadtverordneten um ihre Zustimmung.

**Das Personalverzeichnis der Universität Leipzig** für das Sommerhalbjahr 1902 weist nach, daß sich das Plenum der ordentlichen Professoren aus 66 Mitgliedern zusammensetzt, ferner sind 8 ordentliche Honorarprofessoren, 83 außerordentliche Professoren, 58 Privatdozenten, und 3 Lectores publici und Lehrer thätig. Die Zahl der Studierenden beläuft sich auf 3608, nämlich 1863 Sachsen und 1745 Nichtsachsen. Davon entfallen auf die Theologische Fakultät 247, Juristische Fakultät 1130, Medizinische Fakultät 500, außerdem Studierende der Jahreshelnde 34, Philosophische Fakultät 1688. Von den Lehrern studieren Pharmacie 109, Naturwissenschaften 438, Philosophie 192, Pädagogik 100, Philologie 205, Neuere Sprachen 197, Mathematik 155, Landwirtschaft 117, Cameralia 175. Von den 3608 Studierenden besitzen das Reifezeugnis eines deutschen Gymnasiums 2279, das Reifezeugnis eines deutschen Realgymnasiums (Realschule I. Ordnung) 391, kein deutsches Reifezeugnis 938. Außerdem haben noch 492 Personen (darunter 53 Damen), die Erlaubnis zum Besuch der akademischen Vorlesungen erhalten. Die Gesamtsumme der Hörer beträgt demnach 4100.

**Verkauf von Erdbeeren.** Nach einer Bekanntmachung des Rates der Stadt Leipzig dürfen Erdbeeren innerhalb des Stadtbezirks im Kleinhandel nur dann in Schachteln an das Publikum abgegeben werden, wenn von dem Verkäufer das Bruttogewicht deutlich und augenfällig auf den Schachteln angegeben ist. Zu- verhandlungen gegen diese Vorschrift werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu acht Tagen geahndet.

**Für Rentempänger.** Nachdem die Formulare zu den Anträgen für den monatlichen Bezug von Invaliden- oder Altersrente in der abgeänderten Form zc. den Gemeindebehörden angefertigt worden sind, werden die im amtschauptmannschaftlichen Bezirke wohnhaften Rentenberechtigten darauf aufmerksam gemacht, daß sie die zur Rentenerhebung benötigten Quittungsformulare bei der Gemeindebehörde ihres Wohnortes (Bürgermeister, Gemeindevorstand) nach Bedarf zu entnehmen haben. Diese Formulare sind vom 1. Juli 1902 ab ausschließlich zu verwenden.

**Eisenbahnfahrvergünstigungen für mittellose Kranke.** Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen hat bestimmt, daß vom 1. April d. J. an die Tarifbestimmungen über Fahrpreisermäßigungen für mittellose Kranke zc. dahin geändert werden, daß an Stelle des Satzes von 1,5 Pfg. für die Person und das Tarifkilometer, das ist des früheren Militärpreises (Urlaub), der halbe Preis einer einfachen Personenzugkarte oder einer Rückfahrkarte erhoben werde. Bei Benutzung von Schnellzügen ist kein Zuschlag, bei Benutzung von D-Zügen dagegen die tarifmäßige Platzgebühr zu entrichten.

**Maisblüthen blühen im Wasser nicht auf!** Obgleich diese Thatsache bekannt ist und alljährlich von Blumenfreunden betont wird, giebt es doch unverständige Leute genug, die diese duftigen Blumen in der Knospe abspießen und dabei nicht bedenken, daß sie sich und anderen die Freude und den Genuss am Duft verderben. Auch das Insechsen von etwas Zucker zum Wasser hat bei den Maiblumen nur dann einen kleinen Erfolg, wenn die Pflanze schon einen gewissen Grad der Blüte erreicht hat. Das Blüthen grüner Knospen ist vollständig zwecklos und sollte nie geschehen.

**Vom Baden.** Die jetzt herrschende Hitze wirkt besonders verlockend, im Freien ein Bad zu nehmen; es sei deshalb darauf hingewiesen, daß man auch hierbei die nötige Vorsicht nicht außer acht lassen darf. So vermeide man, ins Wasser zu gehen, bevor man sich nicht genügend abgekühlt hat, damit der Temperaturunterschied zwischen der Körperwärme und derjenigen des Wassers nicht zu groß ist. Namentlich nervöse und herzschwache Personen können sonst die schwersten Schädigungen sich zuziehen. Auch ist es nicht geraten, zu lange im Wasser zu verweilen. Ferner ist das Baden nach starkem Essen oder vielem Alkoholgenuß dem Körper vielfach mehr schädlich als nützlich.

**Bauernfängern in die Hände gefallen** sind auf der Landstraße, kurz vor Erreichung der hiesigen Stadt, zwei auf der Wanderschaft befindliche Fremde. Den letzteren wurden im Rimmelblättchenpiel die Taschengeldern abgenommen. Der eine Ganner gab sich für einen Braner und der andere für einen Handelsmann aus. Beschrieben wurde der erste: etwa 32 bis 35 Jahre alt, von mittler, kräftiger Gestalt, mit schwarzem Haar, kleinem Schnurrbart und einer Narbe auf der linken Wade, bekleidet mit dunklem Jackett, braunfarbener Hose und grünem Filzhut; der zweite: etwa 40 Jahre alt, von kräftiger Gestalt, mit schwarzem Haar, kleinem Schnurrbart, bekleidet mit hellgrauem Jacketanzug und heller Mütze.

**Aus dem Fenster in den Hof gestürzt** hat sich gestern abend die 41 Jahre alte, aus Tabor in Böhmen gebürtige Ehefrau eines in der Kreuzstraße wohnenden Arztes. Die Unglückliche hat ein Herbenleiden zu diesem Schritte veranlaßt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

**Wegen Verübung verschiedener Diebstahls** und eines Geldbetrugs im hiesigen Schlachthofe mußten zwei Fleischergesellen, der eine von hier gebürtig und 23 Jahre alt und der andere aus Gotha und 22 Jahre alt, zur Verantwortung gezogen werden. Ferner stahl aus einer Milchzelle des Schlachthofs ein 24 Jahre alter Fleischergeselle aus Wittenberg gemeinschaftlich mit einem anderen zwei halbe Schweine. Die Diebe wurden erklappt und polizeilich verhaftet.

**Einen Selbstmordversuch** unternahm heute ein in der Bischerstraße in L.-Plagwitz wohnender, aus Paterzell gebürtiger, im 67. Lebensjahre stehender Uhrmacher, indem er sich die Kehle durchschnitt. Der Mann wurde noch lebend in das Plagwitzer Krankenhaus gebracht.

**Im Bette tot aufgefunden** wurde gestern nachmittag das am 13. Januar 1902 geborene Söhnchen Fritz des in der Blümenstraße 19 wohnenden Kohlenhändlers Flügel. Die kleine Leiche wurde polizeilich aufgehoben. Vermutlich ist die Todesursache auf einen Unglücksfall zurückzuführen.

**Hier angegriffen und verhaftet** wurde ein bereits seit 1896 wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgter, 32 Jahre alter Arbeiter aus Wolfshain.

Ermittelt wurde jener Dieb, der kürzlich zur Nachtzeit aus einem Restaurant, in das er einbrach, 5 Kellnertracht und verschiedene Lebensmittel stahl. Der Einbrecher ist ein schon vorbestrafter 25 Jahre alter Kellner aus Lublitz.

Keine Polizeinachrichten. Ein geringfügiger Brand entstand gestern nachmittag in einem Laden der Klauenischen Straße. Die Ladeninhaberin vermochte den Brand zu unterdrücken.

In der Bachhofstraße geriet gestern nachmittag der loschende Inhalt eines Teekessels in Brand. Dieser wurde von Arbeitern erloscht.

Im Maschinenhaus einer Kurbelfabrik in der Volkststraße war heute in den frühen Morgenstunden ein Haufen Weisens in Brand geraten. Hier befechtigte die Feuerwehr das Feuer.

Aus einem Schaufenster in der Hauptstraße wurden vergangene Nacht verschiedene Paare gelber und schwarzer Herrenschuhschäfte sowie zwei Paar Damenschuhschäfte von weissem Schaftleder gestohlen.

Gestohlen wurde am 2. Juni ein Sparbuch der hiesigen Sparkasse Nr. 351 206 mit 780,95 Mk. Einlage, lautend auf den Namen Richard Wagner.

Im Besitz eines in Haft befindlichen Arbeiters wurde ein Perleband gefunden, das vermutlich von einem Diebstahl herrührt. Ein unbekannter Betrüger erschwindelte ein Fahrrad, Marke Hercules, im Werte von 150 Mk. Der Betrüger wird geschätzt: etwa 24 Jahre alt, dunkelhaarig mit braunem Satteltanzug, gelben Schuhen und braunem Hülschute.

Vergangene Nacht haben Diebe aus dem Schaufenster eines Juwelersladens in der inneren Stadt nach Vertümmung der Scheibe 24 goldene Herrenschuhschäfte, eine Anzahl goldene Broschen mit vergoldeten Fingerringen bzw. einem Krönungshalter, einem bayerischen Siegesthaler und einem sächsischen Siegesthaler, ferner 15 Stück silberne Kettenarmbänder und eine Anzahl Broschen gestohlen. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt über 800 Mk.

Soziale Rundschau. Gewerkschaftliches.

Aussperrung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Gomburg, Altona, Wandersbeck und Garburg. Der Vier-Städtebund der Baugewerksinnungen hat seine Drohung wahr gemacht und am Mittwoch die Aussperrung verfügt. Soweit Böhlen bis jetzt vorliegen, sind davon in Garburg 400 Maurer und 300 Zimmerer, in Altona 200 Maurer und 100 Zimmerer betroffen. Dabei sind gerade in diesen beiden Städten nicht die geringsten Forderungen seitens der Arbeiter erhoben worden.

Um die Zusammenkünfte des Scharnackertums zu würdigen, bringen wir in Folgendem den am 7. März 1900 von der Baugewerksinnung zu Protokoll gegebenen Passus zum Abdruck, an dessen Erfüllung die unverschämten Arbeiter sehr erinnert haben. Er lautet: Die anwesenden Mitglieder des Innungsverbandes bezeichnen mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Baugewerbes ein weiteres Entgegenkommen als ausgeschlossen, sprechen aber übereinstimmend ihre persönliche Meinung dahin aus, daß, wenn die zu erwartende günstigere Konjunktur eintrete, die im Jahre 1901 vorzunehmende Revision des Tarifs ohne weiteres zu der Bewilligung einer neunstündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 70 Pfg. führen werde. Dieses Protokoll, und mithin auch der Passus, ist von dem von der Aufsichtsbekörde der Innungen gestellten unparteiischen Vorsitzenden, dem damaligen Landgerichtsdirektor Dr. Schaefer, und den Mitgliedern des Innungsverbandes und des Gesellen-Ausschusses unterzeichnet worden. Das Protokoll hat dann die Zustimmung der Innungsverammlung gefunden.

Stuttgart, 4. Juni. Der Straßenbahnerstreik. Die Bevölkerung der schwäbischen Residenz befindet sich nun seit fünf Tagen in Kriegsbereitschaft. Wiederholt kam es in den letzten Tagen zu scharfen Zusammenstößen zwischen Straßenbahn und Straßenpassanten. Es sind zwar nur 12 Wagen, die die Direktion mit ungeübten Leuten zu besetzen vermag, aber auch diese wenigen Wagen büren zur Zeit starken Verkehr nicht fahren, wenn nicht die größten Krawalle entstehen sollen. Die Polizei duldet darum das Fahren nach 1/6 Uhr nicht. Auf den Stehplatz wurde die Erbitterung des Publikums Mittwoch mittags gebracht, als der

Sohn eines Ausschichtsratsmitglieds der Straßenbahn aus einem fahrenden Wagen heraus der angehaltenen Menge mit einem schußfertigen Revolver drohte. Er mußte von Schülern in den Bus genommen werden, sonst wäre er der empörten Menge in die Hände gefallen. Die wenigen in den letzten Tagen verhafteten Demonstranten sind sämtlich wieder auf freien Fuß gesetzt worden — das Vernünftigste, was die Polizei thun konnte.

Wir fügen dieser Notiz unseres Stuttgarter Berichterstatters noch bei, daß am Mittwoch eine Versammlung der Streikenden beschloß, die Arbeit zu den am Sonnabend den 31. Mai unter dem Vorsitz des Herrn Gewerberichters Sigel von seiten der Direktion zugestandenen Bedingungen jederzeit wieder aufzunehmen, falls die Direktion den Angestellten das Recht der Koalition zugestekt. Ebenso wurde für Donnerstag dem Publikum die Boykottierung der Straßenbahn empfohlen.

Der Stuttgarter Gemeinderat hat am Donnerstag beschloßen, bei dem Amtsgericht den Antrag zu stellen, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob wegen Nichterhaltung des zwischen der Stadt und den Straßenbahnen geschlossenen Vertrages der betreffende Paragraph des genannten Vertrages in Geltung trete, wonach die Stadt befugt sei, die Straßenbahn in eigene Verwaltung zu übernehmen. Ebenso verlaute, daß der Straßenbahn das Minimum gestellt worden sei, bis Donnerstag vormittags 11 Uhr sich mit ihrem alten Personal zu einigen, um einen geordneten, regelmäßigen Verkehr zu ermöglichen. Sollte es seitens der Direktion abgelehnt werden, dann wird die Behörde die gerichtliche Einstellung des Betriebes veranlassen.

Wie der Schwäbische Merkur erzählt, ist auch das Ministerium des Innern bemüht, eine Verständigung herbeizuführen.

Christlicher Gewerkschafts-Kongress. Vom 29. Juni bis 2. Juli findet in München der IV. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands statt, dem sich ein Delegiertentag des christlichen Gewerkschaftsverbandes der nichtgewerbliden Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands anschließt. Der Kongress wird mit einer öffentlichen Arbeiterversammlung eröffnet, in der Dr. Franke, der Chefredakteur der Sozialen Praxis über die Notwendigkeit des internationalen gesellschaftlichen Arbeiterbundes spricht. Ferner wird der evangelische Pastor H. C. Mumm über die Notwendigkeit des interkonfessionellen Charakters der christlichen Gewerkschaften sprechen. Von der Tagesordnung des Kongresses selbst dürfte besonders der zweite Punkt: Das Wesen und die Aufgaben der Gewerkschaften, um die gewerkschaftlichen Organisationen der Centrumsarbeiter gehen namentlich die ultramontanen bürgerlichen Blätter in Bayern herum, wie die Frage um den heißen Brei. Es besteht deshalb zwischen den beiden christlichen Lagern eine stille, aber heftige Erbitterung. Jedenfalls werden darnach die offiziellen Centrumsblätter einmal Farbe bekennen müssen.

Von Nah und Fern.

Fleischkrawalle in Chicago. Aus Newport wird gemeldet: Fleischkrawalle veranlaßten in Chicago die Polizei wiederholt, von den Revolvern Gebrauch zu machen. Es wurden 160 Personen verwundet, darunter viele tödlich. Milizregimenter mußten ausgehoben werden. Obgleich in Newport und Chicago die Gerichte Einhaftsbefehle gegen den Fleischstreik erlassen hatten, haben die Fleischpreise dennoch eine exorbitante Höhe erreicht. In Chicago wird die Fleischnot durch den Boykott des Fleischrings verstärkt. Sämtliche Fleischerläden sind geschlossen und der ganze Vermittlungshandel zwischen dem Fleischring und dem Publikum freit in allen seinen Zweigen. Die Fleischtransporter, die Fleischhauer, die Aus- und Einlager, selbst die Eiswagen, befinden sich im Auslande, soweit die Lieferungen des Fleischrings in Frage kommen. Einzelne große Hotels, welche trotzdem versuchten, sich Fleisch für ihre Gäste zu verschaffen wurden gleichfalls boykottiert.

Wom Schlagschiff der Arbeit. Auf der Saturngrube bei Rattow ist erfolgt am Montag die Explosion einer Pulverkammer. Drei Arbeiter wurden getötet. In der Nacht zum 4. Juni wurden auf dem Osterfeld der Sammelbahnhof dem Stationsdiätar Fries durch einen Fieberzug beide Beine abgefahren. Der Verunglückte ist verheiratet; er hat sechs Kinder.

Auskunft in Rechtsfragen.

D. G. III. 1. Der Lohn kann in diesem Falle gepfändet werden. 2. Der Unterhalt muß der Lebensstellung der Mutter entsprechen. 3. Die Betreffende ist zur Klage berechtigt. 4. Die Scheidungsklage muß in diesem Falle binnen sechs Monaten von dem Zeitpunkt an erhoben werden, in dem der Ehegatte von dem Scheidungsgrunde Kenntnis erlangt.

Wienau, Nr. 100. Es sind nur der Militäransweis, das Familienbuch und die qualifizierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahre beizubringen.

M. A., Bayerische Straße. Versuchen Sie es nochmals mit einem Versuch und geben Sie darin die Gründe genau an. Der Erfolg ist allerdings zweifelhaft.

A. G., 88. Ein Paß ist erforderlich. Wenden Sie sich behufs Ausstellung desselben an das Polizeiamt.

Briefkasten der Redaktion.

A. N., Plagwitz. Kommen Sie Sonnabend oder Montag in unsere Sprechstunde.

Versammlungskalender.

Freitag: Stelmereider, Golenhof, Dauschstraße. Abends 8 Uhr.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Freitag den 6. Juni: 147. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, weiß): 4. Gastspiel des Herrn Anton Freund.

Table listing theatrical performances at 'Neues Theater' and 'Im Weißen Röhl'. It includes names of plays, authors, and the names of the actors performing in various roles.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Reis mit Rindfleisch. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Gelbe Erbsen mit frischer Butter.

Attention! Bürgergarten. Brüderstraße 11. Empfehle geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Gesellschaften meine bis zu 300 Personen fassenden Lokaltäten. Garten und Kegelbahn vollständig neu renoviert.

Das Baumwollwaren-Geschäft von Hermann Kriegel. Plagwitz, Morseburger Str. 23. Detail-Verkauf d. Leipziger Baumwollspinnerei. empfiehlt Barquent, roh, gebleicht und bunt, Messel- und Hemdensuche, Towlax, Leib-, Bett- und Tischwäsche, Damast, Julets, Taschent- und Handtücher, fertige Herren- und Frauenhemden, Schürzen- und Waschlenderstoffe zu Fabrikpreisen.

Neue u. gebrauchte Möbel, Betten verkauft Lind., Böhmer Str. 23, p. u. 1. Et. Laufdecken Mk. 6.-, Lauschlücke Mk. 3.25 mit Garantie. Sommerlatte, Pfaffendorfer Str. 13. CIGARETTEN Fabrik empfiehlt ff. 2.20 A, ff. 5 2.80 A, ff. 6 3.00 A. Bismarckstr. 47 sowie Antonstr. 18.

Eis-Schränke in allen Größen empf. billigst. Alwin Richter Wirtschaftsmagazin u. Eisenhandlung L.-Rendnith, Dresdener Str. 36. Speisekartoffeln, mehrlach und wohlgeschmeckend, 7 Pfd. 14 A, Centner 1.60 A. Gohlis, Blumenstr. 123. Speisekartoffeln, mehrlach und wohlgeschmeckend, 7 Pfd. 12 A, Centner 1.60 A. Volkmarndorf, Ewaldstr. 30.

Frischen Schellfisch Pfd. 15 Pfg. empfiehlt Robert Funke. 4911 Lind., Ecke Gumb. u. Wettinerstr. Aus frischer Zufuhr: 5343 Kuppel Bäcklinge (ff. Qualität) Kiste 60 Stück 1 A. Reichsstr. 34. Leipziger Fischhalle.

Geschlechtsl. fr. u. veralt. Fälle behand. nach bew. Meth. gründl., gewissenh., diskret Schmidt, Königsplatz 4, II. 9-1, 6-8.

Käufe und Verkäufe. Dauerhafte Bettstellen mit guten Sprungfedern matraken (beste Arbeit) 25 Mk. 516 Dresdener Straße 23, Seitengeb. I. A. Böhlem, Tapezier. (vis-à-vis Banttheon). Hochf. Halbroenner Alter Amtshof 7, II. 1.

Prima Lausdcker 6.50 Mk., Prima Luftschluche 5 Mk. Reparaturen an Fahrradern schnell u. bill. Schneider & Seidel, Kurprinzstr. 1. Gänseklein verkauft billig Markthallenstand 84/85.

Bettstellen u. Matr., Sofa, Tisch, Stühle billig. Gerberstr. 12, I. Wegg. v. Pläusch, Schreib-, Altschr., Bettst. m. W., Federb., Spiegel, Thomasstr. 26, II. r.

Wirklicher Gelegenheitskauf. Neu! Bettst. u. Matr., Spiegel m. Schr., rotes Sofa. Flohplatz 1, pt. 1. 12-9 Uhr. Bettstelle, Blj. Heilversfahr., Backweg 10. b. v. v. Schönck, Leipziger Str. 127, III. r. Plüschottomane billig zu verkaufen. Waldstraße 28, I. r.

Sofa u. Nähmaschine, gut erhalten, sehr billig zu verkaufen. Schleierstr. 18, I. 1. Neue Tischl. u. Tischlerw. m. g. Kundsch. sof. bill. zu verk. Volkst., Raitenstr. 34, II. 1. Schemen mit Verdeck billig zu verk. Kleinschöcher, Albertstr. 43, I. v. Unterh. mod. Kinderwagen, hoher Kinderstuhl f. 1.50 A zu verk. Leubnerstr. 4, IV. Ein einfacher Kinderwagen billig zu verkaufen. Lindenau, Weststr. 5, I. 1.

Einzigiger Sportwagen billig zu verk. Anger, Uhlenstr. 13, pt. 1. Nur Damenfelder in großer Auswahl billig zu verk. Plagwitz, Mühlentstr. 31. Zu verk. wenig getr. Herren-, Damen- und Mädchenfelder. Gerberstr. 43, I. Schönes graues Kleid bill. zu verkaufen. Kleinschöcher, Windorfer Str. 3, pt. 1. Zabellos. Kad. Straßenreiner, umständl. bill. zu verk. Kleinsch., Gieserstr. 68, III. 1. Ein neues Rad billig zu verkaufen. Berliner Str. 15, h. III.

Brückenwaage mit Gewicht zu verkaufen. Stötterth, Mühlentstr. 4, im Laden. 1 Jalousienladen, 1 Mr. breit, billig zu verkaufen. Auenstr. 9, III. Seid. Cigarrenbänder u. Kinderwagen, wie neu, b. zu verk. Alsch., Schlenkweg 11, pt. 1. Papier aller Art zum Einstampfen sowie alle Koprodukten faust. Arnö Laessig, Poststr. 13.

Vermischte Anzeigen. Zwei selbständige Monteurs für Schneid- und Ziegeldruckpressen zum sofortigen Eintritt gesucht. 5268 Reparatur-Werkstätte der Maschinenfabrik Johannishof, Reudnitz, Gabelsbergerstr. 3.

Rockschneider nur sehr gute Arbeiter; finden sofortige Beschäftigung bei 5342 J. Strauß, Marienbad. Einen Vorbereitenden zur ständigen Aushilfe sucht Reuschensfeld, Kirchstr. 57. Ein ordentl. jung. Mädchen v. 14-16 Jahr., welches Liebe zu Kindern hat, wird tagsüber von einfachen Leuten gesucht. Adressen erbeten unter K. F. postl. Kleinschöcher.

Buriallgeheirt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres Vaters und Großvaters Gustav Walbe sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Chef und Personal der Firma Meier u. Weichelt- und dem Evangelischen Arbeiterverein für das letzte Geleit und den schönen Blumenschmuck unsern besten Dank. 5370 Die trauernde Witwe im Namen aller Hinterbliebenen.

Kräftiges Schulmädchen zur Aufwartung gesucht. Karstr. 22, II. 1. 1 Wandoneonspieler zu Sonntag zur Kindertanz gef. Zu meld. Postfach 9, III. r. Portem. n. ca. 18. Au. Ring verl. G. D. u. Bel. abg. b. Portier v. Berger & Wirth, Schönefeld, Berl. am W. ein Schiffsfeld. Bitte abzug. b. Weber, Pl. Kaiser-Wilh.-Str., Grömm.-2. Rasieren 10 Pfg. Kleinschöcher, Ecke Bahnpoststr. 1. Rasieren 10 Pfg. Bayerische Str. 20 c.

Wohnungsanzeigen. In Lind., Saalfelder Str. 17 Ecke Böhmer Str., ist eine Wohnung für 300 Mk. sofort zu vermieten. Näh. im Comptoir Böhmer Straße 164. Mookau, Gienh. Str. 17, sch. gr. Logis, 200 b. 270 A, sof. od. sp. z. verm., herrl. freie gef. Lage. Schöne Wohnung 330 A, 1. Juli zu verm. Plagwitz, Gieserstr. 68, R. Wäghschler. Dr. I. 2 fenstr. Stube an einz. Leute zu vermieten Lindenau, Leubnerstr. 37, III. 1. Leere Stube zu vermieten Selterhausen, Edlischstr. 28, III. r.

Günstiges Logis f. 2 best. Herren, pro Woche 3.50 A. Go., Hall Str. 7, pt. 1. Wäghschler. Frdl. Stube als Schlafstelle für Herrn Lindenau, Barkortstr. 7, II. W. Frdl. möbl. Stube als Schlafstelle zu verm. Kleinsch., Plagwitz Str. 43, Bbh. IV. r. Frdl. saubere Schlafstelle f. Herrn zu verm. Lindenau, Gumborger Str. 8, II. r. Frdl. Schlafst. zu verm., 2 sif. Sportwagen zu verkaufen Lindenau, Wettinerstr. 61, I. r.

Familienanzeigen. Unserem lieben Papa die besten Wünsche. Gertrud, Klara, Rama u. Mutter W.

# ALLE AERZTE

sind sich darin einig, daß eine der Jahreszeit entsprechende Bekleidung ein wichtiger Faktor für das

## Wohlbefinden der Menschen ist.

Meine enormen Vorräte in

## leichter Sommerbekleidung für Herren und Knaben

bieten ein nicht zu unterschätzendes Abwehrmittel gegen die große Hitze.

Große Posten, welche ich in diesen Genres disponiert habe, ermöglichen mir die Bekanntgabe nachstehenden Preis-Courants.

<b>Herren-Sommer-Jacketts</b> in im. Schiffslein . . . . .	pro Stück	voll	<b>1.25</b>	Mk.	an
<b>Herren-Sommer-Jacketts</b> in schwarzem und grauem Lüster . . . . .	pro Stück	„	<b>3.—</b>	„	„
<b>Herren-Sommer-Jacketts</b> in modernem gestreiftem Lüster . . . . .	pro Stück	„	<b>4.50</b>	„	„
<b>Herren-Sommer-Anzüge</b> Jackett, Weste, Hose . . . . .	pro Stück	„	<b>8.—</b>	„	„
<b>Herren-Lüster-Anzüge</b> in prachtvoller, eleganter Ausführung . . . . .	pro Stück	„	<b>15.—</b>	„	„
<b>Knaben-Wasch-Anzüge</b>	pro Stück	„	<b>1.50</b>	„	„
<b>Knaben-Wasch-Blusen</b>	pro Stück	„	<b>0.75</b>	„	„
<b>Knaben-Wasch-Hosen</b>	pro Stück	„	<b>0.75</b>	„	„
<b>Knaben-Leibchen u. Kniehosen</b> von guten Stoffresten . . . . .	pro Stück	„	<b>1.50</b>	„	„
<b>Stoff-Anzüge, in leichten haltbaren Stoffen</b>	pro Stück	„	<b>15.—</b>	„	„
<b>Stoff-Hosen in den verschiedensten Mustern</b>	pro Stück	„	<b>2.50</b>	„	„
<b>Wasch-Hosen für Herren</b>	pro Stück	„	<b>1.50</b>	„	„

Radfahrer-Anzüge zu Spottpreisen wegen Aufgabe dieses Artikels.



**Meine Maass-Abteilung**  
unter Leitung bewährter Zuschneider erfreut sich großer Beliebtheit.  
Bis zum 15. Juli liefere ich nach Maß:  
**Reise-Anzüge für 38, 42, 45 Mk.**  
in Ia. Stoffen, tadellos sitzend.



Eine grosse Partie

## weisse und bunte Westen

hervorragende Auswahl in allen Weiten von 2 1/2 Mk. pro Stück an.

## Staubmäntel, Lawn-Tennis-Anzüge

für schlanke und starkbelebte Herren in weiß und gestreift, hochfeine Qualitäten.

Bekleidung für alle Berufsarten zu sehr billigen Preisen.

**Sportblusen**  
für Knaben, aparte Facons  
von 1.— Mk. an.

**Sporthemden**  
für Knaben mit Umfalltragen,  
neueste Stoffe.

**Sporthosen**  
für Knaben aus Ia. Satin  
pro Stück von 1.25 Mk. an.

Umtausch gern gestattet.

# F. Anspach

Reichsstrasse 11, part. u. I. Etage.

Grösstes Special-Geschäft fertiger Herren- u. Knaben-Bekleidung.

# Coburger Hof.

Teleph. I, 483. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 483.  
Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfehle meine Lokaltäten zur gefälligen Benutzung. Feine Kaffee-Kegelbahn. Billard.  
Empfehle meinen guten preiswerten Mittagstisch inkl. Bier 50 Pfg., Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Meine Preise.  
50 gute Betten zu soliden Preisen. [8302]  
Hochachtend Kannoglessner.

## Stadt Hannover.

H. Rüdterich, Seeburgstraße 25-27. [1721]  
Empfehle den geehrten Gewerkschaften meine Lokaltäten, Vereinszimmer u. Saal von 20 bis 300 Personen fassend. Vorzügliche Küche, Mittagstisch, Abendstamm (kleine Preise). Beste Biere. Schöne Fremdenzimmer, saubere Betten.

## Bürgergarten Brüderstr. No. 11

(Inh.: Max Treusch) Gesellschaftslokal  
empfehle vorzügl. Mittagstisch, warme und kalte Speisen, ff. Lager- und Bayerisch Bier, Döllnicher Gose etc.  
Gewerkschaftslokal der Maler, Schreiner und Tapezierer.

**Johannis-Restaurant E. Stöcklein** Johannis-  
gasse 23 gasse 23  
empfehle Freunden und Bekannten meine freundlichen Lokaltäten.  
Kräft. Mittagstisch mit Bier 50 Pfg. ff. Lagerbier von Webr. Ulrich, Sittlerich.  
Jeden Sonnabend Schweinsknochen.

## Hain-Str. 19 Kaiser-Keller Fr. Hornig.

Sehenswertes Kulmbacher Bierlokal I. Ranges.  
Reichhaltige der Saison entsprechende Speisekarte zu kleinen Preisen.  
Hochfeines Rizzibräu. [5340]

## Zum gemütlichen Ritter

Glockenstr. 4 früher Jägers Restauration Glockenstr. 4.  
Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfehle meine neu renovierten Lokaltäten zur gef. Benutzung. Französisches Billard.  
Mittagstisch inkl. Bier 50 Pfg. Große Auswahl in Speisen.  
Jeden Sonnabend Schweinsknochen. Vereinszimmer noch einige Tage frei.  
[1176] Hochachtend Franz Ritter.

**Restaurant Körnerschlösschen** Körner-  
strasse 36.  
Empfehle ff. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinsknochen. [1814] Achtungsvoll Alfred Dietze.

**Restaurant zum Feldschlösschen** Brandvorwerk-  
strasse 48.  
Jeden Sonnabend und Sonntag Grosses Garten-Freikonzert.  
Speisen und Getränke in bekannter Güte. Wozu einladet Max Bracke.

## Zur Amsel, Leipzig-Gohlis

Wölkernsche Str. 2, Breitenfelder Str.  
Inh.: Hermann Schlegel.  
Empfehle meine freundlichen Lokaltäten. Mittagstisch, ff. Sächsisches Lagerbier, Döllnicher Gose, Pechbräu. Jeden Sonnabend Schweinsknochen, Sonntags Spektakel. [2440]

## Saxonia, L.-Plagwitz

Zoocharascho u. Schmeldestr.-Ecke.  
Freundliches Lokal.  
Speisen und Getränke:  
Kräftiger Mittagstisch:  
6878] (nach Wahl) . . . . . Wie sonst, wie sonst, wie sonst!  
Jeden Freitag Bitterkonzert, ausgeführt von einem Naturpfeifer (Rigener).  
Es ladet freundlichst ein Georg Schröder.

**Restaurant National, Plagwitz** Karl Heine  
Strasse 71  
empfehle meine Lokaltäten. Lagerbier, ff. Naumannschs, Bayerisch (Gebr. Fleischmann, Ansbach). Spezialität: Spanische Weine in Flaschen u. Mätern vom Fass. Kräftigen bürgerl. Mittagstisch. Hochachtungsvoll Karl Müller.

**Vockes Restaurant, Plagwitz**  
Horseburger u. Weissensefelder Strassen-Ecke 32  
empf. meine Lokaltäten. Speisen u. Getränke hochfein. Sonnabends Schweinsknochen. Sonntags Spektakel. Karl Zeidler gen. Vocke.  
Berkehrtslokal der Zimmerer Leipziger-Weit. [2455]

**Zwei Linden, Leipzig-Lindenau.** Vereinslokal  
des Volksvereins Plagwitz-Lindenau.  
Empfehle meine freundl. Lokaltäten, ff. Sächsisches Lagerbier, Döllnicher Gose, Pechbräu. Jeden Sonnabend Schweinsknochen. Sonntags Spektakel. Guten bürgerlichen Mittagstisch. [2065] Achtungsvoll E. Welske.

**Sächsisches Haus Lindenau** Karl Heine-Strasse  
vis-à-vis dem Depot.  
Aufmerksame Bedienung. - ff. Speisen u. Getränke.  
Um gütigen Zuspruch bitten. [3398] Joh. Sannow.

**Hölzerner Schimmel, Lindenau.** Alte Bäckerei- und  
Zischersche Str.  
Meine freundlichen Lokaltäten mit Vereinszimmer halte bestens empfohlen.  
ff. Speisen u. Getränke. Sonntags Spektakel. Ergebenst Richard Oelner.

**Markranstädter Konzert- und Ballsaal Stadt Leipzig.**  
Empfehle allen geehrten Freunden und Bekannten, sowie der löbl. Einwohnerschaft von hier und umg. meine freundl. Lokaltäten zur gef. Benutzung. Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. öffentliche Ballmusik. Hochachtungsvoll H. Kiedel.

**Restaurant zur Burg, Schönefeld** Südstrasse 1.  
Empfehle meine freundlichen und geräumigen Lokaltäten zur gefälligen Benutzung. ff. Gesellschaftszimmer, 50 Personen fassend. ff. Thüringische Gose und Lagerbier. Jeden Sonnabend Schweinsknochen. Es ladet freundlichst ein [8758] Karl Wolf.

**Wilhelmshöhe, Eilenburg.** Schöner Ausflugsort am  
Platz. Vereinen und Gesellschaften empfehle bei Ausflügen meine herrlich gelegenen Lokaltäten, Gesellschaftslokal, Kegelbahn, Vereinszimmer, Veranda u. s. w. aufs beste. A. Dlogmann.

**Ausflugs-Ort Grimma.** Gambrius [5048]  
Vorzügliches Gast- u. Speisehaus.  
Empfehle meine Gast- u. Gesellschaftszimmer. Vereine oder Gesellschaften von 100-150 Personen finden beste Aufnahme. Um gütigen Besuch bitte Traug. Entli.

Reichstag.

187. Sitzung. Donnerstag den 5. Juni 1902, 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Graf Vosadowsky. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Übereinkunft zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel. Solche Vögel sollen weder getötet, noch ihre Nester, Eier und Brut zerstört werden dürfen.

Abg. Weich-Goburg (freil. Vp.) bedauert, daß Italien, wo der Vogelstich am meisten verbreitet ist, der Konvention nicht beigetreten ist. Ebenso unbegreiflich ist es, warum England, Dänemark, die Niederlande, Rumänien und Norwegen der Konvention nicht beigetreten sind. Zu wünschen wäre, daß bei uns möglichst bald die Gesetzgebung entsprechend abgeändert wird und daß das Publikum auch sonst möglichst auf den Schutz der Vögel achtet. (Beifall links.)

Abg. Dr. Delius (nat.-lib.) hofft, daß die Vogelstich-Gesetzgebung sich auch auf die Singvögel erstrecken werde.

Abg. Graf Verstorff-Uelsen (Welfe) wünscht, daß die Sperber-ente aus dem Verzeichnisse der nützlichen Vögel gestrichen werde.

Staatssekretär Graf Vosadowsky: Wenn das Verzeichnis der nützlichen Vögel einige Mängel hat, so kann dem durch eine Revision abgeholfen werden. Von unserer Seite werden baldmöglichst die entsprechenden Änderungen der Gesetzgebung Ihnen vorgelegt werden.

Damit schließt die Diskussion. Die Konvention wird in erster und zweiter Lesung unverändert angenommen.

Es folgt die 3. Beratung des Toleranzantrags des Centrums. In der Generaldiskussion ergreift das Wort

Abg. Schrader (freil. Vp.): Meine Freunde werden dem Gesetz zustimmen, da es immerhin einige Verbesserungen enthält. Wenn auch der Katholizismus als toleranzfeindlich gilt, so kann uns das doch nicht hindern, ihm in Deutschland die Bewegungsfreiheit einzuräumen, die auch die anderen Religionsgemeinschaften genießen wollen. (Bravol links.)

Abg. Kunert (Soz.): Wir stehen dem Grundgedanken des Gesetzeswunsches sympathisch gegenüber. Dem § 1 über die volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses können wir nicht zustimmen, weil der Antrag Dertel dazu angenommen ist, der der Polizeiwahl für und Thor öffnet. Mit Freude ist es zu begrüßen, daß der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft kostenlos erfolgen kann. Wir werden für das Gesetz um so mehr stimmen, als der zweite Teil zurückgezogen ist, der nur für die anerkannten Religionsgemeinschaften galt. Unseren Antrag, den Religionsunterricht in allen Schulen des Reiches zu verbieten, haben wir deshalb nicht in der 3. Lesung eingebracht, weil seine Annahme ausföhrlos ist. Natürlich haben wir nicht gegen Religionschulen resp. Religionsstunden, wenn die Eltern solche wünschen. Redner polemisiert im weiteren gegen die Ausführungen der Abg. Dr. Dertel und Gieber, bleibt aber auf der Tribüne fast unverständlich. Herr Gieber meinte, ich hätte gesagt, Religion sei Privatsache, im übrigen aber laß man. Gegen eine solche Unterchiebung muß ich energisch protestieren. Frankreich hat die religionslose Schule längst eingeführt, ohne daß sich irgend welche Schwierigkeiten daraus ergeben hätten. Man hat gesagt, daß man auch die Geschichte aus der Schule bestreiten müsse, da es auch hier verschiedene Anschauungen gäbe. Hier handelt es sich aber nur um Unterschiede, in der Religion aber bestehen unüberbrückbare Gegensätze. Herr Richter hat über die Dinge, die hier verhandelt werden, gesprochen, wie der Wind von der Farbe. Er hat mir vorgeworfen, ich hätte alles mögliche getan, um den Antrag in § 26 kaput zu machen. Herr Richter hat aber selbst anerkannt, daß es zu dem § 26 überhaupt nicht gekommen wäre, wenn nicht von uns weitergehende Anträge gestellt wären. Wir haben den Antrag also nicht kaput gemacht, sondern ins Leben gerufen. (Sehr richtig! links.) Man hat uns vorgeworfen, wir wollten dem Protektariat seine Ideale rauben. Davon ist keine Rede, im Gegenteil wollen wir das Ideal der Humanität und Toleranz immer mehr verbreiten. Bei uns heißt es nicht rückwärts, sondern immer vorwärts. (Beifall b. d. Sozial.)

Abg. Dr. Gieber (nat.-lib.) erklärt, seine Freunde würden bei der Gesamtabstimmung sich ablehnend verhalten und polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Kunert.

Abg. Dr. Bachem (nat.-lib.): Ich freue mich, daß von allen Seiten anerkannt ist, daß wir gewillt sind, was wir verlangen, auch anderen Religionsgemeinschaften zugute zu tun. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß das Haus in der Gesamtabstimmung den Antrag annehmen und der Bundesrat ihm seine Zustimmung erteilen wird. (Bravol im Centrum.)

Damit schließt die Generaldiskussion. Hierauf folgt die Spezialdiskussion.

§ 1 lautet: Jedem Reichsbürgerlichen steht innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zu.

Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. Unberührt bleiben die allgemeinen polizeilichen Vorschriften der Landesgesetze über das Vereins- und Versammlungswesen. (Dieser letzte Abschnitt ist neu auf Grund eines Antrags Dertel in der zweiten Lesung eingefügt.)

Abg. Stolle (Soz., auf der Tribüne unverständlich): Durch den angenommenen Antrag Dertel ist die Wirkung des § 1 so gut wie aufgehoben. Obwohl in der sächsischen Verfassung steht, daß die staatsbürgerlichen Rechte durch das religiöse Bekenntnis nicht beeinträchtigt werden, so ist es doch Tatsache, daß in Sachsen kein Jude Richter wird. Sollte der Zusatzantrag Dertel Gesetz werden, so werde ich gegen den § 1 stimmen. (Bravol bei den Soz.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf v. Hohenhausen: In Sachsen besteht kein Gesetz, wonach kein Jude Richter werden darf. Ob gegenwärtig ein sächsischer Richter der mosaischen Konfession angehört, kann ich nicht kontrollieren.

Abg. Stolle (Soz.): Ich habe nicht gesagt, daß eine gesetzliche Bestimmung es verbietet, daß Juden Richter werden, sondern betont, daß entgegen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen Dissidenten nicht Richter werden.

In der Abstimmung wird § 1 nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unverändert angenommen gegen die Stimmen der National-liberalen, der Reichspartei und eines Teiles der Konservativen.

Der Rest des Gesetzes wird ebenfalls erledigt. In der Gesamtabstimmung, die eine namentliche ist, wird der Toleranzantrag mit 168 gegen 60 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmen die National-liberalen (mit Ausnahme des Grafen Oriola), die Mehrheit der Konservativen und der Reichspartei; 8 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr (Tagesordnung: 3. Lesung des Vogelstichgesetzes, 1. Lesung des Gesetzes betr. Aufhebung des Diktaturparagrafen, Wahl von 7 Abgeordneten zum Beirat der Abteilung für Arbeiterstatistik im Reichsamt des Innern, Petitionen.)

60. Sitzung der Bolltariskommission.

Berlin, 5. Juni 1902.

Eine ziemlich ausgedehnte Debatte entspinnt sich über die Position 326, Farbstoffextrakte, nämlich 2 Mk., fest 4 Mk., für die die Sozialdemokraten Zollfreiheit beantragen; Weiß beantragt 2 Mk. resp. frei; Deumer und Schumberger je 4 Mk. Da bezüglich der Farbstoffextrakte der Schälwalb mit in Betracht kommt, plädiert der Regierungsvertreter Geheimrat Lusenst für die Freilassung des Quebrachholzes in 2. Lesung, während Schumberger die beantragten höheren Zölle als Zollschutz für die Produkte des Schälwalbes bezeichnet.

Abg. Antrick begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Die Textilindustrie ist an diesen Farbstoffen stark interessiert; für sie sei es geboten, diese bedeutsamen Hilfsmittel zollfrei zu lassen, damit sie den Anforderungen nach schönen Dessins und Farbnuancen billiger entsprechen kann. Die ausländischen Farbstoffextrakte seien für die Textilindustrie unentbehrlich.

Gothein wies nach, daß nur acht Fabriken, die Farbstoffextrakte herstellen, in Deutschland in Betracht kommen, die des Schutzes nicht bedürftig, da ihre Prosperität außer Frage steht.

In der Abstimmung wird die Position nach der Vorlage angenommen.

Pos. 327, Erbsen: Kreide, geschlemmt, gestäubt 0,40 Mk.; andere Erbsen 0,50 Mk.

Soz. begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit mit dem Hinweis auf die großen Transportkosten, die sowieso schon dieses Produkt sehr verteuern. Die Erleichterung des Transports durch Verbesserung der Transportwege, Herstellung von Kanälen, ist neben der Zollfreiheit geboten.

Der Vorsitzende unterbricht den Redner mehrfach und ersucht ihn, die Kanalarfrage nicht in die Debatte zu ziehen.

Soz. betont dagegen, wie wichtig die Frage gerade bezüglich dieses Produktes wegen der Transportkosten sei, und regt an, daß, wenn die preussischen Junfer im Abgeordnetenhause dem Bau von Kanälen sich entgegenstellen, der Reichstag sich mit der Frage beschäftigen und den Bau von Kanälen von Reichswegen beschließen sollte. (Heiterkeit.) Die Tapeten-, die Anoleum- und andere Industrien werden geschädigt.

Die Kommission nimmt die Position nach der Vorlage an. Die Positionen 328, Ruß, Buchdruckschwärze 5 Mk. und Pos. 329, Papierdruckfarbe aus Ruß oder Kupferdruckschwärze 10 Mk. werden zur Beratung verbunden. Gothein beantragt für die erstere Position Zollfreiheit, für die andere einen Zoll von 3 Mk. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit für beide Positionen.

Gothein findet es unbegreiflich, wie der vom Ausland kommende Ruß verjagt werden könne, der doch unentbehrlich für die Farbindustrie sei.

Geheimrat Meuschel erklärt, durch den Zoll wolle man nur den feinen Gastuß treffen, Kienruß zc. nicht.

Stadthalter erörtert die Konkurrenzfähigkeit der einzelnen in Betracht kommenden Industrien, die durch den Zoll beeinträchtigt werden. Es würden durch die beliebte Art, Zölle aufzuliegen, Industrien gegeneinander ausgebracht. Unsere Industrie wird durch den Zoll unterbunden und die Buchdruckerei wie die Buchdruckfarbindustrie benachteiligt.

In der Abstimmung werden die Positionen nach der Regierungsvorlage angenommen; ebenso ohne Debatte die Pos. 329: Bronzefarben frei; Pos. 330: Pigmentfarben frei; Pos. 331: andere nicht zubereitete Farben frei.

Pos. 332: Bleiweiß, Zinkweiß, Lithoponweiß 3 Mk. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Abg. Antrick erklärt, die Begründung der Regierungsvorlage für die Herabsetzung des bisherigen Zolles von 20 Mk. auf 3 Mk. treffe für die vollständige Aufhebung des Zolles zu. Die Position wird nach der Vorlage angenommen; ebenso Pos. 334, die in Nr. 33 genannten Farben in Bleichlösungen oder in Aufmachungen für den Kleinverkauf 20 Mk.

Zu Pos. 335: Zinte und Zintpulver 5 Mk., beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit, für die Stadthalter eintritt. Die Ausfuhr beträgt das fünffache der Einfuhr; der Zoll ist durch nichts gerechtfertigt.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Die Positionen 336: Graphit, geformt (in Tafeln, Blöcken) 4 Mk., in Aufmachungen für den Kleinverkauf 6 Mk.; 337: Speckstein, geschnitten 6 Mk.; 338: Blei-, Farben- und Kohlenstaube (zum Schreiben oder Schreiben), Kreide, geschnitten oder geformt, ungefügt oder nur mit Papier überzogen 20 Mk., mit Fassung aus rohem, ungeglättetem weißen Holz 25 Mk., mit Fassung aus anderem Holz, aus Rohr oder Papiermasse 45 Mk.

Die Sozialdemokraten beantragen für alle Positionen Zollfreiheit. Gothein beantragt zu 338 20 resp. 30 Mk.

Graf Kanitz beantragt zu 338, die Zimmermannsbleistifte nur mit 20 Mk. statt 25 Mk. Zoll zu belassen.

Regierungskommissar Müller erklärt, die Höhe des Zolles entspreche der Höhe des österreichischen Zolles.

Bundesratsbevollmächtigter für Bayern, v. Seyger, tritt für die Regierungsvorlage ein; darauf beschließt die Kommission Vertagung. Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr.

Sächsischer Landtag.

105. Sitzung der Zweiten Kammer.

Dresden, 5. Juni.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Interpellation der Abg. Leopold und Vogel über die Stellung der Regierung zum Toleranzantrag des Centrums im Reichstage. Staatsminister Dr. v. Seydewitz erklärt, die Interpellation sofort beantwortet zu wollen.

Abg. Leopold: In dem § 1 des von Dr. Lieber beantragten Toleranzgesetzes zur Annahme gelange, sei das Schicksal des Jesuitengesetzes entscheidend. Durch den § 1 des Toleranzgesetzes würde den Sekten und Religionsgemeinschaften völlige Freiheit verliehen werden, ganz gleich, ob die Sekten der Christlichen oder einer heidnischen Religion dienen. Zu den Religionsgemeinschaften, die die Freiheit erlangen sollten, seien jedenfalls auch gewisse Orden zu zählen, darunter solche, deren Mitglieder ihren Oberen bedingungslos Gehorsam schuldig sind. Außerdem habe der Toleranzantrag den Zweck, den Einwirkungen der katholischen Religion auf die religiöse Kindererziehung mehr Einfluß zu verschaffen. Man müsse sich auf den Standpunkt stellen, den Toleranzantrag rundweg abzulehnen, weil er uns Gefahren für die religiöse Betätigung bringe.

Abg. Dr. Vogel schließt sich den Ausführungen des Abg. Leopold an und weist besonders darauf hin, daß in Sachsen keinerlei Bedürfnis für ein solches Gesetz vorhanden sei.

Kultusminister v. Seydewitz: Die Regierung werde den Vertreter im Bundesrate beauftragen, sich gegen den Toleranzantrag zu erklären. (Bravo.) Bei dem Toleranzantrag handelte es sich um eine reichsgesetzliche Regelung der staatsrechtlichen Stellung der Kirche überhaupt. Einen solchen Versuch muß aber die Regierung, als einen Eingriff in ihre Befugnisse, strikt ablehnen. Das Verhältnis von Staat und Kirche habe sich in den einzelnen Bundesstaaten auf Grund einer langen Entwicklung verschieden gestaltet und ich würde tief bedauern, wenn man durch ein Reichsgesetz hier eingreifen wolle. Der Zweck der Antragsteller ist die Befreiung der staatskirchlichen Hoheit, womit sich die sächsische Regierung unter keinen Umständen einverstanden erklären kann. Das kirchliche Hoheitsrecht bildet einen Grundpfeiler, worauf sich unser Staatsleben aufbaut. Zum Schluß wolle er versichern, daß er stets bemüht sein werde, Andersgläubigen gegenüber Toleranz zu üben.

Eine Besprechung findet nicht statt. Der Gegenstand ist damit erledigt.

Der folgende Punkt der Tagesordnung betrifft den Bericht der Finanzdeputation A über die neue Rentenleihe.

Abg. Sontar (Berichterstatter) weist darauf hin, daß die Deputation die etwas merkwürdige Festsetzung der Anleihe von 99.800.000 Mk. auf rund 100.000.000 Mk. erhöht habe.

Das Gesetz wird mit der von der Deputation vorgeschlagenen Änderung genehmigt.

Nummer kommt der Bericht der Finanzdeputation A über die Rotterdamer Darlehenskasse zur Beratung.

Abg. Kellner (Berichterstatter): Er habe zu der unangenehmen Aufgabe, über dieses Kapitel berichten zu müssen, der Kammer noch die unangenehme Mitteilung zu machen, daß eine außerordentlich bedauerliche Indiskretion begangen worden ist: Das Leipziger Tageblatt hat in seiner vorletzten Nummer den Bericht der Deputation über die Darlehenskasse zum Abdruck gebracht, der noch nicht als offiziell zu betrachten war, weil er dem Finanzministerium noch nicht vorgelegen hat. Das Ministerium hat nun nachträglich noch Klärung über verschiedene Einzelheiten gegeben, wo sich noch andere Tatsachen ergeben hatten und danach ist der Bericht berichtigt worden. Der so berichtigte Bericht ist der, der Ihnen jetzt vorliegt. Der im Leipziger Tageblatt veröffentlichte Bericht ist der unberichtigte. Er kann nur infolge einer In-diskretion in die Hände der Redaktion gelangt sein. Ich bedauere dieses Vorkommnis und füge hinzu, daß die Direktion der Kammer entschlossen ist, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Der Redner teilt dann noch mit, daß die Deputation auf Anregung der Ersten Kammer beschlossen habe, den ursprünglichen Antrag dahin zu erweitern, den Bericht der Regierung mit dem Ersuchen zu überweisen, Maßnahmen zu treffen, daß sich solche Verluste nicht wiederholen können.

Die Anträge der Deputation werden zum Beschluß erhoben. Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht der Gesetzgebungsdeputation über das Dekret der Regierung über die Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel.

Abg. Spieß (Berichterstatter) weist auf den gedruckt vorgelegten Bericht und sucht diesen durch einige allgemeine Bemerkungen zu ergänzen.

Abg. Kollfuß (Berichterstatter der Minderheit): Die Gründe der Mehrheit haben uns nur in unserem abweichenden Urteile bestärkt. Die Gründe, die wir dagegen einwenden, sind in erster Linie sozialpolitischer Natur. Wir halten es für falsch, den Starken zu schwächen, um den Schwachen lebensfähig zu erhalten. Wir halten es für richtiger, den Schwachen zu stärken. Wenn wir von diesem Grundsatz ausgehen, so sind wir nicht müßig gewesen, bestimmte Vorschläge zu machen; wir erblicken ein Mittel dazu in der scharfen Anwendung des Gesetzes zur Bekämpfung des unfauleren Wettbewerbs. Wir hoffen weiter auf eine Regelung der Angelegenheit durch ein Reichsgesetz über das Ausverkaufswesen und streben, daß künftig den kleinen Handwerkern und Klein-handlern bessere Kenntnis über die Buchführung, Wechselkunde zc. beigebracht werde, damit die Verkaufsgeschäfte wenigstens in der Lage sind, richtig zu kalkulieren. Ferner erblicken wir ein Mittel zur Stärkung des Schwachen in dem genossenschaftlichen Zusammenschluß der Gewerbe- und Handeltreibenden. Im übrigen möchten wir den Kleingewerbe- und Handeltreibenden juristen, daß sie selbst mit Hand anlegen müssen, um dem Mittelstand aufzuhelfen. Wir sind ferner der Meinung, daß die Sondersteuer im allgemeinen nachteilig wirkt, nachteilig nicht nur für die Großbetriebe, sondern auch für die kleinen Handelsbetriebe. Die Steuer wird eben auf die Lieferanten und auf die Angestellten in den Warenhäusern ab-gewälzt werden. Es ist aber auch insofern eine Gefahr mit der Steuer verbunden, als die Warenhäuser erst recht Anstrengungen machen werden, um sich trotz der Steuer über Wasser zu halten. Was die Konsumvereine betrifft, so halten wir es nicht für thunlich, nachdem man landwirtschaftliche Genossenschaften gefördert hat, einseitig gegen die Genossenschaften der Verwirren, der Arbeiter, vorzugehen. Bei einer landes-gesetzlichen Steuer liegt aber auch die Gefahr vor, daß Betriebe getroffen werden, die man gar nicht treffen will. Wir haben gehört, daß verschiedene Gemeinden die Steuer wieder aufgehoben haben, weil man kleine Betriebe damit getroffen hat. Aus diesen Gründen müssen wir gegen das Vorhaben der Mehrheit stimmen und Sie bitten, bei der Denkschrift Beruhigung zu lassen.

Abg. Entz: Das Dekret der Regierung sei eine vollständige Abgabe der Regierung, mitzutun an der Erhaltung des Klein-handels durch gesetzliche Mittel, noch niederdrückender sei in dieser Beziehung die Rede des Ministers zur Frage der Besteuerung der Warenhäuser, und alle Hoffnung raubt uns schließlich die Erklärung der Regierung, daß sie sich außer Stande sieht, ein Gesetz über die Besteuerung der Großbetriebe vorzulegen. Ich kann nicht begreifen, wie die Regierung sich auf einen so stark abnehmenden Standpunkt stellen kann, nachdem unsere Nachbarstaaten, wie Preußen und Bayern, bereits mit einer Warenhaussteuer vorgegangen sind und die Kammer mehrfach ihre auf Einführung einer Besteuerung der Großbetriebe gerichteten Wünsche zum Ausdruck gebracht hat.

Regierungskommissar Dr. Roscher: Er wolle zunächst die Momente in dieser Angelegenheit hervorheben, bezüglich deren sich die Regierung in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Deputation befinde, die Regierung ist zunächst mit der Deputation der Ueberzeugung, daß der Kleinhandel ein unerlässlicher Faktor in unserem Wirtschaftsleben ist, und die Regierung empfindet ebenso wenig wie Sie Freude an den großen Warenhäusern. Daß die Zusammenballung großer Kapitalmassen mancherlei Nachteile mit sich bringt, gleicht auch die Regierung zu, aber auf der anderen Seite sind doch auch erhebliche Vorteile damit verbunden. Die Regierung stimmt mit Ihnen darüber überein, daß Geschäfte, die bei über 30.000 Mk Umsatz noch nicht 800 Mk. Ertrag geben, keine Ertragsberechtigung haben. Man hat sich darüber gewundert, daß die Regierung die Steuererträge in Preußen und Bayern nicht als Vorbild genommen hat. Daß dieses preussische Vorbild nicht so ganz einwandfrei ist, zeigt ein Brief des früheren Ministers von Wosse, der mir vorliegt, und in dem es bezüglich der Warenhaussteuer in Preußen heißt:

Das Gesetz über die Warenhaussteuer ist ein Schlag ins Wasser. Der Mittelstand, dem die Steuer helfen soll, wird noch früh genug enttäuscht werden.

Angefaßt einer solchen Äußerung erscheint mir doch bezüglich der in Frage stehenden Steuerprojekte die größte Vorsicht geboten. Hervorheben möchte ich noch, daß durch ein Gesetz, wie die Deputation es wünscht, würde den Gemeinden die ihnen jetzt freigebliebene Entschädigung, von der Erhebung der Umsatzsteuer abzusehen, wenn kein Bedürfnis vorliegt, genommen werden, insbesondere würden dann die drei großen Städte in eine eigenartige Lage kommen. In der Württembergischen Kammer ist geäußert worden, daß jede große Stadt selbst ein großes Warenhaus sei, und das trifft mehr oder weniger auf Sachsen zu. Von den 62.000 Handelsbetrieben, die wir in Sachsen haben, entfällt mehr wie ein Drittel, nämlich 22.000 auf die großen Städte, und von den 167.000 Angestellten im Handelsgewerbe kommen auf die großen Städte allein 62.000. Wenn nun die drei größten Städte Sachsens bisher abgesehen haben, die Umsatzsteuer einzuführen, so werden Sie zugeben müssen, daß es etwas Besonderes bedeutet, wenn diese Städte zur Erhebung der Steuer gezwungen werden sollen. — Wenn der Kleinhandel zurückgeht, so deshalb, weil sich darunter Elemente befinden, von denen er gereinigt werden müsse, wenn er bestehen solle. Der Redner bespricht sodann eingehend das Rabattsystem als Hilfsmittel für den Kleinhandel. Das Bedenklichste an den Forderungen der Deputation sei, daß man den Kaufmann durch eine Strafsteuer treffen wolle, der sich durch Energie, Intelligenz und Umsicht emporgearbeitet habe.

Abg. Dpitz hofft nach längeren Ausführungen, daß dann die Regierung doch noch auf die Vorlegung eines Gesetzes zuzukommen werde.

Staatsminister v. Meiß: Abg. Dpitz hat mit großer Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß die Regierung einer Postage gegenüber, wie der im Kleinhandel, unbedingt die Verpflichtung habe, nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern helfend einzugreifen und dem Uebelstande abzuhelfen. Wenn die Regierung helfen soll, muß sie sich über die Mittel zur Beseitigung der Notlage Klarheit verschaffen, und wenn sie dabei zu der Ansicht gelangt, daß sie auf dem Wege, den die Deputationsmehrheit vorschlägt, zu

einem Ziele nicht gelangen kann, so ist es ein Gebot der Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit für die Regierung, an dem so gewonnenen Standpunkt festzuhalten. (Bravo.) Ich vernehme, daß die Regierung volle Kenntnis hat von dem Notstand im Kleinhandel und Kleingewerbe, aber sie kann sich nicht überzeugen, daß der Weg, den Sie uns zeigen, zum Ziele führen könne. Die Regierung hat aber trotzdem die Hände nicht in den Schoß gelegt. Wir sind vielmehr bemüht gewesen, dem Mittelstande mit anderen Mitteln zu Hilfe zu kommen.

Die weitere Debatte ist unwesentlich. Die Abstimmung ist eine namentliche. Das Votum der Deputation lautet:

1. die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem
    - a) die Gemeinden verpflichtet werden, Großbetriebe, die im Kleinhandel Lebensmittel, Genussmittel, Bekleidungsgegenstände, Heizungs- und Beleuchtungsstoffe und ähnliche für den täglichen Gebrauch bestimmte Waren verkaufen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Betriebe in der Hand eines einzelnen, einer Aktiengesellschaft, einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, einer Genossenschaft oder einer sonstigen Körperschaft sich befinden, mit Ausnahme jedoch solcher Großbetriebe, die lediglich die Vermittlung des Bezuges solcher Waren bezwecken, die der Natur nach ausschließlich für den Gewerbebetrieb des Abnehmers bestimmt sind, sowie die Zweiggeschäfte der vorstehend als steuerpflichtig bezeichneten Großbetriebe mit einer Umsatzsteuer zu belegen,
    - b) die untere Grenze des steuerpflichtigen Umsatzes für die einzelnen Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl abgestuft wird,
    - c) der Ertrag der Steuer den Gemeinden überlassen wird;
  2. die hohe Erste Kammer zum Beitritt zu vorstehendem Beschluß einzuladen.
- Die Abstimmung ergibt die Annahme dieses Votums gegen 9 Stimmen.
- Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

### Vierter Tag. Fünfter internationaler Textilarbeiter-Kongreß. st. Zürich, 4. Juni.

Ueber den Kommissionsbericht, welcher durch eine Resolution die Zulassungsbedingungen zu späteren internationalen Kongressen festsetzt, fand noch eine längere Aussprache infolge von Mißverständnissen bei der Uebersetzung statt. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Der in Zürich tagende fünfte internationale Kongreß nimmt von der Thatfache Kenntnis, daß es in gewissen Ländern Gewerkschaften giebt, die sich sogenannte gelbe (Frankreich), christliche oder gemischte (d. h. aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzte) Gewerkschaften nennen, und einzig zu dem Zwecke gegründet wurden, die rein arbeitgebergewerkschaftliche Propaganda zu erschweren. Der Kongreß beschließt: die genannten Gewerkschaften an künftigen Kongressen nicht teilnehmen zu lassen, weil der Boden, auf dem der Kongreß und die internationale Vereinigung stehen, der des Klassenkampfes ist. — Der Kongreß ladet alle Arbeiter, gleichviel welcher religiösen oder politischen Ueberszeugung sie sind, ein, sich gewerkschaftlich zu organisieren, zum Kampf gegen jede Unternehmervöllerei für ihre vollständige Befreiung.“

Nachdem sich alle Nationen für diese Resolution erklärten, verließen die Vertreter der christlichen Gewerkschaften den Kongreß. — Nach den Erklärungen der einzelnen Nationen (für Deutschland: Ebel, Gewerksverein, und Wandert, Gewerkschaft) wurde zu den Punkten: Aufhebung der Nacht- und Ueberarbeit, sowie Freigabe des Sonnabendnachmittags einstimmig folgende Resolution der Engländer angenommen: „Der Kongreß erklärt, festzuhalten an dem Princip, wonach Ueberarbeit in allen Ländern zu verbieten ist, gleichzeitig keine Arbeit an den Sonnabendnachmittagen gestattet werden soll, ausgenommen für Reparaturen.“

Die Nachmittagsitzung fällt aus, um eine Spinneret in Turgi zu besichtigen. Am vorhergehenden Abend unternahm der Kongreß mit der Vergabe eine Ausfahrt nach dem Uetliberg. Das Organisationskomitee erhielt zu den Kosten des Kongresses 400 Franken von der Stadt und 200 Franken vom Kantou Zürich.

### Aus der Partei.

**Zur bayerischen Wahlrechtsänderung.** Im letzten Heft der Neuen Zeit unterzieht Debel die Zustimmung unserer bayerischen Parteigenossen zu den Ausschlußbeschlüssen betreffend die Aenderung des bayerischen Landtagswahlrechts einer scharfen Kritik. Zum großen Leidwesen der Münchener Post schlägt also nun auch Debel in die Kerbe, die zuerst von Parvus eingeschritten war. Da dieser auch in der Leipziger Volkszeitung (vom 26. Mai) die Verböserungen aufgezählt hat, die der Wahlrechtsentwurf aufweist, so genügt es, hier aus der Debel'schen Kritik, die im großen und ganzen die gleichen Fehler rügt, die Gesamtbeurteilung folgen zu lassen: Man sollte eine solche Abstimmung nicht für möglich halten, wäre sie nicht traurige Thatsache geworden. Zum Ueberflus wurde sowohl vom Referenten wie vom Centrumsredner dieser der Sozialdemokratie feindliche Charakter der betreffenden Bestimmungen hervorgehoben. Trotdem stimmte man dafür. Es war ein böser, verhängnisvoller Geist, der unsere bayerische Landtagsfraktion beherrschte, als sie den kompromittirten Beschluß faßte, den in Frage stehenden Resolutionen ihre Zustimmung zu geben.

Weshalb der staatsmännische Geist, von dem wir bei unserer parlamentarischen Thätigkeit uns sollen leiten lassen, und die praktische Politik, die wir betreiben sollen, darin, daß wir im gegebenen Falle auf alle grundsätzlichen Forderungen Verzicht leisten und den politischen Gegnern bis zur Selbstentnennung entgegenkommen, dann thun wir am besten, unser Programm in die Tasche zu stecken und als Sozialdemokratie einzupacken. . . Der Vorgang zeigt mir wieder, wie beschelmen man allmählich bei uns geworden ist. Man spottet seiner selbst und weiß nicht wie. . . Will die Partei künftig im Bande für ihre grundsätzlichen Wahlrechtsforderungen Propaganda machen, so treten ihr höflichst die Gegner entgegen und weisen auf die Zustimmung der Fraktion zu den Resolutionen hin, durch welche sich die Fraktion für den kommenden Gesetzentwurf gebunden habe. Will aber die Fraktion bei der künftigen Beratung des Wahlgesetzentwurfes für ihre grundsätzlichen Forderungen eintreten, dann antworten ihr die Gegner spöttlich: das sei doch nur Komödie, man thue nur so, schließlich begnügte sich die Fraktion auch mit einem Gesetzentwurf, wie ihn die Resolution forderte, für die sie stimmte. . . Man hat der Partei eine moralische Niederlage zugefügt, wie sie ihr härter kaum zugefügt werden konnte. Mehrere solcher Wüßte vertragen sie nicht.

Und Debel schließt seine Ausführungen mit den Worten: Es ist keine angenehme Aufgabe, sich in solcher Weise mit zum Teile alten und sehr verdienten Parteigenossen auseinanderzusetzen zu müssen, die, das sei ausdrücklich hervorgehoben, soweit ich ihre Thätigkeit verfolgen konnte, sich bisher ihrer Aufgabe bewußt waren und ihren Mann stellten. Um so bedauerlicher ist, daß sie

in einer prinzipiell so wichtigen Frage, in der die richtige Stellungnahme so leicht war, sich vom Teufel der Staatsmännlichkeit verführen lassen, zu thun, was sie niemals hätten thun dürfen.

Als erste unter den bayerischen Sozialdemokraten, die in verschiedener Weise gegen die Landtagsfraktion Stellung nehmen, melden sich die Augsburger. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins am Montag gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung erklärt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zum Ausschlußbeschlusse in Sachen der Wahlreform als einen schweren taktischen Fehler. Er ist, um beiläufig mit Segib zu sprechen, eine Krähwinkelt. Eine greifbare gerechte Wahlreform ist nicht abhängig von dem Wohlwollen der bürgerlichen Parteien, sondern von der Aufklärung und der entschiedenen Forderung der breiten Volksmassen. Zu diesem Zwecke fordert die Versammlung den Landesvorstand auf, eine rege Agitation im Lande in die Wege zu leiten und überall für eine würdige Wahlreform Propaganda zu machen.“ Bravo!

### Gerichtssaal. Schöffengericht.

Leipzig, 5. Juni.

Das verklagte Ehrenmitglied. Eine mit Bezug auf die beteiligten Personen interessante Verhandlung fand heute vor dem Schöffengericht statt. Angeklagt war der hiesige Stadtverordnete und Gärtnereibesitzer Kaiser wegen Verleumdung der Leitung des Gaubezirks Leipzig vom Allgemeinen deutschen Gärtnerverein (Sitz Berlin) Friedrich-Dumerscher Richtung, dem der Beklagte als Ehrenmitglied angehört. Im August 1900 tagte in Leipzig die 17. Hauptversammlung der Handelsgärtner (Unternehmer). Unter anderem wurde auch über die Stellungnahme gegenüber den Gärtnergehilfen verhandelt. Die Angriffe und Anträge richteten sich merkwürdigerweise gegen den harmoniepredigenden Allgemeinen Gärtnergehilfenverein, vor allem deswegen, weil dieser sich auch mit der Verkürzung der Arbeitszeit befaßt hatte. Während der Debatte über diesen Gegenstand machte nun Kaiser den Zwischenruf: Nur Schneider und Schuster stehen an der Spitze. In der Diskussion hat er noch ausdrücklich betont, daß Nichtgärtner die Leitung des Vereins in Händen hätten. Darauf strengte der Vereinsvorstand in Berlin Klage gegen Kaiser an und in dem am 19. April vor dem Schöffengericht hier stattgehabten Termin kam es zu einem Vergleich, in dem Kaiser erklärte, nicht den Vorstand mit seinem Zwischenruf gemeint zu haben. Nun blieb nur noch die Gausleitung in Leipzig übrig, auf die die Bemerkung gemünzt sein konnte, und nun strengte diese Klage wegen Verleumdung an. In der heutigen Hauptverhandlung führt nun Kaiser an, daß er mit dem Zwischenruf auch die Gausleitung gemeint habe, sondern diejenigen Personen, die vor einigen Jahren, ohne im Gärtnerberuf thätig zu sein, in Leipzig Versammlungen für die Gärtnergehilfen einberufen hätten, um diese aufzuheben und der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen. Zum Beweise, daß Kaiser aber nicht diese, sondern thätig in der Leitung des Gärtnervereins gemeint hat, war von ihnen der frühere Redakteur der Volkszeitung, Genosse Lipinski, geladen worden, der den Bericht über jene Verhandlung verfaßt hatte. Dieser sagt aus, daß der Zwischenruf Kaisers sich nur auf die Leitung in Berlin beziehen konnte, sicher aber nicht auf die Bewegung des auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Teils der Gärtnergehilfen in Leipzig. Kaiser sagt nun, er habe nur gesagt: „Schuster und Schneider“, nicht aber hinzugefügt: „stehen an der Spitze“, worauf ihm der Vorliegende bemerkt, daß die Worte für sich dann gar keinen Sinn hätten. Der Gärtnerbesitzer Zähning-Lindenaus sagt als Zeuge aus, daß er den Zwischenruf nur auf die Leipziger sozialdemokratisch gemünten Einberufer von Gärtnerberämmlungen gemeint verstanden hätte. Kaiser sei Ehrenmitglied der Ortsgruppe des Gärtnervereins Leipzig und habe bei allen passenden Gelegenheiten die Interessen der Gehilfen wahrzunehmen versucht, so daß er bei den Arbeitgebern im Verdacht gestanden habe, er halte es mehr mit den Gehilfen als mit den Meistern. Der Rechtsbeistand der Privatkläger schlägt wieder einen Vergleich vor, der aber von Kaiser abgelehnt wird. Die Prozesse wären überhaupt nicht entstanden, wenn die Volkszeitung nicht über jene Verhandlungen berichtet hätte. Der Rechtsanwält der Kläger beantragt nun Verurteilung Kaisers, denn wenn er heute mit dem Zwischenruf Einberufer von Gärtnerberämmlungen gemeint habe, die gar nicht Gärtner seien, so ständen dem seine eigenen Worte auf dem Verhandstage entgegen und auch die bestimmte und klare Aussage Lipinski's. Das Urteil lautet auf kostenlose Freisprechung Kaisers. Das Gericht hat keine Schuld, daß K. die Privatkläger beleidigen wollte, feststellen können, deshalb Freisprechung und Kosten zu Lasten der Kläger.

### Vereine und Versammlungen.

**Die Schneider und Schneiderinnen** hielten am Montag den 2. Juni eine Versammlung ab, in der Kollege Weider über die Zustände bei der Firma Linze u. Grafhoff, über die Entlohnung der Arbeiter in der Firma Elias, sowie über die neuerdings von der Firma Polich getroffenen Maßnahmen referierte. Aus den Ausführungen des Redners ging hervor, daß in der erstgenannten Firma für die Arbeiterinnen unzureichende Löhne gezahlt werden, und daß der Termin der Lohnzahlung nicht immer eingehalten wird. Bezüglich der Arbeitszeit bleibe noch viel zu wünschen übrig. Bei beendeteter Arbeitszeit müßten die Arbeiterinnen in der Regel noch warten bis die Thüren aufgemacht werden; dagegen werde bei fünf Minuten Verspätung eine Lohnkürzung für eine Viertelstunde vorgenommen. In ständiger und hygienischer Beziehung sei manche Aenderung erwünscht und wäre es teilweise am Platze, wenn hier die Wohlfahrtspolizei auf diese Aenderung hinarbeiten würde. Bei der Firma Elias, die teilweise für die Konsumvereine liefert, werden den Arbeitern Löhne gezahlt, die sich bei einem tüchtigen Arbeiter bei 14stündiger täglicher Arbeitszeit und unter Hinzurechnung der 6stündigen Sonntagsarbeit auf 18.50 Mark pro Woche belaufen, wovon aber, da die Firma nur Hausarbeiter beschäftigt, mindestens 4 Mk. in Abzug zu bringen sind, so daß sich der Stundenlohn auf 16.1 Pfg. beläuft. Bei Polich sind in letzter Zeit mehrfach Lohnabzüge vorgenommen worden. Als sich ein Arbeiter hiermit nicht einverstanden erklärte, sei ihm erklärt worden, daß dann ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich sei. In diesem Geschäft ist der Konfektionär mit Nachbedenken ausgestattet, die für die Arbeiter äußerst drückend sind. Leider tragen die Arbeiter an solchen Verhältnissen oft selbst die Schuld, denn die Mehrzahl der Arbeiter stehe der Organisation noch fern. Auch bei anderen Firmen bestehen noch traurige Ver-

hältnisse. So werden bei Stelgerwald u. Kaiser perfekte Schneiderinnen mit 8 Mk. Wochenlohn eingestellt. In einem anderen Geschäft wurde einem Arbeiter 1 Mk. abgezogen, als dieser sich dagegen verteidigte, soll der Geschäftsinhaber zum Zuschneider gelangt haben: Schneidern Sie die Wände aus, es giebt Arbeiter genug, die billiger arbeiten. So mühen die Herren die unglückliche Konjunktur aus. Auch auf Vorkommnisse bei Sobersty in der Eisenbahnstraße und bei Weibitz in der Alexanderstraße wurde vom Referenten hingewiesen. Nach einer lebhaften Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, wonach die Agitationskommission beauftragt wird, sich bezüglich der Zustände bei der Firma Elias mit den Vorständen der Konsumvereine in Verbindung zu setzen. Betreffs der Firma Polich verurteilte die Versammlung entschieden die Handlungsweise der in Betracht kommenden Herren und forderte die Arbeiter und Arbeiterinnen zum Anschluß an die Organisation auf. Hierauf erstattete Kollege Bahl Bericht über die Thätigkeit des Gewerbegerichts und weist besonders darauf hin, daß Stüdarbeiter sowohl als Hausarbeiter ein Recht auf Kündigung sowie auf Entschädigung im Falle kündigungloser Entlassung haben. Nach einer Aufforderung zur Erwerbung des Bürgerrechts und zum Abonnement der Leipziger Volkszeitung wurde die Versammlung mit dem Wunsch geschlossen, die am 23. Juni stattfindende Versammlung, in der zum Verbandstag Stellung genommen werden soll, zahlreich zu besuchen.

### Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands (Bezirk Leipzig).

In der am 8. d. Mts. in der Flora abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Wittig eingehenden Bericht über die in Halle stattgefundene dritte Generalversammlung des Verbandes. In der Debatte hierüber beschwerte sich Kollege Gelsaar über den tendenziösen Bericht in unserem Verbandsorgan über die Generalversammlung, in dem die Genossenschaftsangehörigen in einer Weise behandelt werden, die mindestens nicht dazu angeht, das kollegiale Einvernehmen zu fördern und wogegen die Genossenschaftsangehörigen entschieden protestieren. Die Aussprache hierüber führte zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Kollegen Lipinski, Riescher, Wittig und Gelsaar. Zum 2. Punkt wurde beschlossen, eine erneute Agitation unter den Verkäuferinnen der Konsumvereine vorzunehmen. Gleichzeitig wurde der Schriftführer verpflichtet, gegen die von den bürgerlichen Mäthern beliebte Bezeichnung unseres Verbandes als „sozialdemokratisch“ vorkommenden Falls event. auf Grund des Preßgesetzes eine entsprechende Berichtigung zu verlangen. Des weiteren wurde beschlossen, am 31. August im Neustädter Gasthof ein Sommerfest und am 29. Juni einen Ausflug nach Wahren zu veranstalten.

### Einwohnerversammlung in Stötteritz.

Die Ende Mai vollzogene Neuwahl eines Gemeindevorstandes für den hiesigen Ort hatte eine Anzahl Hausbesitzer veranlaßt, eine öffentliche Einwohnerversammlung einzuberufen, um gegen diese Neuwahl zu protestieren. Der Einwohnerausschuß sollte Gelegenheit gegeben werden, hierzu, sowie zu anderen vom Gemeindevorstand getroffenen Maßnahmen Stellung zu nehmen. In der Hauptsache war es jedoch die Wahl des Herrn Lehrer Lehmann zum Gemeindevorstand, die die Versammlung beschäftigte und die Veranlassung gab, die Grundstückspekulation einiger der Herren Hausbesitzer zu kritisieren. Einer der diesbezüglichen Angegriffenen verwarf sich dagegen, indem er erklärte, es sei dies sein Geschäft, das doch genug besteuer sei. Er konnte in dem Wechsel der Person des Gemeindevorstandes eine Besserung nicht erblicken. Die Vertreter der Unangesehenen gaben der Versammlung darüber Aufschluß, daß sie dem Gemeindevorstand ihre Stimme nicht geben konnten wegen seiner Stellung, die er in der Bürgerkultursache eingenommen habe. Es wurde noch mitgeteilt, daß der gewählte Herr Lehmann die Wahl abgelehnt habe. Sodann gelangte einstimmig ein Antrag zur Annahme, die den Gemeindevorstand beauftragt, die Befugung dieser Stelle öffentlich auszusprechen, um sie durch einen tüchtigen Verwaltungsbeamten, der eventl. auch juristisch vorgebildet sei, besetzen zu können. Hierauf gab es noch einige Auseinandersetzungen zwischen der hiesigen Lehrerschaft und den Vertretern der Unangesehenen. Anschließl. der Ergänzung des Schulausschusses sei von einem unserer Vertreter gesagt worden, die Lehrer gehörten nicht in den Schulausschuß, da diese durch den Schuldirektor und Pastor genügend vertreten seien, im übrigen aber die Interessen des Lehrerstandes von der sozialdemokratischen Partei mit Erfolg vertreten würden, wie das von keiner anderen Partei geschieht. Die Lehrer machten demgegenüber geltend, daß die Vertretung der Schule durch den Direktor eine gefehliche Vorstufe sei. Im übrigen sei es aber wohl notwendig, daß die Lehrer ihr Können und Wissen auf pädagogischem Gebiete in den Dienst des Schulausschusses stellten. Es sei diese Vertretung auch durch Bestimmungen im Schulgesetz zulässig bzw. wünschenswert. Die gut besuchte Versammlung wurde hierauf geschlossen.

### Gemeinde-Zeitung.

**Schönefeld.** (Gemeinderatsitzung vom 30. Mai.) Die Wasserwerkdarleiche ist mit der Landesversicherungsanstalt zu Dresden abgeschlossen worden. Die Erdarbeiten, Mauer- und Betonarbeiten wurden mit 11 gegen 7 Stimmen der Firma Hoffmann u. Seher in Leipzig als der billigsten Firma übertragen. Bei Ausführung sämtlicher Arbeiten sollen arbeitslose Ortsbewohner in erster Linie berücksichtigt werden. Die Lieferung des Wasserbehälters und der Eisenkonstruktionen zum Wasserturn wurde einer Dortmunder Firma übertragen. Der Standort des Wasserturns selbst soll in der nächsten Gemeinderatsitzung beschlossen werden. Das Protokoll des Bauausschusses vom 27. Mai wurde zur Kenntnis gebracht und genehmigt. Das Protokoll des Finanzausschusses vom 27. Mai wurde bis auf die Schätzung der Mittergutsgrundstücke genehmigt.

**Wokau.** (Gemeinderatsitzung am 8. Juni.) Der Gemeindevorstand Herr Müng macht einige geschäftliche Mitteilungen. Es liegt ein Schreiben der Elektrischen Straßenbahn vor, wonach diese es ablehnt, einen Beitrag zur Straßenpflanzung zu zahlen, sich jedoch verpflichtet, die Sprengung selbst zu besorgen. Ein Besuch des Hausbesitzervereins um Aenderung der Bureaustunden im Gemeindevorstand wird abgelehnt. Bezüglich der Pflanzung der Brunnen- und Berthastraße liegt eine Verurteilung der Amtshauptmannschaft vor, wonach sich diese auf die Seite der Brunnenischen Erben stellt. Der Gemeindevorstand beschließt, dabei stehen zu bleiben, daß die Straßenkreuzung 4 Meter breit zu pflastern ist. Bei Punkt Schützenbau wird mitgeteilt, daß beschiedene Hausbesitzer den auf sie fallenden Anteil bezahlen wollen. Betreffend den Schleusenbau im alten Dorf werden die Arbeiter an Herrn Koad als den Mindestfordernden bergeben. Den Rathausbau betreffend beschließt das Kollegium, die Vorarbeiten, Auswahl und Vergebung der Mauersteine, einer früher gewählten Kommission zu übertragen. Es liegt ein Besuch von Herrn Stabitsch vor, wonach derselbe als stellvertretender Stabsbeamter entbunden sein will. Dem wird statgegeben und Herr Registrator Meyer hierzu bestimmt. Weiter wird beschloffen, der Erweiterung der Hauptstraße entsprechend mehr Gasandelaber anzubringen. Ein Schreiben des sächsischen Gemeindevorstandes findet seine Erledigung dadurch, daß zu den Kosten 6 Mk. beizuliegen werden. Von einer Vertretung wird Abstand genommen. Von den Herren Scheffel und Schüller wird auf die äußerst schlechte Beschaffenheit der Bahnstraße aufmerksam gemacht. Der Gemeindevorstand scheidet mit Hilfe zu.

**Stötteritz.** Heute, Freitag den 6. Juni, abends 8 Uhr findet im Sitzungssaal des Rathauses eine öffentliche Gemeinderatsitzung statt. Die Tagesordnung enthält u. a. Bau- und Straßenbaufragen, Anzeig der Urbesitz. Erwerb des Gasthofs zum Löwen sowie ein Besuch des Lehrers Lehmann um Entbindung von der Annahme der Gemeindevorstandsstelle.

# An die Arbeiterschaft im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig!

Die Notwendigkeit der Errichtung eines Gewerbegerichts für den Amtshauptmannschaftsbezirk Leipzig wird immer dringender, wir ersuchen daher alle Arbeiter und Arbeiterinnen der in Frage kommenden Ortschaften, uns in dem Bestreben, die Schaffung eines Gewerbegerichts zu bewirken, durch Besuch der nachstehenden Versammlungen nachdrücklich zu unterstützen.

Es finden Versammlungen statt:

Sonntag den 7. Juni abends 7/9 Uhr in **Liebertwolkwitz, Schwarzes Ross.**

Sonntag den 7. Juni abends 9 Uhr in **Stötteritz, Gasthof zum Löwen.**

Sonntag den 7. Juni abends 7/9 Uhr in **Zwenkau, Gasthof zum Adler.**

Sonntag den 8. Juni nachmittags 3 Uhr in **Knauthain, Gasthof zur Mühle.**

Sonntag den 8. Juni nachmittags 7/4 Uhr in **Taucha, Deutsches Haus.**

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:  
Die Notwendigkeit eines Gewerbegerichts für die Amtshauptmannschaft Leipzig.  
Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

**Achtung! Achtung!**  
Eigene Fabrikation für  
**Arbeits-Bekleidung**  
aller Branchen  
empfiehlt zu billigsten Preisen für  
Fleischer  
Konditoren  
Köche [10821]  
Barbiere  
Bäcker  
Mechaniker  
Maschinenbauer  
Maler  
Stuckateure  
Schriftsetzer  
u. s. w. u. s. w.



**H. Heerde**  
Leipzig, Bayerische Str. 26.

**Markthalle Nr. 13.**  
Prima Rindfleisch 55-65 J. Gutes  
Kalbfleisch 55-60 J. Junges Land-  
schwein 65-70 J. Fettes J. Ausbraten  
65 J. Gute frische Butter 60 J. Frisches  
feines Gehacktes 70 J. Wurstfleisch 40 J.  
Kalbbaunen 25 J. [8481]

**Arbeiter-Verein Großschocher-Windorf**  
Sonntag den 8. Juni von nachm. 1/2 Uhr an  
**Schau-Turnen**  
im Gasthof zum Trompeter. [5858]  
D. V.  
Hierzu ladet freundlichst ein

**Verein für Naturheilkunde L-West**  
Sonntag den 8. Juni  
**Grosses Sommer- u. Kinderfest**  
im Schützenhof zu Leipzig  
bestehend in  
Konzert, Ball, Belustigungen für Jung u. Alt.  
Sammeln der Kinder zum Festzug 1 Uhr im Felsen-  
teiler. Abmarsch punkt 2 Uhr nach dem Schützenhof.  
Programme sind in den durch Plakate kenntlichen  
Verkaufsstellen u. bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben.  
Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein.  
[5288] Der Vorstand.

**Die Krankenunterstützungs- u. Begräbniskasse zu L.-Gohlis**  
Eingetr. Genossenschaft - Begründet 1880  
hat ihre Zahlende im Restaurant Wüschhof zu Gohlis, und zwar Sonn-  
abend nach dem 1. und nach dem 15. jeden Monats, woselbst neue Mitglieder  
aller Gewerbe aufgenommen werden. [4727] Der Vorstand.

**Albertgarten.**  
Morgen Sonnabend  
**Erste große italienische Nacht.**  
Extra-Konzert des neuen Konzert-Orchesters.  
Illumination des prachtvollen Gartens mit großem Brillantfeuerwerk.  
Anfang 8 Uhr. Karten gültig. Entree 30 Pfg.  
Ergebenst **Herm. Mosemann.**  
[5890]

**Morgenröte, Restaurant**  
Hauptmannstr. 7.  
Empfehle meine freundlichen Spezialitäten, kräftigen Mittagstisch  
sowie gutgelegte Biere. Sonnabends Spektakel und Schweinshoden.  
Gesellschaftszimmer, 40-50 Personen fassend.  
[5872] Achtungsvoll **Richard Geidel.**

**Windmühle, Kleinzschocher.**  
Jeden Sonnabend **Grosses Gartenkonzert.**  
Für reichhaltige ff. Getränke und anerkannte Küche ist bestens gesorgt.  
Von 10 Uhr abends frischen ff. Spektakel.  
Es ladet ergebenst dazu ein [5369] **H. Mätzschker.**

**Sächs. Hof**  
Morgen Sonnabend  
bei günstigem Wetter  
**Garten-Freikonzert**  
wozu einladet [5895] **H. Seidel.**

**Reichs-Ecke** Stadtbekanntes Küche!  
Rizzi-Bräu (hell und dunkel)  
Alt-Pilsener.  
Befehlsstrasse 45/47, Ecke Brühl.  
Täglich **Specialgerichte.**  
Telephon 5382. [9859] **Paul Danneberg.**

**Achtung!** 14 Hallesche Straße 14.  
Günstige Gelegenheit in Schuhwaren.  
Nur fünf Ausnahmetage  
vom 3. bis 7. d. M.  
Wegen Räumung eines großen Postens von Schuhwaren aller Art gewähren wir trotz der bekannt billigen  
Preise eine bedeutende Ermäßigung. [5898]  
Nur vom 3. bis 7. d. M.  
**Blumberg & Abraham** Hallesche  
Strasse 14.

**Million-Uhren, Nickel 6,50**  
Silb. Herren-Remont.-Uhren 10.-  
Silb. Damen-Remont.-Uhren 12.-  
Gold. Damen-Remont.-Uhren 19.-  
Regulat. 1/2 u. voll schlag. 15.-  
Moderne Wanduhren 20.-  
Wecker, gute Qualität 8.-  
sowie fein großes Goldwaren-  
lager als Broschen, Ringe, Arm-  
bänder, Ohrringe u. s. w.  
Spezialität: Goldene Trauringe  
von 4.- an  
Uhrketten in größter Auswahl  
Lange Damenuhrketten v. 4.50 an  
empfehlen [456]



Abonnenten erhalten 10 Prozent Rabatt.  
Spionanten erhalten 10 Prozent Rabatt.

**Gustav Kaniss**  
Uhren- und  
Goldwaren-Handlung  
6 Lauchaer Straße 6.  
**Billige Fahrräder,** zurückgelehrt  
Luftschläuche, unter Garantie  
von 4. A an  
Laufdecken, unter Garantie, von  
7,50 A an offeriert  
**Fahrradklarer**  
[5196] **Ellsenstrasse 12.**

**Cigarren, Cigaretten**  
Genossenschafts-Rantabat  
empfiehlt in großer Auswahl  
**Heinrich Borleis**  
Markthallenstr. 12, gegenüber der  
Markthalle. Annoncen-Annahme.  
Filiale der Leipziger Volkszeitung.

**Lamps**  
**Wunder-Waschblau**  
anerkannt bestes Waschblau der Gegenwart.  
Jede Hausfrau sollte es probieren!  
Zu haben in allen einschlägigen Ge-  
schäften. Allein Groß-Vertrieb:  
**Brendel Company, Leipzig**  
Peterstraße 36, Treppc E.

**Die Restbestände des Konkurs-Möbel-Lagers**  
aus der E. Freyerschen Konkursmasse herrührend, kommen von jetzt nebst  
anderen Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaren und einigen besseren Ausstattungen  
zu enorm billigen festen Preisen von 9 bis 1/2 1 Uhr, nachmittags 2 bis 8 Uhr  
in S.-Neustadt, Eisenbahnstraße Nr. 11, zum Verkauf. [4677]

**Konkurs-Ausverkauf.**  
Die Restbestände der Konkursmasse J. Katzke & Co., Plagwitz,  
Zschochersche Strasse 26, bestehend aus Herren- und Damen-  
Garderobe, Toppen, Waschanzüge, Normalwäsche, sowie sämtliche Herren-  
artikel werden bedeutend unter den bisherigen Verkaufspreisen abgegeben.  
Geöffnet früh von 8-1 Uhr und nachmittags von 3-8 Uhr.  
**Rechtsanwalt Dr. Th. Eichler.**  
Konkursverwalter.  
[5268]

**Konkursmasse-Ausverkauf.**  
Die Bestände der Konkursmasse Auguste Schlegel, Klein-  
zschocher, Plagwitzer Strasse 22, bestehend aus Blumen, Porzellan,  
Barchentenden, schwarze, weiße und bunte Kinder- und Frauentüchern,  
Seidwolle, Futterstoffe, Spachtelstücke und Spigen, Gendentuch, Weizeng,  
Köche, Strümpfe- und Kinderkleider, werden 25 Prozent unter den bis-  
herigen Verkaufspreisen abgegeben. Geöffnet früh von 8 bis 12 Uhr und  
nachmittags von 2 bis 7 Uhr. [4978]  
**Paul Gottschalek, Konkursverwalter.**

**Marienbad**  
L.-Neuschönfeld  
Eisenbahnstrasse 66  
Telephon: Nr. 346.  
Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 Uhr bis 8 abends 8 Uhr geöffnet  
**Bericht über den Schlachtviehmarkt**  
auf dem südlichen Viehhofe zu Leipzig am 5. Juni 1902.  
a) Auktionspreis:  
195 Rinder und zwar 101 Ochsen, 5 Kalben, 49 Kühe, 40 Bullen  
697 Rinder;  
342 Stück Schafvieh;  
1054 Schweine und zwar 1054 deutsche, — aus  
2288 Tiere.  
b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

Tiergattung	Bezeichnung	Lebend- Gewicht	Schlacht- Gewicht
Ochsen:	1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	—
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	—	68
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	57
	4. gering genährte jeden Alters	—	50
Kalben und Kühe:	1. vollfleischig, ausgemäst. Kalben höchsten Schlachtwertes	—	—
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	61
	3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	55
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	48
Bullen:	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	60
	2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	—	55
	3. gering genährte	—	50
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	40
Rinder:	1. feinste Mast- (Bollmisch-Mast) und beste Saugkälber	47	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	44	—
	3. geringe Saugkälber	36	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
Schafe:	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	83	—
	2. ältere Mastlamm	31	—
	3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe)	—	—
Schweine:	1. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	—	60
	2. fleischige	—	56
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	52
	4. ausländische (aus)	—	—

c) Verkauf:  
86 Rinder u. zwar 37 Ochsen, 5 Kalben, 27 Kühe, 17 Bullen.  
695 Rinder;  
153 Schafe  
988 Schweine  
d) Geschäftsgang:  
langsam  
gut  
langsam

**Monatsgarderobe.**  
Neue u. wenig getragene Anzüge, Früh-  
jahrs- u. Sommer-Paletots, Fracks u. Ge-  
sellschafts-Anzüge in verschiedenen Sorten  
und Preislagen, sowie auch teilweise bei  
reellster Bedienung. [2174]  
**M. Kindermann**  
1. Geschäft: Kleine Fleischergasse 16, I.  
Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchstr. 67

**Reise-Koffer**  
**Taschen**  
Touristen-Taschen sowie alle  
Lederwaren in größter Auswahl.  
**Oswald Bache**, Windmühlenstr. 47  
am Bayer. Bahnhof.  
Eigene Fabrikate. — Billigste Preise.  
Schöne neue Plüsch-Ottomane billig  
zu verk. Neustadt, Mariannenstr. 38, II.

### Bund der Arbeiter-Vereine.

Sonntag den 6. Juli vormittags 1/2 11 Uhr

## Versammlung

in Stadt Gotha, Große Fleischerstraße.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Besprechung desselben. 3. Antrag der Arbeitervereine Tauscha und Stütz auf Änderung der Statuten. 4. Antrag des Volksbildungsvereins Marktleberg auf Beihilfe bei Reichsfortschrittlichen. 5. Neuwahl des Vorstandes. 6. Verschiedenes. [5364] Pünktliches Erscheinen aller Vereinsvertreter für diese Versammlung ist notwendig. Der Vorstand.

### Arbeiterverein Leipzig.

Vereinslokal: Große Fleischerstraße (Stadt Gotha).

Sonabend den 7. Juni abends 1/2 9 Uhr Vortrag über Ethik und Volkswirtschaft. Diskussion.

Sonntag den 8. Juni vorm. 11 Uhr im Alten Theater Rezitation aus Goethes Faust von Herrn Oberreißer Adler. — Karten à 30 u. 10 Pfg. sind im Vereinslokal zu entnehmen. [5362] Der Vorstand.

### Volksbildungs-Verein Marktleberg u. Umg.

Sonabend den 7. Juni abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gasthof Rühl.

Zahlreiches Erscheinen erwartet [5354] Der Vorstand.

### Gemeinnütziger Verein Gangsch.

Sonabend den 7. Juni abends 9 Uhr Versammlung im Thätiger Hof. [1636] Der Vorstand.

### Gemeinnütziger Verein L. Entzsch.

Sonabend den 7. Juni abends 9 Uhr Vortrag im Restaurant Neumann, Marienstr. 9 vom Gen. Jaack über: Wandlungen in der sozialistischen Theorie und Praxis. Zahlreiches Erscheinen erwartet [5367] Der Vorstand.

### Arb.-Verein Thonberg-Neureuditz und Arb.-Verein Stötteritz u. Umg.

Sonntag den 8. Juni Großes Sommerfest im Silbergarten, L.-Anger.

Anfang 3 Uhr. Programme im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg. [5350] Zahlreiches Erscheinen erwartet. Das Festkomitee.

### Arbeiterverein Möckern

Sonabend den 7. Juni abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung.

T.O.: 1. Vortrag über: Die Entdeckung der Milqueisen sowie seine angrenzenden Länder. 2. Vereins-Angelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht [5391] Der Vorstand.

### Arb.-Verein Wahren.

Sonabend den 7. Juni abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal Birkenhölzchen.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. [5361] Der Vorstand.

### Arb.-Verein Hänichen und Umgegend.

Sonabend den 7. Juni abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Zahlreiches Erscheinen wird entgegen [5385] Der Vorstand.

### Volksverein f. Flagwitz-Lindenau

Vereinslokal: Zwei Linden, Lindenau.

Sonabend den 7. Juni abends 9 Uhr

### Diskussions-Abend.

1. Einleitender Vortrag über Streikfrage nach dem Norden: Der Streikungskampf der Stedinger. 2. Freie Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet [5390] Der Vorstand. Eintrittskarten zu der Faust-Rezitation am 8. Juni sind noch zu haben. D. D.

### Fortbildungs-Verein L.-West.

(Eig. L.-Kleinzschocher.)

Sonabend den 7. Juni abends 1/2 9 Uhr

### Diskussions-Abend.

Zahlreiches Erscheinen erwartet [5349] Der Vorstand.

### Arbeiter-Verein Großschodder-Windorf.

Sonabend den 7. Juni Versammlung. Zahlreiche Beteiligung erwartet [5352] Der Vorstand.

### Arbeiter-Verein Leutzsch.

(Vereinslokal: Restaur. Adler.)

Sonabend, 7. Juni, abends 1/2 9 Uhr Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Hölle. 2. Diskussion hierzu. 3. Verschiedenes und Fragelisten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder zu diesem überaus interessanten Vortrag erwartet. [5351] Der Vorstand.

### Gemeinnütziger Verein Debsch.

Sonabend den 7. Juni abends 9 Uhr

### Versammlung im Restaurant Gopsenblate.

Tagesordnung: Vortrag über: Soziale Volks-erziehung. Ref.: Frau Dunder-Dill. Hierzu ladet die Mitglieder nebst Frauen freundlichst ein [5366] D. D.

### Ausflüge

unternimmt und arrangiert man nach dem Arbeiterführer für Leipzig u. Umgegend. Preis ohne Plan 30 Pfg., mit Plan 50 Pfg. Zu beziehen durch alle Kolporture, die Volksbuchhandlung und den Verlag Rich. Lipinski, Leipzig, Lange Straße 27. [4642] Café

### Gezwein

Braut 21, 1. Erinnerungshüte an Goethe und Kästchen Schenkopf. Altberühmter Kaffeebaum.

### Restaurant Eulitz

24 Kohlenstraße 24. Angenehmer Aufenthalt. Flotte Bedienung.

### Otto Hein's Wiener Pudding-Pulver

(Flammerl-Pulver) mit Vanille, Schokolade, Mandel, Citrone, Erdbeers, Himbeers, Apfelsinen- und Ananas-Geschmack, zur billigen, bequemen Herstellung vorzüglicher kalter Puddings ohne Eier und Butter innerhalb 5 Minuten. Besondere Vorzüge: Bequeme Herstellung, Ersparnis der Eier und Butter, köstlicher Geschmack, große Nährkraft, leichte Verdaulichkeit. Preis für 1 Paket (4-6 Personen) 15 Pfg., 3 Pakete 40 Pfg., für Wiederverkäufer Engros-Preise. Engros- und Einzelvertrieb in dem Schokoladen- und Saffran-Geschäft. [4726]

### Otto Hein vorm. A. F. Fomm

Kurprinzstr. 1, dicht am Hofplatz.

### Brund Sorge Kleinzschocher

Größe Auswahl. Preise billig. Filz- u. Strohhüte, neueste Farbe u. Façon, Mützen, Schirme, Stöcke, Hosenträger, Schlipse, Herrenwäsche.

Kupfersternstr. 3, A, Sofa 6, A, Lindenau, Josephstr. 7.

## Achtung, Schuhmacher!

Montag den 9. Juni abends 8 1/2 Uhr

## Oeffentl. Schuhmacher-Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße. Tagesordnung: Der wirtschaftliche Niedergang und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Referent: Kollege F. Kölle aus Nürnberg. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Agitations-Kommission.

## Former u. G.-A.

Sonabend den 7. Juni abends 1/2 9 Uhr Versammlung in der Flora, Windmühlenstraße. 1. Die Lage der Former und Eisenblech-arbeiter im allgemeinen und die der Leipziger nach den diesjährigen statistischen Erhebungen im besonderen. Referent: Kollege Ernst Grenz. 2. Gewerkschaftliches. 3. Werkstättenangelegenheiten.

Sonntag den 22. Juni Sommerfest im Goldenen Adler, Lindenau. Programme sind bei den bekannten Kollegen sowie im Bureau zu haben. [5348]

## Bauarbeiter v. Möckern u. Umg.

Sonntag den 8. Juni nachmittags 2 1/2 Uhr Versammlung im Birkenhölzchen zu Wahren.

Tagesordnung: 1. Vortrag vom Genossen Grenz über: Die Kämpfe der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. 2. Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. [5356] D. V.

## Holzarbeiter-Verband Leipzig.

Sonabend den 7. Juni abends 1/2 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag in Mainz. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. [5350] D. D.

## Grosses Sommer-Fest

der Holzarbeiter im Albertgarten, Leipzig-Anger.

Programme à 15 Pfg. sind im Verbandsbureau, Coburger Hof, und bei den Delegierten zu haben. [5350]

## Achtung! Soziald. Verein L.-West.

Sonntag den 8. Juni 1902

## Ausflug nach Frankenheim über Schönau.

Abmarsch 1/2 2 Uhr vom Restaurant Weiske, Karl Heine-Str. Die Sangesbrüder sind hiermit besonders eingeladen. Der Vorstand.

## Kürschner v. Lindenau u. Umg.

Sonntag den 8. Juni 1902

## Sommer-Fest

im Goldenen Adler, Lindenau [5358] bestehend in Konzert und Tanz, Herren- und Damenkegeln, Blumenverlosung, Kinderspiele. Musik von der freien Musiker-Vereinigung (Direktor Schüge). Programme im Vorverkauf 15 Pfg., an der Kasse 20 Pfg. Um zahlreiches Erscheinen bittet Das Festkomitee.

## Turnverein Vorwärts L.-Süd

(Freie Turnerschaft Leipzig u. Umg.) Sonntag den 8. Juni 1902

## I. Stiftungsfest verbunden mit Sommer-Vergnügen

in der Goldenen Krone zu Leipzig-Connewitz unter gütiger Mitwirkung der Sängerschaft des Vereins Vorwärts, Leipzig-Süd. Kapelle: Leipziger Musiker-Vereinigung. Direkt.: Gust. Schüge. Vormittags von 1/2 11 Uhr im Schau-Turnen. Gamlrins, Biedermannstr. Hierzu sind Freunde und Gönner der freien Turnerschaft freundlichst eingeladen. Nachm. von Sommer-Vergnügen, abends Ball 2 Uhr. Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst willkommen. Für Belustigungen der Kinder ist gesorgt. [5347] D. V.

## Schwitzer für Herren

Gr. Rudw. prämi. Kanariendael, Seebauer, Mist, Rest., Champ., Gierbrot, hochf. Sommerrüben, 5 Pfg. 1, 10 Pfg., Gtr. 10 Pfg., Ameiseneler, Weisk., ital. Gofbl. 10 Pfg. empf. Max Kraft, Poststr. 18. [5348] Weststrasse 67, pt.



Arbeiterverein Leipzig. Sonntag den 22. Juni 1902 nachmittags 3 Uhr Sommer-fest in der Goldenen Krone Connewitz. Programm 20 Pfg. Programm 20 Pfg.

Volksbildungsverein L.-Gohlis Sonntag den 8. Juni 1902 SOMMER-FEST im Birkenhölzchen zu Wahren bestehend in Konzert, Ball, Gesängen u. Unterhaltung für Alt u. Jung. Anfang 4 Uhr. Freundschaft ladet ein [5390] Der Vorstand.

Radfahrer-Verein Vorwärts, Kleinzschocher (M. d. A.-R.-B.) Sonabend: Abendausfahrt nach Lausien. Abfahrt 8 Uhr.

Allg. Arb.-Radfahrer-Verein Leipzig. 8. Juni: Festlich, Vorstand. Abfahrt früh 6 Uhr, Mäckerplatz. Gäste willkommen. — Mittwoch den 11. Juni nach Wahren über Lindenthal. Abfahrt abends 8 Uhr, Vereinslokal. [5348/4982]